Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. Februar 1977
Jg. 5 Nr. 6

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

„Alles für die Front!" ist die Devise der Regierung

Der Exportüberschuß soll weiter gesteigert werden

Bevor sich die Imperialisten mit bewaffneten Armeen gegenseitig an den Hals gehen, um den Kampf für die Weltherrschaft auszutragen, führen sie die Schlachten um den Weltmarkt. Auch dafür mobilisieren sie Armeen, die Arbeiterarmeen in den Fabriken. Wie im Krieg werden diese Armeen zwangsrekrutiert. Im Krieg ist es der direkte politische Zwang, der die Massen in die Armeen preßt und sie zwingt, ihren Blutzoll für die Weltherrschaftsgelüste der Imperialisten zu zahlen. Wer sich nicht stellt, landet im Zuchthaus oder wird gleich erschossen. Im Handelskrieg der Imperialisten, der dem Krieg mit Waffen vorausgeht und zugrundeliegt, pressen die Imperialisten die Arbeiterarmeen durch ökonomischen Zwang in ihre Dienste. Wer seine Arbeitskraft nicht an die Imperialisten verkauft, verhungert. Im Krieg versuchen die Imperialisten die Arbeiter- und Volksmassen aufeinander zu hetzen, damit sie mit ihrem Blut die Interessengegensätze der Imperialisten austragen. Da die Arbeiter und die Völker der verschiedenen Länder selber keine wesentlichen Interessengegensätze haben, ist Betrug, Demagogie und Spaltung nötig, um sie in den imperialistischen Krieg zu treiben. Genau das gleiche ist auch im Handelskrieg der Fall. „Ihr müßt eure ausländischen Klassenbrüder in der Profitproduktion ausstechen, dann geht es euch gut", das versuchen die Imperialisten uns, den Arbeitern und den Volksmassen täglich einzubläuen. Die Kriegskosten des imperialistischen Krieges zahlen die Massen mit ihrem Blut. Die Kriegskosten des imperialistischen Handelskrieges zahlen die Massen mit ihrem Schweiß, und auch die Handelskriege verlangen ihren Blutzoll von der Arbeiterklasse. „Arbeite schneller, du mußt den Akkord erfüllen; arbeite schneller, sonst sticht uns die Konkurrenz aus; laß die Sicherheitsmaßnahmen Sicherheitsmaßnahmen sein und kümmer dich bloß darum, daß die Produktionsziffern stimmen" – dafür zahlen die Arbeiter mit Unfällen und Krankheiten. Im Imperialismus geht es auch im Frieden nicht friedlich zu, weder im Äußeren noch im Inneren. Täglich werden die Schlachten der Imperialisten auf dem Weltmarkt ausgetragen, und täglich verlangen diese Schlachten in den Fabriken und Büros der imperialistischen Monopole ihre Opfer.

Um 26 Milliarden will die Bundesregierung im Jahr 1977 den „Außenbeitrag" steigern. Bereits 1976 hat sie den „Außenbeitrag" um 24,5 Milliarden DM gesteigert. Der „Außenbeitrag", das ist die Kriegsbeute, die die Imperialisten auf dem Weltmarkt holen. Es ist der Überschuß des Exports über den Import, und dieser Überschuß kommt zustande, wenn es den Imperialisten gelingt, die Ausbeutung der Arbeiter mehr zu steigern als es ihren Konkurrenten gelungen ist.

Dem wachsenden „Außenbeitrag" entsprechen die wachsenden Devisenbestände, die wachsenden Bestände an Gold und ausländischem Geld. Länder, die einen negativen Außenbeitrag haben, weil sie in der Konkurrenz zurückbleiben, häufen dafür Schulden an. So geht es zum Beispiel gegenwärtig Großbritannien und Italien. Die Sache hat einen Haken. Entweder es kehren sich die Konkurrenzverhältnisse um und die Schulden können bezahlt werden. Das geht nicht ohne eine Serie von Krisen und Zusammenbrüchen, für die wiederum die Arbeiter bezahlen müssen, die vorher den Konkurrenzvorteil ihrer Imperialisten herausgeackert haben. Oder die Schulden müssen eingetrieben werden. Das geht nur durch politischen Druck und letzten Endes durch Krieg. Dafür müssen erst recht wiederum die Arbeiter bezahlen, die Arbeiter jedes einzelnen Landes, d.h. die Arbeiter aller Länder.

(Fortsetzung Seite 2)



Die Arbeiterklasse Skandinaviens führt große Kämpfe gegen die absolute Verelendung. (Artikel auf Seite 13) Hier die streikenden Schauerleute im Hafen von Oslo gegenüber aufziehen den Polizeitruppen.

Neueste Presseschwindeleien gegen Kampuchea

„500 Soldaten der kommunistischen Roten Khmer" sollen „4 Dörfer im benachbarten Thailand überfallen" und „36 Frauen und Kinder" massakriert haben. Das ist die neueste Presseschwindelei gegen den Aufbau des Sozialismus in Kambodscha, das seit seiner Befreiung Kampuchea heißt. An diesen Schwindeleien ist immer was dran. Kissinger hat nicht bloß verbreitet, im befreiten Pnomh Penh verhungerten die Massen auf der Straße, die USA-Imperialisten haben auch versucht, durch „Politik der verbrannten Erde" und „in die Steinzeit zurückbomben" eine derartige Hungersnot auszulösen. Dann wollten sie Konterrevolution schüren und daraus einen Interventionsgrund machen. In Kampuchea herrschen jetzt die Produzenten, die Arbeiter und Bauern und üben eine eiserne Diktatur über konterrevolutionäre Elemente aus, die Hungersnot wurde verhindert. Schon seit der sowjetrussischen Oktoberrevolution weiß man, daß die Imperialisten eine siegreiche Revolution von innen heraus zu unterhöhlen suchen. So war die siegreiche Sowjetmacht noch Jahre beschäftigt, vom Ausland her gefördertes Banditenunwesen auszurotten.

Ob jetzt die Dörfer in Thailand von Banditen überfallen wurden, oder ob diese „Dörfer" Banditenstützpunkte waren, oder ob das ganze frei erfunden ist – was auch sein kann – , die Presselügen sollen die Solidarität zersetzen, drücken aber mehr Schmerzen der Imperialisten aus. Die Arbeiter und Bauern Kampucheas lassen sich die Früchte des Sieges nicht entreißen.

USA: Aufrüstung gegen die Völker Südostasiens

„Mondale bekräftigt US-Truppenabzug aus Südkorea." Das schreibt die bürgerliche Presse. Tatsache ist, daß Carter/Mondale erneut öffentlich darüber nachdenken, „nach einem noch nicht genau festgelegten Zeitplan" ihre zweite Infanteriedivision aus dem besetzten Südkorea abzuziehen. Das gesamte Luftwaffenkontingent bleibt. Der japanische Imperialismus soll aufrüsten, einen „angemessenen Verteidigungsbeitrag" (Mondale) leisten. Außerdem ist auf dem nahe gelegenen Okinawa die „rasch bewegliche Heerestruppe" der 3. Marineinfanteriedivision stationiert. Das thailändische Militärregime wird verstärkt mit Waffen beliefert, die Zahl der US-Militärberater wieder erhöht. Indonesien hat 1976 für 45 Millionen Dollar Waffen erhalten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.) Auf jeden Fall wollen die US-Imperialisten ihre 14 000 Mann-Truppe auf der Luftwaffenbasis Clarc und dem Flottenstützpunkt Subic Bay (Philippinen) aufrechterhalten. Die US-Imperialisten kämpfen um ihre Positionen in der asiatischen Region. Provokationen anzetteln wie gegen das revolutionäre Kampuchea und Nebelwerfen sind dazu Mittel.

„Freundschaft" der UdSSR mit Indien

Die Sozialimperialisten versuchen seit Jahren, Indien in ihren Einflußbereich zu ziehen und das Land auszuplündern. Als Mittel dazu benutzen sie „Hilfen"; die Lieferung von Produktionsstätten, Maschinen, Rüstungsgütern und Gewährung von Krediten. Auf alles müssen die Inder enorme Zinsen zahlen. Vor 2 Jahren hat die UdSSR den Rubel gegenüber der Rupie einseitig um nahezu 30 % aufgewertet. Indiens Rückzahlungen steigen entsprechend. Dagegen wehrt sich Indien, die Aufwertung wird nicht anerkannt und der Streit dauert an. Die Sowjetunion ist mit einer neuen Erpressung auf die Inder losgegangen. Der Umfang der „Hilfen" liegt bereits weit unter dem, was Indien jeweils zurückzahlen muß. Jetzt macht die Sowjetunion Gewährung und Erweiterung der „Hilfen" von der Anerkennung der Aufwertung abhängig. Diese schamlose Ausplünderung muß auf den Widerstand der indischen Volksmassen stoßen. Unter dem Druck und den Kämpfen der Volksmassen versucht die Regierung Gandhi, eine Schaukelpolitik gegenüber der Sowjetunion einzuleiten. Die Wahlen, die jetzt gemacht werden sollen, und wozu ein Teil der Ausnahmezustände aufgehoben ist, sind als Manöver gedacht, um den Unmut der Volksmassen aufzufangen. Ebenso wie die Sowjetunion versuchen die USA wieder [illegible] Indien. Dabei stützen sie sich gerade auf die Kräfte, die sich jetzt als bürgerlicher Oppositionsblock gegen die regierende Kongreßpartei zusammengeschlossen haben bzw. von ihr abspalten.

Am 19. Februar wird in Brokdorf demonstriert

Spaltungsversuche der Bourgeoisie / Kampf um Einheit der Aktion

Die Ausgangslage ist schon lange klar. Die Bourgeois wollen das Kernkraftwerk in Brokdorf auf Teufelkomm-raus bauen lassen. Die Volksmassen sind dagegen. Weil die Massen dagegen sind und die Bourgeoisie wild entschlossen ist, dieses Kraftwerk durchzusetzen, muß sie unterdrücken. Weil sich die Volksmassen, im Kampf um eine gerechte Sache *geeint* nicht unterdrücken lassen, muß die Bourgeoisie versuchen, die Massen zu spalten.

Schirmherr in Brokdorf ist die Landesregierung Schleswig-Holstein, geführt von Stoltenberg. Seit dem 17.12.76 hat das Verwaltungsgericht Schleswig einen Baustopp beschlossen. Das Gericht begründet den Baustopp mit dem Erfordernis, diese oder jene Einwände von Sachverständigen noch prüfen zu lassen. Aber man weiß doch, daß die Bourgeoisie bauen lassen will und man weiß auch, daß die Gerichte niemals gegen die Interessen der Bourgeoisie entscheiden. Warum geben die Richter Stoltenberg nicht den Jagdschein? Warum verlangen sie weitere Prüfung und Sachverständige?

Die wahren Sachverständigen sind schon am Werk. Das sind die Bourgeoispolitiker und Bourgeoisjournalisten, Sachverständige in Sachen Volksbetrug und Spaltung. Nur durch Zwang, nur durch Kampf, nur durch *Gewalt* kann die Bourgeoisie von der Umsetzung ihrer Kernkraftwerkspläne in strahlende Wirklichkeit abgehalten werden. Damit die Volksmassen diesen Zwang nicht ausüben, diesen Kampf nicht kraftvoll führen und diese Gewalt nicht zweckmäßig üben können, müssen sie gespalten werden. Gespalten muß werden und Spaltung braucht Zeit. Deswegen der Baustopp.

Wie wird versucht zu spalten? Doppelseitig! Einerseits wird mit „Verbesserungen, genauer Prüfung aller Einwände, Berücksichtigung" usw. *gelockt*, andererseits wird *gedroht*. Der Bau des Kraftwerks findet nicht auf dem Papier statt und auch nicht im Kopf von Stoltenberg, sondern in der Wilster Marsch an der Unterelbe. Wie kann der Bau dieses Kraftwerks verhindert werden? Selbstverständlich nur, indem er in der Wirklichkeit verhindert wird. Der Platz muß geräumt werden, die Belieferung mit Baumaterial muß unterbunden werden. Gegen alle solche Maßnahmen, die was *nützen*, richtet sich die Drohung. Mit Maßnahmen die nichts nützen – etwa Gespräche mit Stoltenberg zwecks Überzeugung von Stoltenberg – wird *gelockt*.

Daß diese Spaltungsbemühungen nicht ziehen, kann man nicht behaupten. Sie ziehen schon. Ein gewisser Teil der Massenbewegung läßt sich vorgaukeln, „daß man ja schon etwas erreicht habe, die Regierung immerhin zu Gesprächen bereit sei" usw. Aber das sind nicht besonders viele. Nicht nach den Erfahrungen der letzten Jahre. Was wirklich wirkt, das ist die Drohung. Die Bundesregierung hat verkünden lassen, daß sie Stoltenberg durch Bundesgrenzschutz unterstützen wird. Muß man sich da fürchten? Die Bourgeoisie sagt, daß unter den Demonstranten Kommunisten sind. Damit hat sie recht. Wo sollen die Kommunisten sein, wenn nicht bei den kämpfenden Massen? Die Bourgeoisie erklärt, daß sie die Teilnehmer der Aktion als ihre radikalen Gegner ansieht. Jeder weiß, daß die herrschende Klasse mit äußerster Brutalität gegen ihre radikalen Gegner vorzugehen wünscht. Das soll auch Angst machen.

Wie soll man sich wehren? Man muß sich *politisch* wehren. Man muß sich politisch *sichern*. Aber wie? Die verschiedenen Komitees und Initiativen im Unterelbgebiet machen es schon richtig. Sie haben sich am letzten Wochenende auf einen gemeinsamen Aufruf geeinigt. Zwar haben sich einige abgespalten, aber diese Spalter werden sich in der Massenbewegung nicht durchsetzen können. Jetzt muß der Aufruf, am 19. Februar in Brokdorf zu demonstrieren, breite Unterstützung finden. Sowieso gibt es um diese Aktion politischen Kampf. In den Betrieben, den Gewerkschaften, den Schulen, den Universitäten. Dieser Kampf muß *entschieden* werden und er wird entschieden, indem man sich dem Aufruf anschließt und die gerechte Sache stärkt.

Verschiedentlich wird daran gedacht, es mit der herrschenden Kapitalistenklasse, der Bourgeoisie in der Steigerung der Gewaltmittel aufzunehmen. Dazu ist unsere Meinung: Der Aufstand gegen die Bourgeoisherrschaft ist nötig und muß auch mit Waffengewalt durchgeführt werden, sonst klappt es nicht. Aber die Demonstration in Brokdorf ist nicht der Aufstand gegen die Bourgeoisherrschaft. Aber, wie beim Aufstand fällt die Entscheidung in der politischen Vorbereitung. Hier liegen die Schwierigkeiten und hier liegt auch der Schlüssel zum Herankommen an die kraftvollen Maßnahmen, die sein müssen, um das festungsmäßig geschützte Brokdorf zu öffnen, was die feste Absicht vieler ist. Um es deutlich zu sagen. Ob die bestimmt nützliche und erstrebenswerte Platzbesetzung gelingt oder nicht, das hängt nicht davon ab, ob man mobilisiert bis ins Ausland hinein, das hängt auch nicht vom Umfang der mitgeführten sachlichen Hilfsmittel ab, sondern es hängt von dem Grad der politischen und ideologischen Zersetzung ab, den die Bourgeoisparteien, der Bourgeoisstaatsapparat, die Bourgeoisgerichte und nicht zuletzt die Bourgeoispolizei bereits vor der Aktion zugefügt erhalten. Diese Zersetzung wird gesteigert, indem die Einheit, die politische Geschlossenheit der Massenbewegung gesteigert wird und der Kampf der werktätigen Massen des Unterelbegebiets politische Unterstützung findet. Das ist auch Voraussetzung, daß bei der Aktion die passenden Maßnahmen entschlossen ergriffen werden. Bestimmt wird die Bourgeoisie versuchen, die Demonstration in Brokdorf zu verbieten. Da fällt in diesen Tagen bereits eine wichtige Vorentscheidung. Die Massenbewegung muß ihr *Recht* in Brokdorf, also dort wo es am meisten *nützt* zu demonstrieren, politisch behaupten.

Darum muß man kämpfen, wenn dann die Demonstration verboten wird, wird man das Richtige tun können.

KBW-Regionalleitung Nord
Ständiger Ausschuß

Hannover, den 8.2.77

„Explosiv"

Für jedes Prozent Lohnerhöhung im Öffentlichen Dienst könnten 27 000 neue Stellen für dringend gebrauchte Lehrer geschaffen werden, ist die Rechnung des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, und sogleich ruft er die ÖTV auf zu „einer Solidaraktion zur Bescheidung bei den Lohnforderungen".

Einstimmig verlangt die Bourgeoispresse Lohnverzicht von den Beschäftigten der Öffentlichen Dienste, aus „Solidarität mit den Arbeitslosen", weil die Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst so sicher seien. Das Gesparte soll zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen, die Kapitalisten warten schon auf das Geld.

Es kommt noch unverschämter. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ist bei den Volksmassen verhaßt. Der Trick der Finanzbourgeoisie: Sie läßt ausrechnen, daß die ÖTV-Forderungen die Mehrwertsteuererhöhung voll auffressen würden.

Finazminister Apel erwartet, „daß die Abschlüsse im Öffentlichen Dienst erheblich unter denen in der Metallindustrie liegen würden." Statt das alles anzugreifen, ist Kluncker ausgewichen und hat noch die andere Backe hingehalten: „Als Sprecher für 120 000 in der ÖTV organisierte Beamte glaube ich nach wie vor, daß auch Beamte zu Opfern bereit sind ..." und hat eine Sonderabgabe der Beamten von 0,5 % des Lohns versprochen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst.

Der Kern der „Solidarität", die die Finanzbourgeoisie und ihre Regierung verlangen: Den Arbeitern und Angestellten in den Öffentlichen Diensten soll vom Lohn und damit von den Lebensmitteln noch mehr genommen werden, damit die Finanzbourgeoisie die Expansion betreiben kann. Die Methode, den Lohnraub durchzusetzen, ist die Spaltung. Den Haß der Massen auf [illegible] den teuren staatlichen Gewaltapparat versucht die Finanzbourgeoisie gegen den Lohnkampf der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten im Öffentlichen Dienst zu richten. Die Sozialdemokraten in der ÖTV haben dafür den Weg bereitet durch die Spalterforderung von 8 %.

In den meisten Behörden war dagegen das Festgeld gefordert worden, zumeist 170 DM, in dem Bewußtsein, daß es im Tarifkampf keine Einheit geben kann mit dem hohen Beamtenpack, den Antreibern und Rationalisierern. An dieser Forderung wird jetzt festgehalten. Sie hat die Unterstützung der Arbeiterklasse.

„Die Tarifrunde, die am Donnerstag dieser Woche beginnt, ist explosiv . Eigentlich müßten sich die Repräsentanten von Bund, Ländern und Gemeinden den den Gewerkschaftsforderungen ... energischer widersetzen ... Vor Kluncker's Streikdrohungen sollten sie nicht ängstlich zurückzucken", mahnt die Süddeutsche Zeitung (8.2.77). Die Finanzbourgeoisie kennt ihre Sozialdemokraten.

Die Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten haben damit auch ihre Erfahrungen. Sie haben auch gesehen, wer Schuld ist an den Lohnraubabschlüssen in der Metallindustrie. Streik für 170 DM wird vorbereitet.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 6/1977, 32 000

„Alles für die Front!" ist die Devise der Regierung

(Fortsetzung von Seite 1)
Die imperialistische Konkurrenz wird auf den Knochen der Arbeiter ausgetragen, im Frieden wie im offenen Krieg. Die Arbeiterbewegung hat deshalb stets die Losung verfochten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch". Dafür sprechen die Tatsachen und die Interessen der Arbeiter. Es braucht Tonnen Tinte und aber Tonnen Papier, Millionen sozialdemokratischer Ansprachen, damit bei einem Teil der Arbeiterklasse diese Tatsachen und ihre Interessen vorübergehend unterdrückt werden und damit sich ein Teil der Arbeiterklasse für die Konkurrenzschlachten der Imperialisten mobilisieren läßt. Die Sozialdemokraten haben diese Tonnen Tinte und Papier, sie halten diese hat. Es braucht große Anstrengungen der Arbeiter, um diesen Schwindel aufzudecken und sich von ihm zu befreien. „Was machen wir, wenn VW Weltmarktanteile verliert? Dann stehen wir schlecht da. Also müssen wir zurückstecken im Lohnkampf." Mit solchen Worten auf den Lippen laufen gegenwärtig die Sozialdemokraten bei VW durch die Werke und versuchen die Vorbereitung und die Durchführung von Streiks zu unterdrücken.

Der Schwindel der Sozialdemokraten bedeutet für die Imperialisten bares Geld. Für die Arbeiter bedeutet er Unterwerfung unter den Lohnraub der Imperialisten. Die Wirkung des sozialdemokratischen Schwindels für die Arbeiter kann man heute in Mark und Pfennig ausrechnen. Für jeden einzelnen Arbeiter in der Metallindustrie ist es der Unterschied zwischen 170 DM, die die Arbeiterbewegung fordert und erkämpfen kann, und den 6,9 Prozent, für die die Sozialdemokraten die Interessen der Arbeiter verkaufen. Für die Metallarbeiter insgesamt handelt es sich aufs Jahr berechnet um Milliarden. Man kann die Rechnung auch in Lebensmitteln aufmachen und weiß dann, wieviel Tonnen Fleisch usw. die Sozialdemokratie und ihre Politik die Arbeiterklasse in diesem Jahr kosten.

Alles, was für die Arbeiter negativ zu Buche schlägt, schlägt für die Kapitalisten positiv zu Buche. Diese Politik der Sozialdemokraten ist für die Arbeiterklasse lebensgefährlich. Hält das einer für übertrieben, dann muß er sich an 1914 erinnern, als die Sozialdemokraten den Kriegskrediten zustimmten, und wie sie den ganzen Krieg über nichts taten als den Widerstand der Arbeiter gegen den Krieg zu unterdrücken.

Heute stimmen die Sozialdemokraten noch keinen Kriegskrediten zu, denn es gibt noch keinen Krieg. Heute befürworten sie Kredite und Garantien für den Handelskrieg, der unweigerlich zum Krieg führen wird. Für 193,2 Milliarden DM übernimmt die Regierung auf Antrag des sozialdemokratischen Finanzministers 1977 Bürgschaften für die Kapitalisten. Damit wird das Risiko der Kapitalisten bei der Ausbeutung der Arbeiter und der unterdrückten Völker mit den aus den Löhnen der Arbeiter gezogenen Steuergeldern abgesichert. Das Volumen der Bürgschaften für die Außenwirtschaft wird in diesem Jahr von 92 auf 127 Milliarden DM steigen; das ist eine Steigerung um 38 Prozent. Dafür brauchen die Kapitalisten die wachsenden Gelder aus der Lohnsteuer und dafür brauchen sie die Erhöhung der indirekten Steuern, insbesondere der Mehrwertsteuer. Die Bürgschaften für die Geschäfte der Imperialisten sind nur ein Posten im Haushalt der Regierung, wo die Gelder der Arbeiter direkt den Imperialisten zugeschoben werden. Es ist bereits ein Kriegshaushalt. Ein Haushalt für den imperialistischen Handelskrieg und für den Krieg um Kapitalanlagesphären. Der Kapitalexport müsse gesteigert werden, wenn die westdeutschen Imperialisten mit ihrer Konkurrenz, den verbündeten US-Imperialisten, den Sozialimperialisten, den japanischen und den anderen EG-Imperialisten, mithalten wollten, hat jetzt wieder der Chef der Deutschen Bank Guth verkündet. Von nichts kommt nichts, und das Kapital, das exportiert werden soll, kann wie alles Kapital nur aus der Ausbeutung der Arbeiter kommen. Also muß die Ausbeutung verschärft werden, das ist für die Imperialisten klar. Es ist aber schwierig, und ohne die Sozialdemokraten wäre dabei schon heute kein Durchkommen. Die Arbeiterbewegung gewinnt an Kraft. Um so dankbarer sind die Kapitalisten für die Bemühungen der Sozialdemokraten, diese Kraft zu zersetzen. Nachdem die Sozialdemokraten den 6,9-Prozent-Abschluß unter Dach und Fach gebracht haben, ist die Debatte über diesen Abschluß auch unter den Kapitalisten nicht abgebrochen. „Alles in allem", schreibt der Leitartikler des „Handelsblatts" diesen Montag, „mitunter müssen Generäle auch eine Schlacht verlieren können, wenn sie ein Cannae vermeiden wollen." Bei Cannae waren seinerzeit die Römer von Hannibal vernichtend geschlagen worden. Die „Generäle", das sind die Kapitalisten. Eine Schlacht hätten sie verloren, meint das „Handelsblatt", weil sie natürlich am liebsten gar nichts bezahlt hätten. Ein „Cannae", d.h. eine vernichtende Niederlage durch den Streik der Metallarbeiter, konnten sie bloß verhindern, weil die Sozialdemokraten die Metallarbeiter niedergehalten haben. So schätzen die Kapitalisten die Kräfteverhältnisse ein in der gegenwärtigen Lage.

Die Lohnbewegung der Arbeiter geht weiter. Die Tarifkämpfe sind nicht beendet. Am 10. Februar beginnen die Verhandlungen im öffentlichen Dienst. Am 11. Februar soll bei VW erneut verhandelt werden. In der Chemieindustrie und unter den Druckarbeitern werden die Forderungen debattiert und aufgestellt. Die Metallarbeiter werden sich mit dem Ergebnis des Tarifkampfes nicht abfinden. Diese Kämpfe haben nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung für die Arbeiter der einzelnen Branche. Sie haben eine politische Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse und das Volk.

Sie schwächen die Kriegskasse der Imperialisten und durchkreuzen ihre Kriegsvorbereitungen. Sie schränken die Kosten ein, die die Arbeiterklasse heute für den imperialistischen Handelskrieg trägt.



BOTSCHAFT DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

110 Berlin-Pankow Straße 22 Nr. 2
Telefon 482 88 53, 482 90 80

Berlin, 3. Februar 1977

Liebe Freunde,

Ihr habt uns aktiv unterstützt durch die Verbreitung mehrerer unserer Broschüren. Das ist eine konkrete politische Unterstützung von Euch für unser Land und ein Freundschaftsbeweis, den wir sehr hoch schätzen. Auch das Geld haben wir regelmäßig erhalten. Der letzte Betrag war DM 3 000.

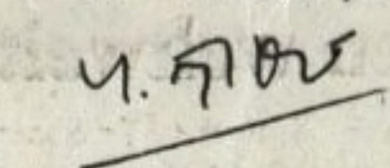
Wir schlagen Euch jetzt vor, den Rest des Geldes, das Ihr uns noch schuldet, in einen Solidaritätsfonds mit anderen Völkern der Dritten Welt zu geben, die noch im heldenhaften Kampf gegen Imperialismus, alten und neuen Kolonialismus und gegen den Zionismus stehen.

Unser Land ist schon befreit und im Besitz seiner Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität. Die Zerstörungen, die durch den Aggressionskrieg des amerikanischen Imperialismus verursacht wurden, waren ungeheuer. Aber wir haben entschlossen die gestellten Probleme angepackt.

Wir meinen, daß die anderen Völker, die noch Opfer der imperialistischen Aggression sind, noch dringender eine große materielle Solidarität brauchen.

Mit herzlichen antiimperialistischen Grüßen

HUOR Someth, représentant de l'Ambassade



81 Milliarden DM Lohnsteuern für die imperialistische Expansion

Der Betrug der Lohnsteuerreform von 1975

Der Bundeshaushalt 1977 soll nach den Plänen der Bundesregierung ein Ausgabenvolumen von 172 Milliarden DM haben. Es ist das staatliche Finanzierungsprogramm der imperialistischen Expansion, bereitgestellt für die Subventionierung des Handelskrieges auf dem Weltmarkt, die Förderung des Kapitalexports, die Anschaffung neuer Waffensysteme für die Bundeswehr, neue Nachrichtenspeicher und Bewaffnung für die Polizei, Zinsen und Schmiergelder für die Bourgeois und ihren Anhang. Wo Ausgaben sind, müssen auch Einnahmen sein. Es sind die Steuern der Volksmassen.

Vor zwei Jahren ist die „erste umfassende Neugestaltung des Einkommenssteuerrechts seit 1934" in Kraft getreten. So steht es in der Regierungsbegründung der Lohnsteuerreform der Sozialdemokraten. Was ist damit geworden?

Dank der Politik der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft soll ein Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen jetzt ganze 6,9 % mehr Lohn bekommen. Er bekommt natürlich nicht mal das. Die Lohnsteuer frißt einen großen Teil weg. Dazu zwei Beispiele:

	Lohngruppe 3 Monatslohn (173 Stunden) alt	neu	Ecklohn Monatslohn (173 Stunden) alt	neu
	1 084,70	1 159,54	1 292,30	1 381,47
Lohnsteuer in Steuerklasse				
I	124,80	139,60	166,50	184,20
II	109,40	124.20	151.20	168.80
III	62,60	75,80	101,10	116,50
IV	122,00	135,80	161,00	178,70
V	213,50	229,80	285,30	328,60

Obwohl der Abschluß nicht reicht, den gestiegenen Verschleiß an Arbeitskraft und die Inflation auch nur auszugleichen, steigt der „Steuerzugriff" auf den Lohn, wie die Fachleute der Bourgeois das zutreffend nennen. Von den 6,9 % bleiben nach Abzug der Lohnsteuer in der jeweiligen Lohnsteuerklasse (um den Raub durch die Sozialversicherungsabzüge zu untersuchen, müßten noch etwa 16,5 %, der Bruttoerhöhung abgezogen werden):

	Lohngruppe 3	Ecklohn
vor Steuer:	74,84 DM	89.17
nach Steuer:		
I	60,04 DM	71,47
II	60,04 DM	71,57
III	61,64 DM	73,77
IV	61,04 DM	71,47
V	58,54 DM	45,87

Der Lohnsteuerabzug ergänzt vollständig das Werk der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft, die den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten hemmen und sabotieren. Die Erfindung der Freibeträge, die den Arbeiter einschnüren sollen auf die behördlich errechneten Lebensmittel, und ihn entsprechenden verschiedenen Steuerklassen zuteilt, ergänzt die Spaltung. Und die Steuerprogression verschärft die Wirkung der Prozentabschlüsse. Sämtliche bürgerliche Parteien haben einen großen Propagandarummel entfaltet, wie wohltätig die Steuerreform wirken werde. Was sie nicht gesagt haben, ist, daß sie die Progression, das heißt, die Geschwindigkeit, mit der der Steuersatz zunimmt, gehörig verschärft haben. Mit einer kurzfristigen und geringen Entlastung ist dieser Schwindel erkauft worden. 1975 ist die durchschnittliche Steuerbelastung des Lohnes gegenüber 1974 von 15,3 % auf 14,6 % um 0,7 % gefallen. Gegenüber dem Höchststeuersatz 1974 war das 1975 ein „Einnahmeausfall" von 3,41 Milliarden DM. Bereits 1976 haben die Imperialisten wieder 15,6 % des Lohnes als Lohnsteuer geholt. Das ist allein Ergebnis der Progression. Wäre der Steuersatz gleich geblieben wie 1975 (14,6 %), so hätten die Bourgeois 1 % oder 5,18 Milliarden DM weniger Lohnsteuer eingenommen. Um 13,2 % sind die Lohnsteuereinnahmen im vergangenen Jahr gestiegen, während die Bruttolohn- und -gehaltssumme um etwa 6,4 % gestiegen ist. Der Unterschied zwischen diesen beiden Prozentsätzen drückt die Wirkung der Progression aus. Die Arbeiter kostet das Milliarden Mark, den Kapitalisten bringt's Milliarden Mark. Lebensmittel, die die Arbeiter und Angestellten brauchen, werden zwangsverwandelt in Kapital der besitzenden Klasse. Über dem Lohnkampf thront der Fiskus des Staatsapparates als Kassier und Unterdrücker. Von dieser Last muß man sich befreien, sich Luft verschaffen. Die Kapitalisten haben ein vielfältiges Netz der Unterdrückung gewoben, um ihre Ausbeuterherrschaft zu erhalten. Ohne dieses Netz zu zerschneiden wird es auch nicht gelingen, die Ausbeutung zu beseitigen. Man muß kämpfen für die Abschaffung aller indirekten Steuern und für 1 500 DM vom Monatslohn steuerfrei. – (fb)

Spitzensteuersatz

„Vielverdiener müssen bei uns 56 Prozent Steuern zahlen. Von 100 000 Mark kassiert also 56 000 Mark das Finanzamt." So die „Bild"-Zeitung letzte Woche.

Wenn der Steuerraub am Lohn der Arbeiter besonders unverschämt wird, dann behaupten die Bourgeois gern, sie würden sich selbst aus Gründen der Gerechtigkeit die Hauptlast der Steuern aufbürden. Dazu haben sie unter anderem das Märchen vom Spitzensteuersatz erfunden. 56 Prozent betrage er.

Die Wahrheit ist, daß nicht etwa die 100 000 DM mit 56 Prozent besteuert werden, sondern allenfalls der Teil des zu versteuernden Einkommens, der 130 020 DM *überschreitet*. Der Teil darunter wird geringer besteuert, so daß auch der durchschnittliche Steuersatz immer unter 56 Prozent liegt. Bei Abzügen entsprechend Lohnsteuerklasse III müßte ein Kapitalist für 100 000 DM nicht 56 Prozent, sondern 31 Prozent Steuern zahlen.

Was juckt es Axel Springer, wenn er einmal mehr gelogen hat. Er weiß, die Kapitalistenklasse entzieht den Großteil ihres Profits ohnehin der Steuer. Wir haben's nachgerechnet: 6 Prozent an Einkommensteuern haben sie 1971 gezahlt. (Siehe: Kommunismus und Klassenkampf 1/77) Neuere Zahlen sind noch nicht verfügbar. Sicher ist, was für die Arbeiter Progression bedeutet, ist für die Kapitalisten Steuerermäßigung. Um 14 Prozent sind ihre Profite im letzten Jahr gestiegen, die veranlagte Einkommenssteuer nicht mal um 9 Prozent. Also zahlen sie jetzt noch weniger.

Ohnehin zahlen die Kapitalisten ihre Steuern aus der Mehrarbeit, die sie den Arbeitern abgepreßt haben. Und niemals greift ihnen die Steuer an ihre Lebensmittel, selbst alle Prasserei eingeschlossen. Auch diesen Groschen zahlen sie noch ungern. Sie zahlen ihn bloß, um das wirkliche Verhältnis zu verdecken, das ihnen diesen Opfergroschen tausendfach wieder zurückbringt. In Wirklichkeit zwingt das Steuersystem die Arbeiter und die Besitzlosen, sämtliche Kosten des Staatsapparates der Bourgeoisie aus ihrem Lohn zu bestreiten. – (fb)

Raumfahrtindustrie: Ein Monopol der Supermächte

„Die Zukunft hat wieder einmal begonnen. Ein Raumschiff wird startklar gemacht. Die NASA-Behörde, die für Amerika den Himmel verwaltet, läutet eine neue Ära orbitaler Betriebsamkeit ein. Es soll Routine werden, den Planeten Erde zu verlassen. Die Konstrukteure von Rockwell International haben ein kolossales Vehikel gebaut: viel Rumpf, wenig Flügel – es sieht aus, als hätten sie sich ein Flugzeug ausgedacht, das möglichst schnell fliegen soll. Die offizielle Bezeichnung lautet Space Shuttle Orbiter Vehicle 101, abgekürzt OV." schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 29.1.77 zu einem neuen Projekt der US-Raumfahrtindustrie. Es geht kurz gesagt darum, Trägerraketen mehrmals wieder zu verwenden und nicht wie bisher nach einmaligen Gebrauch in der Erdatmosphäre verglühen oder in den Ozeanen der Erde versinken zu lassen. Jetzt soll ein Raumschiff geschaffen werden, welches in der Lage ist, mehrmals den erdnahen Weltraum aufzusuchen und wieder auf der Erde zu landen. Man strebt an, das Raumschiff für 100 Flüge zu benutzen. Es soll die Aufgabe haben, Satelliten zu installieren, zu reparieren und auch auf die Erde zurückzuholen, des weiteren Forschungsarbeiten im All durchzuführen, wozu es Labors und Meßdaten an Bord nehmen kann.

In der Weltraumindustrie üben die beiden Supermächte USA und UdSSR fast uneingeschränkt das Monopol aus. Europäische und vor allem auch westdeutsche Raumfahrtobjekte sind weitgehend von den USA-Imperialisten abhängig und von ihren Planungen bestimmt. Die Triebkraft für die Raumfahrtindustrie und ihre rasche Entwicklung ist der Profit. Für die beiden Supermächte ist sie ein Instrument in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Dieser Industriezweig dient zur Ausplünderung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt und ist Mittel zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Durch ihre Monopolstellung, die sich über die für den Satellitenstart notwendigen Trägerraketen bis zur Herstellung und Bestückung der Bodenstationen erstreckt, bestimmen die Supermächte vollständig die Preise und machen riesige Extraprofite. „Was Wunder", schreibt die „Süddeutsche Zeitung", „daß gerade die Amerikaner ihre Vorherrschaft auf dem Gebiet der Trägerraketen nutzen, in den internationalen Gesellschaften für die weltweite Satelliten-Kommunikation den Ton anzugeben und auch das meiste Geld einzunehmen". Nur die Volksrepublik China hat dieses Monopol bisher durchbrochen und aus eigenen Kräften und völlig selbständig Nachrichtensatelliten gestartet.

Das „lukrativste" Geschäft seien „gegenwärtig die Nachrichtensatelliten" (Süddeutsche Zeitung). So sind z.B. seit September 1976 zwei spezielle Nachrichtensatelliten für die Seeschiffahrt in Betrieb mit deren Hilfe „zu jeder Zeit und bei jedem Wetter eine zuverlässige und klare Sprech- und Fernschreibverbindung zwischen dem Festland oder Bohrinseln hergestellt werden kann" (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Entsprechend müssen die Bordeinrichtungen aber umgebaut werden. Die Kosten für die Fernsprechverbindungen verdoppeln sich mit dem Satellitensystem und die Preise für die Bordeinrichtungen werden von den Amerikanern, konkret „von vier amerikanischen Firmen unter Führung der Comsat General Corporation bestimmt".

Als Mittel, um die Länder der Dritten Welt von den Imperialisten abhängig zu machen, werden die Satelliten unmittelbar eingesetzt. „Für die Entwicklungsländer, die nicht zuletzt wegen ihrer großen Ausdehnung kein umfassendes Rundfunk- und Fernsehnetz aufbauen können, bieten Nachrichtensatelliten die einzige Möglichkeit, im ganzen Land und insbesondere in abgelegenen Gegenden z.B. Schulunterrichtsprogramme zu verbreiten." Die nötige Stromversorgung in den Dörfern liefern die Imperialisten dann auch gleich. „In Indien läuft zur Zeit gerade ein Großversuch, mit dem amerikanischen Satelliten ARS 6, der 5 000 Dörfer mit Fernsehprogrammen versorgt." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Des weiteren nutzen die Supermächte die Satelliten zur Vorbereitung der Ausplünderung der Rohstofflager auf der ganzen Erde. Durch die Satelliten ist es nämlich möglich, fast jeden Rohstoff in der Erdkruste nahtlos zu erfassen. So heißt es in einem Artikel über die Erforschung der Erzreserven auf der Erde, daß umfangreiche Vorarbeiten nötig sind, um die Reserven sinnvoll zu erfassen, welche „teilweise schon mit dem Flugzeug und Satellit durchgeführt werden, durch großräumige aeromagnetometrische Messungen. Auch Farbaufnahmen in den verschiedenen Spektralbereichen der Erdkruste vom Satelliten aus können Strukturen sichtbar machen, die als Leitlinien für die Vererzung wirken." (Frankfurter Allgemeine Zeitung) „Leitlinien für Vererzung", hier nutzen die Imperialisten ihr Monopol, um ungehindert über jede Ländergrenze hinweg die Bodenschätze der Völker auskundschaften und dann ausbeuten zu können. Erst neulich wurde in der Presse über die Tätigkeit der Sozialimperialisten berichtet, die über Satelliten das ganze Gebiet der DDR untersucht haben auf ihre Erzvorkommnisse.

Wichtiger Schwerpunkt der Raumfahrtindustrie ist die Unterstützung der Kriegsvorbereitung der beiden Supermächte. Fast jeder Satellit kann zur Kriegsführung benutzt werden. In Vietnam haben die Amerikaner und im Nah-Ostkrieg 1973 beide Supermächte Satelliten zur Kriegsführung eingesetzt und erprobt. So schreibt die Militärzeitschrift „Wehrkunde", daß in diesem Krieg die Sozialimperialisten über ihren Satelliten Kosmos 596 laufend für die Ägypter Aufnahmen gemacht haben, ebenso die Amerikaner für die Israelis mit ihrem Typ *Big Bird*. „Die Ägypter vermuten, daß das israelische Oberkommando auf den Bildern des Big Bird die Lücke zwischen der zweiten und dritten ägyptischen Armee erkannt haben." Dort sind dann die Israelis durchgestoßen weit nach Ägypten rein. Zwar konnten die Israelis ihre Niederlage nicht aufhalten, aber das Beispiel zeigt gut, welch wichtiges Instrument die Imperialisten zur Kriegsführung sich geschaffen haben.

Inzwischen läuft also das Space-Shuttle-Projekt in den USA auf vollen Touren. Das Gegenstück in der Sowjetunion heißt „Kosmoljöt". Am Projekt der US-Imperialisten werden auch die westlichen Imperialisten beteiligt, die BRD liefert ein Forschungslaboratorium, das „Spacelab-Projekt – es soll 500 Millionen Dollar kosten. In einzelnen Projekten gehen die USA-Imperialisten auf Kooperation, ohne allerdings ihr Monopol z.B. bei den Trägerraketen auch nur im mindestens aufzugeben. Die ungeheuren Summen an Kapital, die notwendig sind, um diese Projekte durchzuführen, haben bisher auch verhindert, daß das Monopol von den anderen imperialistischen Staaten durchbrochen wurde. Zwar gibt es Versuche der westeuropäischen Imperialisten, sie haben auch eine gemeinsame Raumfahrtgesellschaft gegründet, die ESRO, und projektieren schon seit Jahren an einer eigenen Trägerrakete, aber die Riesensummen, die dort verschlungen werden, und die in Amerika und der Sowjetunion über Steuern aus den Volksmassen erpresst werden, können kleinere imperialistische Mächte schwer allein aufbringen. So kostet z.B. das ganze Exemplar der Space Shuttle 500 Millionen Dollar, jede einzelne Flugmission wiederum 100 Millionen Mark. Der gesellschaftliche Reichtum, der in den USA und der UdSSR noch höher und in noch weniger Händen konzentriert ist, ermöglicht diese Projekte.

So heißt es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vor einem halben Jahr: „Überall, wo wirtschaftlicher Erfolg in der Weltraumtechnik abzusehen ist, sind deutsche Firmen nicht beteiligt."

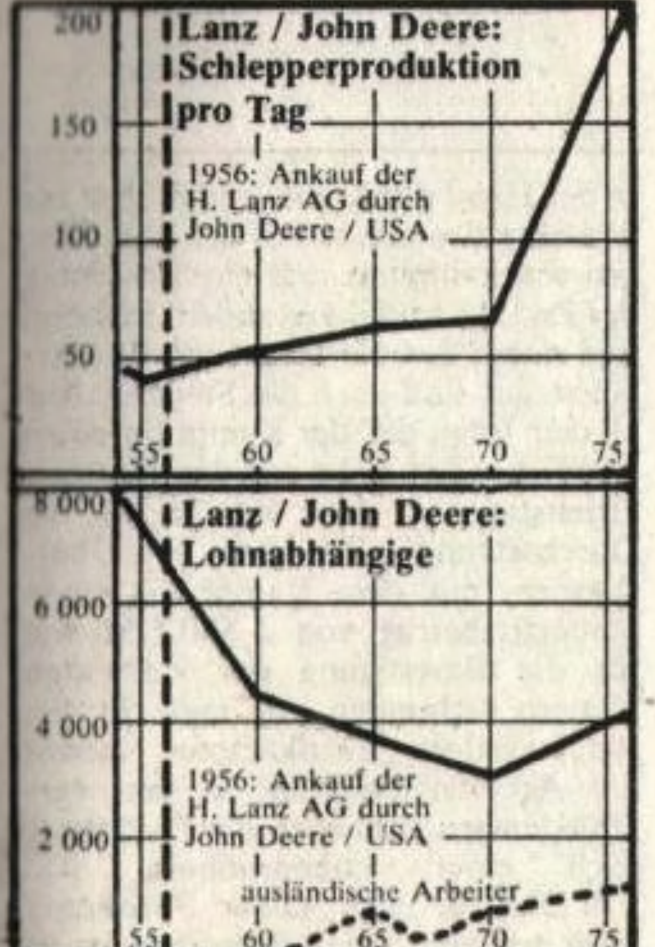
Die westdeutschen und europäischen Imperialisten unterliegen den Gesetzen der Profitproduktion und Konkurrenz. Die amerikanischen Monopole nutzen ihre Marktmonopole ungehemmt. Den ersten großen „kommerziellen Erfolg" vermeldet die deutsche Raumfahrtindustrie am 23.9.76. Mit 50 Millionen Mark sind sie beteiligt an einem Projekt zur Entwicklung einer „neuen Satellitengeneration" (500 Millionen Mark), der Intelsat (Internationale Nachrichtensatelliten Organisation). Die Hauptsumme wurde an ein von der amerikanischen Firma Aeronutronica Ford geführtes Konsortium gegeben.

Das Space-Shuttle-Projekt stößt in den USA auf Kritik der Militärs. (3 Stück sollen gebaut werden) Nutzen wollen sie es schon, denn mit dem Raumschiff ist z.B. das Einfangen auch russischer Satelliten gut möglich, aber, so schreibt die „Aviation Week", verfügt die Sowjetunion über ein Rapid Satellitenkiller System. Damit soll es möglich sein, einen Killer in weniger als 90 Minuten (die Zeit also, die ein niedrig fliegender Satellit zur Erdumrundung braucht) zu starten und an sein Ziel heranzubringen und dieses zu zerstören. Wenn die USA, wie die NASA das vorhat, alle ihre Satelliten nur noch per Shuttle in den Weltraum transportieren wollen, dann würde der Verlust nur eines Schiffes den Verlust von einem Drittel ihrer ganzen Raumtransportindustrie bedeuten.

Man sieht deutlich, in den Händen der Imperialisten ist die ganze Entwicklung der Raumfahrtindustrie, die ein technischer Fortschritt ist und ganze Industriezweige revolutioniert hat, z.B. die Elektroindustrie, nichts weiter als Mittel zur Raffung von Profiten, zur Ausplünderung und Unterdrückung der Völker und zur Aufrüstung und Kriegstreiberei. Erst wenn die Arbeiterklasse ihre politische Macht erobert hat und die Kapitalisten zum Teufel jagt, können sich die Produktivkräfte schrankenlos entfalten. Das Beispiel der Volksrepublik China und die Erfüllung des Aufrufs Mao Tsetungs „Auch wir werden künstliche Satelliten herstellen" ist ein großer Erfolg des Sozialismus und ein Schlag gegen die Monopolstellung der beiden Supermächte. – (jk)

Die „weltweiten" Pläne des US-Landmaschinenkonzerns John Deere stoßen auf den weltweiten Widerstand der John-Deere-Arbeiter

Als die „kühnste Tat" des „Chief Executive Officer" (Chef der Unternehmensleitung) von John Deere, W.A. Hewitt, rühmt der neueste „John-Deere-Report für die Mitarbeiter", daß Hewitt vor 20 Jahren „neue Fertigunsstätten in Übersee gegründet" hat. Die erste und „entscheidende" dieser „kühnen Taten" war der Aufkauf der 1956 vor dem Bankrott stehenden Traktorenfabrik Lanz in Mannheim. „Ohne eine Ausdehnung ins Ausland hätte das Unternehmen auf die Dauer Konkurrenten wie I. Harvester und Massey-Ferguson nicht standhalten können. Seit den Anfängen hier in Deutschland im Jahre 1956 hat sich Deere & Company in Übersee laufend weiter ausgedehnt



und unterhält gegenwärtig Fertigungsstätten in 10 Ländern außerhalb der USA. Es ist heute ein weltweites Unternehmen mit einer auf den Weltmarkt orientierten Geschäftspolitik." So weit „John-Deere-Report".

Fragt man die älteren Arbeiter beim John Deere, die noch beim alten Lanz gearbeitet haben, dann können sie eine Menge erzählen über die erstaunliche „Kühnheit" der John-Deere-Herren: Mit dem Kauf der Heinrich-Lanz-AG hatten sie nicht nur das älteste und traditionsreichste deutsche Traktorenwerk gekauft, sie hatten auch die kampferfahrenste und kampfstärkste Belegschaft der Industriestadt Mannheim mit eingekauft. Während des Zweiten Weltkrieges war der Lanz das Zentrum des Widerstandes gegen die Nazis, die illegale KPD hatte dort ihre feste Basis unter den Arbeitern. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den Lanz-Erben nur mit der Gewalt der Alliierten, die von den Lanz-Arbeitern aus Schutt wiederaufgebaute Fabrik in Besitz zu nehmen. Die KPD war über den Vertrauenskörper und den Betriebsrat fest verankert. Die Erben des Heinrich Lanz hatten es schwer, die Arbeitshetze und Antreiberei so zu steigern, wie sie es gern gehabt hätten. Wenn sich ein Meister zuviel rausnahm, dann „flog der Hammer" beim Lanz, das war sprichwörtlich bekannt. Manchmal flogen die Brocken auch tatsächlich durch die Luft, dafür berühmt waren die Schmiedearbeiter, die mit dieser Methode Abteilungsleiter und vor allem Zeitnehmer des öfteren in die Flucht schlugen.

Die erste Maßnahme der neuen Konzernherren waren Massenentlassungen. Damit führten sie gleichzeitig eine gewaltige politische Säuberungsaktion durch. Unter den 2 000 Arbeitern, die beim ersten Schub rausgeschmissen wurden, befanden sich fast alle KPD-Arbeiter, und weitere besonders klassenbewußte Arbeiter. Das Denunziantentum wurde gefördert und das kurz vorher erwirkte KPD-Verbot in Westdeutschland in voller Schärfe gegen die Arbeiter benutzt.

Für die John-Deere-Kapitalisten war die drohende Pleite der Lanz-Fabrik das Startsignal, um auf dem europäischen Markt vorzudringen. Mit gewaltigen Investitionen von über 60 Millionen DM wurde die ganze Lanz-Fabrik praktisch umgekrempelt. Automatische Transferstraßen für Getriebe und Motorblocks, die mit je 2 Arbeitern die Arbeit von 40 Drehern, Bohrern, Fräsern ersetzten, ein Fließband mit über 200 Stationen, neue elektronisch gesteuerte Gießanlagen in der Gießerei wurden eingerichtet. Der heftige Widerstand der John-Deere-Lanz-Arbeiter wurde vor allem gebrochen durch die bis 1960 in erheblichem Ausmaß fortdauernden Entlassungen (Schaubild). Aber so leicht konnten die neuen US-Konzernherren die Kampferfahrungen nicht auslöschen. Noch Anfang der 60er Jahre wurde zum Beispiel 7 Tage lang gestreikt, um die Bezahlung der 10-minütigen Frühstückspause durchzusetzen. Mit Erfolg.

Durch die neue Maschinerie, durch Ausweitung der Akkord- und Bandarbeit hatten die John-Deere-Kapitalisten die Produktivität Anfang der 60er Jahre bereits auf mehr als das Doppelte erhöht. Statt auf 200 Arbeiter 1 Schlepper täglich jetzt bereits auf 80 Arbeiter 1 Schlepper.

Der Einkauf ausländischer Arbeiter ab 1963 diente ihnen als nächster wichtiger Spaltungshebel, um die Löhne zu drücken, und die Arbeitshetze weiter zu steigern. Die Krise 1966/67, in der die Belegschaftszahl auf die Tiefstzahl von 2 800 sank, war der nächste Hebel, um nochmals das Arbeitstempo zu verschärfen. Das langte ihnen immer noch nicht, um ihre Hauptkonkurrenten Harvester und Massey Ferguson auf dem Weltmarkt zu schlagen.

1969 verkündet der „Chief Executive Officier", W.A. Hewitt, das „Programm zur Gewinnsteigerung" für den ganzen Konzern. Im Mannheimer Werk steigt innerhalb von einem Jahr bis 1970 der Anteil der Akkordarbeiter von 50 auf 60 %. Von 1970 bis 71 steigt die tägliche Schlepperproduktion von 65 auf 85 %, im nächsten Jahr auf über 100. Alles ohne eine einzige Neuinvestition. Die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, deren Anteil zunimmt, wird voll ausgenutzt. Die Akkorde verkürzt. Wer aufmuckt, fliegt. Wer krank wird, fliegt. Im August 1972 steht der Krankenstand auf 11,2 %. Bis August 1973 ist er mittels Entlassungsdrohungen und Entlassungen auf 6,8 % gesenkt.

Die US-Konzernherren jubeln und die bürgerliche Presse gleich mit. Einige Zeitungsüberschriften aus 72/73: „John Deere bläst in Europa zur Offensive", „Europa-Tochter von Deere fährt endlich aus den roten Zahlen", „Deere macht große Sprünge", „Rekordergebnisse". In der Mannheimer Produktion wird ein Exportanteil von 80 % erreicht. In einem Interview verrät der Europa-Manager Peterson auch gleich das Geheimnis des Erfolgs:

„Der eigentliche Grund, warum John Deere im Vergleich zu seinen Konkurrenten so erfolgreich war, ist in unseren Mitarbeitern zu suchen. Wir kaufen das Material von den gleichen Lieferanten und zahlen die gleichen Preise dafür wie unsere Konkurrenten. Selbstverständlich halten auch unsere Löhne und Gehälter jeden Vergleich innerhalb unseres Industriezweiges aus. Unser Erfolg muß daher darin zu suchen sein, daß unsere Mitarbeiter im gesamten Konzernbereich *wirkungsvoller arbeiten, als vergleichbare Mitarbeiter anderer Unternehmen.* (John Deere Journal 1/74)

Die John-Deere-Arbeiter haben dieses „wirkungsvolle Arbeiten" nicht so einfach mit sich machen lassen. Seit Anfang der 70er Jahre hat sich der Kampf gegen die Ausbeutungsmethoden spürbar verschärft. 1972, als die Betriebszelle der damaligen KG/NRF die Arbeit am Betrieb aufnahm, wurde ein erfolgreicher Kampf der ausländischen Arbeiter gegen die elenden Wohnverhältnisse in den Baracken geführt, und die deutschen Arbeiter haben das unterstützt. Im Mai 1973, nach dem miserablen Tarifabschluß, trat der ganze Betrieb in einen einwöchigen Streik gegen die verschärfte Arbeitshetze und für 70 Pfennig innerbetriebliche Lohnerhöhung. Dieser Streik wurde, mit stillschweigender Duldung der Sozialdemokraten in Betriebsrat und IGM-Ortsverwaltung, brutal durch Schlägertrupps zusammengeschlagen. Er diente den Ford-Kapitalisten in Köln als Vorbild für ihre Schlägeraktionen einige Monate später. Dieser Streik hat tiefe Spuren hinterlassen, vor allem die Frage, ob es möglich ist, die Einheit im Betrieb herzustellen. Diese wirken bis heute nach. Aber er hat auch den Willen zur Einheit gestärkt. Es ist kein Wunder, daß die John-Deere-Vertrauensleute seit 1973 jedes Jahr eine Festgeldforderung in der Tarifrunde aufgestellt haben.

Bis auf 200 Schlepper pro Tag haben die John-Deere-Kapitalisten bis 1976 die Produktion gesteigert, wieder ohne nennenswerte Neuinvestitionen. Jetzt wollen sie mit dem „größten Investitionsprogramm der Firmengeschichte" (Handelsblatt, 21.12.76) von 1 Milliarde DM weitere Steigerungen erzwingen, unter dem Schlachtruf „John Deere weltweit". Das Geld haben sie aus den Knochen der 57 000 Arbeiter in vielen John-Deere-Werken. Es soll dazu dienen, sie noch schärfer auszubeuten. Aber sie kriegen ihre Antwort. 4 Wochen haben die Arbeiter im spanischen Werk bei Madrid letztes Frühjahr gestreikt, 5 Wochen im Herbst in sämtlichen Werken in den USA, in Argentinien mußten sie letzten Sommer ihr Werk „buchhalterisch abschreiben", wegen der „zunehmend unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse", in Südafrika sitzt ihnen der Kampf der schwarzen Arbeiter im Nacken und bei John Deere Mannheim ist es inzwischen geläufiges Wort der Arbeiter: „Jetzt muß es auch bei uns laufen, zwei, drei oder vier Wochen, bis sie klein sind." Fast alle Arbeiter sind der Meinung, daß 1 DM erkämpft werden muß und daß das auch möglich ist, wenn die Gewerkschaft den Streik führt. Die John-Deere-Imperialisten können ihre „weltweite" Strategie nur erreichen durch weltweite Verschärfung der Ausbeutung, so wie alle Imperialisten. Das bringt ihnen notwendig den Kampf der Arbeiter ein. Aber die Arbeiter werden sie endgültig besiegen. Weltweit! – (John-Deere-Zelle / w.)

Die Sache mit den Überstunden und Sonderschichten

Im ganzen letzten Jahr haben die Automobilkapitalisten Überstunden und Sonderschichten arbeiten lassen. Weitere Sonderschichten sind beantragt und bereits genehmigt. Opel und VW haben mit Hilfe der Überstunden und Sonderschichten ihre Produktion um 22 % bzw. 12 % gesteigert und ihren Marktanteil in der BRD im letzten Jahr um 2,1 % bzw. 0,7 % erhöht. In der ganzen Metallindustrie ist es den Kapitalisten gelungen, die Überstundenklopperei drastisch auszudehnen. Obwohl in verschiedenen Betrieben und Produktionszweigen der Metallindustrie noch Kurzarbeit herrschte, haben sie die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden von 40,8 Stunden im ersten Vierteljahr 1976 um 2,45 % auf durchschnittlich 41,8 Stunden erhöht. Daran kann man das große Ausmaß von Überstunden erkennen, das ein Teil der Metallarbeiter im letzten Jahr bringen mußte.

Die kapitalistische Produktion ist Produktion von Mehrwert, Produktion von Kapital, das erneut in der Mehrwertproduktion „angelegt" wird, um mehr Mehrwert zu produzieren. Der Mehrwert ist das Produkt der Mehrarbeit der Arbeiter. Die Kapitalisten kaufen die Arbeitskraft und bezahlen sie nach ihrem Wert. Die Arbeitskraft hat die Fähigkeit, mehr produzieren zu können als zu ihrer eigenen Reproduktion notwendig ist. Deshalb kauft sie der Kapitalist und kann sie ausbeuten. Die erste und grundlegende Methode der Kapitalisten, den Mehrwert zu steigern, den ihnen die Arbeiter produzieren, besteht in der wachsenden Ausdehnung des Arbeitstages, an dem sie die Arbeitskraft vernutzen, über die Zeit hinaus, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist. Diese Methode der Steigerung des Mehrwerts bleibt während der ganzen Epoche des Kapitalismus grundlegend. Nach wie vor sind die Kapitalisten von dem Drang beseelt, den Arbeitstag maximal, das heißt bis an seine äußersten Schranken, auszudehnen, um die Mehrwertproduktion zu steigern. Verlängerung des Arbeitstages ist ein gewaltiger Hebel der Kapitalisten, um ihre Profitmasse wie die Profitrate zu steigern und die Arbeiterklasse ins Elend zu drücken. Sie können diesen Hebel um so besser anwenden, je größer auf der anderen Seite die Arbeits-
losigkeit ist und je mehr die industrielle
losigkeit ist und je mehr die industrielle Reservearmee anschwillt. Opel Rüsselsheim hat sich seine Arbeiter im letzten Jahr bis herunter aus dem Südbadischen geholt. In Rüsselsheim verwandelten sie die ganze Lebenszeit der Arbeiter in Arbeitszeit für Opel. VW holt gegenwärtig in ganz Niedersachsen die Arbeiter zusammen, die Schmücker in Wolfsburg vernutzen will. Auf den Arbeitsämtern werden die kräftigsten ausgesucht, damit sicher ist, daß die physische Schranke für die Ausdehnung des Arbeitstages möglichst hoch liegt.

Verlängerung des Arbeitstages – Produktion von absolutem Mehrwert

Wir nehmen an, der Kapitalist verlängert den Arbeitstag von 8 auf 12 Stunden. In vier Stunden Arbeit reproduzieren die Arbeiter den Wert ihrer Arbeitskraft, den der Kapitalist im Lohn bezahlt. 4 Stunden hatten sie vor der Verlängerung des Arbeitstages für den Kapitalisten umsonst gearbeitet und ihm Mehrwert produziert. Verlängert der Kapitalist den Arbeitstag von 8 auf 12 Stunden, dann verdoppelt er die Mehrarbeitszeit, in der die Arbeiter ohne jede Bezahlung für den Kapitalisten den Mehrwert produzieren. Entsprechend verdoppelt sich der Mehrwert, den die fremde Arbeitskraft für den Kapitalisten produziert. Hat vor der Verlängerung des Arbeitstages bei einer notwendigen Arbeitszeit von 4 Stunden und einem Arbeitstag von 8 Stunden das Ausbeutungsverhältnis 1 zu 1 betragen, so beträgt es nach der Verlängerung des Arbeitstages jetzt 2 zu 1. Sind vorher von 100 Arbeitern 1 000 Motoren im Wert von 100 000 DM produziert worden, so werden jetzt 1 500 Motoren im Wert von 150 000 DM produziert. Beträgt das variable Kapital, das der Kapitalist für den Ankauf der Arbeitskraft der Arbeiter „vorschießt", 10 000 DM (in Wirklichkeit schießt er es nicht vor, sondern zahlt die Arbeiter erst nach einer Woche oder einem Monat, so daß in Wirklichkeit die Arbeiter dem Kapitalisten ihre Arbeitskraft vorschießen), dann betrug der Mehrwert vor der Verlängerung des Arbeitstages ebenfalls 10 000 DM und nach der Verlängerung des Arbeitstages beträgt er 20 000 DM. In unserem Beispiel wäre in den 1 000 Motoren zu 100 000 DM ein Wert von 80 000 DM enthalten, der entsprechend dem Verschleiß der Maschinerie von der Maschine auf das Produkt übertragen worden ist, sagen wir in der Höhe von 200 DM, und der entsprechend den eingesetzten Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten in das Produkt eingegangen ist, sagen wir in der Höhe von 79 800 DM. Im Wert der 1 500 Motoren des verlängerten Arbeitstages von 150 000 DM würde sich dies Verhältnis entsprechend stellen.

Ein scheinbar willkürliches Beispiel

In dem Produkt des achtstündigen Arbeitstages von hundert Arbeitern, d.h. in den 1 000 Motoren im Wert von 100 000 DM sind enthalten

- 200 DM die durch die Arbeit der Arbeiter von der Maschinerie entsprechend ihrem Verschleiß auf das Produkt übertragen worden sind;
- 79 800 DM die durch die Arbeit der Arbeiter in Gestalt der Rohstoffe und Halbfertigfabrikate in das neue Produkt eingegangen sind;
- 10 000 DM durch die die Arbeit der Arbeiter den Wert der Ware Arbeitskraft reproduziert hat, den der Kapitalist in den Löhnen zahlt;
- 10 000 DM Mehrwert, den die Arbeiter dem Kapitalisten ganz umsonst produziert haben.

In dem Produkt des 12stündigen Arbeitstages von 150 000 DM wären enthalten

- 300 DM die den Wert der verschlissenen Maschinerie darstellen;
- 119 700 DM die dem Wert der in das Produkt eingegangenen Rohstoffe und Halbfertigfabrikate entsprechen;
- 10 000 DM in denen die Arbeit der Arbeiter den Wert ihrer Arbeitskraft reproduziert hat;
- 20 000 DM Mehrwert, den die Arbeiter durch 8stündige Mehrarbeit dem Kapitalisten produziert haben.

Durch Verlängerung des Arbeitstages hat der Kapitalist die Ausbeutungsrate und den Mehrwert verdoppelt. Man sieht, daß der Kapitalist ein
pelt. Man sieht, daß der Kapitalist ein
großes Interesse an der Verlängerung des Arbeitstages haben muß. Heute ist der 8-Stunden-Normalarbeitstag zwar keineswegs durch Gesetz, aber durch Tarifverträge in den meisten Industriezweigen festgesetzt. Die einzige Form, in der der Kapitalist die Arbeitszeit verlängern kann, ist also der Zwang zur Überstundenarbeit. Die Form der Überstundenbezahlung verstärkt die falsche Auffassung, die bereits die Lohnform der Bezahlung der Arbeitskraft nahelegt, daß der Kapitalist die Arbeit bezahlen würde und seinen Profit woanders als aus der Arbeit her ziehen würde, sei es aus seiner Maschinerie oder aus seiner Geschicklichkeit beim Einkauf und beim Verkauf. Der Profit kann aber nur aus der Mehrwertproduktion stammen und Mehrwert kann genauso wie Wert, dessen Bestandteil er bildet, nur durch die Arbeit und nichts sonst produziert werden. Im Lohn wird der Form nach nicht die Arbeitskraft entsprechend ihrem Wert, sondern die Arbeit entsprechend der Anzahl der geleisteten Stunden bezahlt. Der Tageswert der Arbeit, in unserem Beispiel die 100 DM, werden auf den achtstündigen Arbeitstag verteilt. Das ergibt einen Stundenlohn von 12.50 DM. Die Lohnform erscheint plausibel, denn der Arbeiter muß ja tatsächlich 8 Stunden arbeiten, nachdem er seine Arbeitskraft verkauft hat, und der Kapitalist wendet die Arbeitskraft, nachdem er sie gekauft hat, ja tatsächlich für 8 und nicht nur für 4 Stunden an, die Zeit, in der die lebendige Arbeit den durch den Kapitalisten „vorgeschossenen" Wert der Arbeitskraft in der Hand des Kapitalisten reproduziert. Für den Kapitalisten ergibt sich der Trugschluß, er bezahle die Arbeit und nicht die Arbeitskraft, notwendig, weil ihm die Bezahlung der Arbeitskraft einfach als die Kosten der Arbeit erscheint, die er in der Mehrwertproduktion anwendet. Der Kapitalist hat auch ein Interesse an diesem Trugschluß. Der Arbeiter kann diesem Trugschluß aufsitzen, weil er tatsächlich 8 und nicht nur 4 Stunden arbeitet, und weil die herrschenden Gedanken einer Gesellschaft stets die Gedanken der herrschenden Klasse sind, die sich auch den unterdrückten Klassen aufdrängen. Die herrschende Klasse hat dazu nicht nur die Schulen, sondern viele andere Mittel wie Rundfunk und Fernsehen, die diese herrschenden Gedanken den Massen so einhämmern, daß sie die Form von allgemeinen Volksvorurteilen annehmen können. Die Verlängerung des Arbeitstages in der Form von Überstunden verstärkt den Trugschluß, es würde die Arbeit und nicht bloß der Wert der Arbeitskraft bezahlt. Der Form nach werden die Überstunden nicht nur wie jede andere Stunde bezahlt. Die Kapitalisten sind sogar durch Tarifverträge gezwungen, einen Aufschlag für die Überstunde zu bezahlen.

Unser oben aufgeführtes Beispiel erscheint deshalb willkürlich und aus der Luft gegriffen. In unserem Beispiel bleibt der Lohn für den 12stündigen Arbeitstag von der gleichen Höhe wie der Lohn für den 8stündigen Arbeitstag, während der Stundenlohn von 12,50 DM auf 8,33 DM sinkt.

Wie sich die Sache in der Wirklichkeit zunächst darstellt

In der Wirklichkeit scheint sich die Sache so darzustellen, daß die Kapitalisten für die Überstunden mehr bezahlen müssen und die Arbeiter durch Überstunden mehr verdienen. Haben sie vorher 8 Stunden gearbeitet und einen Stundenlohn von 12,50 DM erhalten und kann sie der Kapitalist zu 4 Überstunden bewegen, dann bekommen sie für die 4 Überstunden ebenfalls 12,50 DM plus einen Zuschlag von sagen wir 2,50 DM. Unsere oben aufgeführte Rechnung würde sich dann nach Verlängerung des Arbeitstages so darstellen: Der Wert, der von der Maschinerie auf das Produkt übertragen worden ist, bleibt gleich und beträgt nach wie vor 300 DM. Der Wert der Rohstoffe und Halbfertigfabrikate, die in das Produkt des 12stündigen Arbeitstages eingegangen sind, bleibt auch gleich, also 119 700 DM. Das variable Kapital, das der Kapitalist in Löhnen an die Arbeiter zahlen muß, betrüge jetzt jedoch (12,50 x 12) plus (2,50 x 4) für den einzelnen Arbeiter und für alle 100 Arbeiter zusammen 16 000 DM. Da sich an dem Wert des Produkts dadurch nichts verändert, hätten die Arbeiter dem Kapitalisten jetzt statt 20 000 DM Mehrwert „bloß" 14 000 DM Mehrwert produ-
„bloß" 14 000 DM Mehrwert produ-
ziert. Hat vorher die Ausbeutungsrate 2 zu 1 betragen, dann würde sie jetzt nur noch 14 000 zu 16 000, d.h. statt 200 % würde sie nur 87,5 % betragen.

Nehmen wir einmal an, daß es diesen Fall gibt, wenn ein Kapitalist auf breiter Front zur Überstundenarbeit oder zu Sonderschichten übergeht. Für den Kapitalisten würde das immer noch bedeuten, daß sich die von den Arbeitern pro Arbeitstag in seinen Händen produzierte Mehrwertmasse von 10 000 DM auf 14 000 DM vermehrt hätte. Kann er anders als durch Überstunden die Marktchancen für seine Produkte und den in ihnen enthaltenen Mehrwert nicht nutzen, wird er allemal dazu bereit sein, obwohl die Ausbeutungsrate zunächst sinkt, während die Mehrwertmasse steigt.

Mit der Ausbeutungsrate mag sogar die Profitrate, wie sie sich innerhalb des Werts des Tagesprodukts herstellt, gesunken sein. In unserem Beispiel beträgt sie bei 8stündigem Arbeitstag 10 000 zu 90 000 gleich 11,1 %. Bei dem 12stündigen Arbeitstag betrüge sie 14 000 zu 136 000 gleich 10,29 %, d.h. rund 1 Prozent weniger. Die Profitrate ist also in dieser Betrachtungsweise zusammen mit der Ausbeutungsrate gesunken.

Für die Kapitalisten lohnen sich Überstunden allemal

Die Sache stellt sich freilich anders dar, wenn wir den Mehrwert nicht nur auf das in der Produktion auf das Produkt übergegangene konstante Kapital und reproduzierte variable Kapital beziehen, sondern wie das der Kapitalist tut und tun muß, auf das gesamte für die Produktion vorgeschossene konstante Kapital. Wir haben in unserem Beispiel 200 bzw. 300 DM für den in der Produktion verschlissenen Teil der Maschinerie eingesetzt. Nehmen wir an, der Wert dieser Maschinerie betrage insgesamt 400 000 DM. Dann beträgt in dem 8stündigen Arbeitstag die Profitrate 10 000 zu 489 800 DM gleich 2,04 %. Bei dem 12stündigen Arbeitstag würde die Profitrate 14 000 zu 535 700 DM gleich 2,6 % betragen. Die Profitrate wäre also gestiegen. Die Profitmasse ist bezogen auf das ganze der Produktion vorgeschossene Kapital um 1/2 % gestiegen. Gerade auf dieses Verhältnis zwischen Profitmasse und gesamtem vorgeschossenem Kapital jedoch kommt es dem Kapitalisten an und muß es ihm ankommen. Das heißt, selbst wenn sich die Ausbeutungsrate bei der Ausdehnung des Arbeitstages verringern würde, könnte die Profitrate für den Kapitalisten dabei steigen. Sie würde um so mehr steigen, je größer der Teil seines Kapitals ist, den er in der Maschinerie als fixes Kapital dem Produktionsprozeß vorschießen muß. Der Profitstachel, der den Kapitalisten dazu treibt, aus den Arbeitern durch Verlängerung des Arbeitstages möglichst viel herauszuholen, bliebe also voll wirksam, selbst wenn sich das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit dadurch für den Kapitalisten verschlechtern würde.

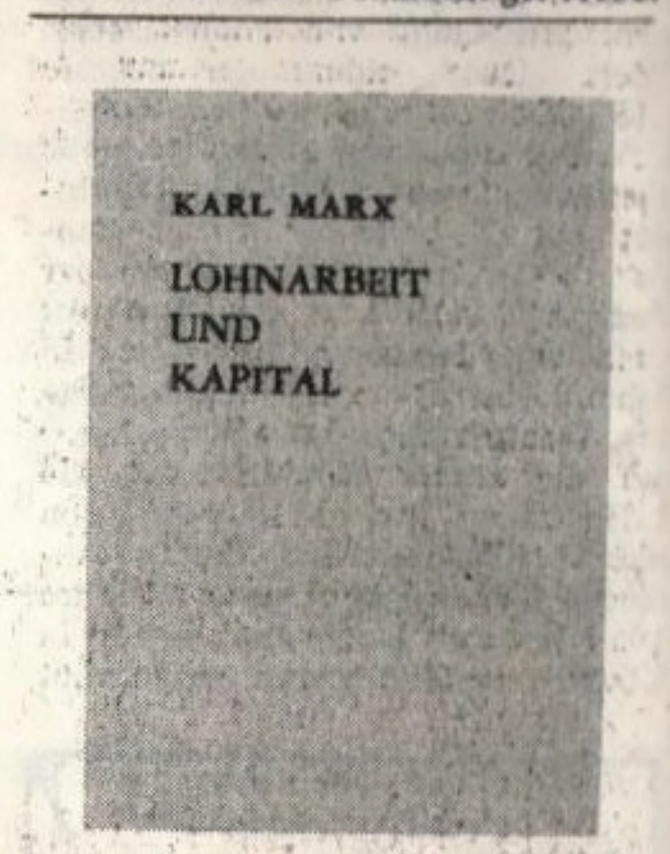
Unser Beispiel mag sich decken mit wirklichen Entwicklungen, z.B. in der Automobilindustrie, was die Überstunden und die Sonderschichten betrifft. Ihre Mehrwert- und damit ihre Profitmasse erhöhen die Kapitalisten mit diesen Sonderschichten beträchtlich, und obwohl sie die Überstunden und Sonderschichten mehr kosten als die Arbeit in der Normalarbeitszeit, sind die Überstunden und Sonderschichten für die Automobilkapitalisten bei dem großen Anteil von fixem Kapital, das zudem rasch veraltet, äußerst profitabel. Überstunden und Sonderschichten sind besonders dann profitabel, wenn der Kapitalist vergleicht, was ihn die Vermehrung des Mehrwerts und der Mehrwertmasse durch Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden und Sonderschichten kostet und was ihn jede andere Form entsprechender Vermehrung des Mehrwerts kosten würde. Er müßte Neueinstellungen vornehmen, wollte er jedoch diese neueingestellten Arbeitskräfte gleich ausbeuten, wie die Arbeitskräfte, die er bereits ausbeutet, dann müßte er auch neues Kapital in Maschinerie vorschießen. Seine Profitrate würde dann nicht entsprechend steigen. Für den Kapitalisten wäre also die Verlängerung des Arbeitstages selbst unter diesen von uns angenommenen, denkbar ungünstigen Bedingungen immer noch profitabel.

Überstunden – Mittel der Ver-

Überstunden – Mittel der Verelendung und Ruinierung der Arbeiter

Für die Arbeiter sehe selbst unter diesen für sie günstigsten Bedingungen die Sache ganz anders aus. Durch die Verlängerung des Arbeitstages stiege der Verschleiß ihrer Arbeitskraft ganz unverhältnismäßig im Vergleich zu dem dadurch steigenden Lohn. Der Wert der Ware Arbeitskraft pro Tag ergibt sich aus dem Wert der Arbeitskraft für eine bestimmte durchschnittliche Lebensdauer. Durch den gewachsenen Verschleiß der Arbeitskraft, der mit der Verlängerung des Arbeitstages immer rascher zunimmt, verkürzt der Arbeiter sein Leben in einem Umfang, der durch den gestiegenen Lohn nicht ausgeglichen wird und durch Geld überhaupt nicht ausgeglichen werden kann. Was also kurzfristig den Arbeitern als Mittel der Aufbesserung des niedrigen Lohns erscheinen kann, ist langfristig das sicherste Mittel, um sich rasch zu ruinieren.

Hinzu kommt, daß unser Beispiel die äußerste Ausnahme bildet und daß sich der Lohn für den Tag unter den Zwangsgesetzen der kapitalistischen Produktion stets auf den Tageswert der Ware Arbeitskraft einpendelt. Wir sind davon ausgegangen, daß dieser Tageswert der Ware Arbeitskraft 100 DM beträgt, was für den 8-Stunden-Normalarbeitstag einen Stundenlohn von 12,50 DM ausmacht. Wollen die Kapitalisten, und das wollen sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit stets, die Auspressung von Mehrarbeit durch Verlängerung des Arbeitstages, verschärfen, dann werden sie als nächstes durch Lohnkürzungen den wirtschaftlichen Zwang zu Überstunden und Sonderschichten für die Arbeiter vergrößern. Haben sie aber erst einmal die Überstunden und Sonderschichten in größerem Umfang durchgesetzt, dann wird das zu einem gewaltigen Hebel in der Hand der Kapitalisten, um die Löhne zu senken. Das ganze führt zur Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern. Der Lohnkampf wird geschwächt, weil die Arbeiter gespalten sind je nach dem Umfang, in dem sie Überstunden machen und zum Überstundenmachen gezwungen sind. Also Senkung der Löhne. Das ganze findet statt unter Bedingungen, wo die Arbeiter erstens durch die unterschiedlichen Löhne in den verschiedenen Branchen sowieso schon in Konkurrenz stehen. Es ist überhaupt nur unter solchen Bedingungen möglich. Die Arbeiter aus den Branchen, wo niedrige Löhne sind, drücken auf den Arbeitsmarkt der Branchen, wo es höhere Löhne gibt. In den Branchen mit niederen Löhnen müssen sowieso schon Überstunden gemacht werden. Dazu kommt die wachsende industrielle Reservearmee, die die Konkurrenz unter den Arbeitern weiter verschärft. Sowohl der Kampf gegen Überstunden als auch der Kampf für die Verteidigung eines ausreichenden Lohnes auf den Normalarbeitstag wird geschwächt. All dies führt zwangsläufig dazu, daß es den Kapitalisten, sobald es ihnen einmal gelungen ist, Überstunden und Sonderschichten „normal" werden zu lassen, auch gelingt, den realen Stundenlohn durch Senkung des Lohns auf den Tageswert der Ware Arbeitskraft zu drücken. So wird sich in der Realität die Lage herstellen, die wir zunächst theoretisch in unserem ersten Beispiel angenommen hatten, wo der Stundenlohn durch die Verlängerung des Arbeitstages sank, und das zunächst willkürlich und aus der Luft gegriffen erscheinen konnte. Das einzig Willkürliche in unserem Beispiel ist der hohe Stundenlohn, von dem wir in unserem Beispiel ausgehen. In unserem Beispiel war der Stundenlohn durch die Verlängerung des Arbeitstages von 12,50 DM auf 100 : 12 gleich 8,33 DM gesunken. In der Realität findet dies ebenfalls statt, wenn der Verlängerung des Arbeitstages und der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten nicht von den Arbeitern im Kampf gegen die Kapitalisten Schranken gezogen werden. Diese Lohnsenkung findet statt durch Herunterstufung der Arbeitsplätze, durch Streichung von betrieblichen Zulagen. In diesem Tarifkampf haben die Kapitalisten die Überstunden sogar als Argument gegen die Tariflohnerhöhung vorgebracht. Wenn sich der ganze Prozeß nicht in einer direkten Senkung des Nominallohns niederschlägt, dann nur, weil die Inflation die Senkung des Reallohns durch das Steigen des Nominallohns verhüllt. Ein mächtiger Hebel
nallohns verhüllt. Ein mächtiger Hebel



in der Hand der Kapitalistenklasse zur Senkung des Lohns auf das physische Existenzminimum und zur Erhöhung des Zwangs zur Überstundenklopperei und damit zur Verlängerung des Arbeitstages sind auch die Steuern. Aus all dem folgt, daß der Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag mit dem Kampf für die Durchsetzung des Verbots von Überstunden, mit dem Kampf für einen Steuerfreibetrag von 1 500 DM wie für die Beseitigung der indirekten Steuern verbunden sein muß. In den gegenwärtigen Tarifkämpfen erhebt die Arbeiterbewegung in den verschiedensten Branchen die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 170 DM für alle. Diese Forderung zeigt, wie sehr die Arbeiterbewegung die Notwendigkeit der Einheit und des Kampfes für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag begriffen hat. Daher die Anstrengungen der Sozialdemokraten, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Wir Kommunisten führen den Lohnkampf der Arbeiterbewegung und sagen: Man muß ihn mit dem politischen Kampf verbinden. Und wir sagen, die Arbeiterbewegung muß sich den Umsturz von Verhältnissen zum Ziel setzen, in denen die Arbeiterklasse ausgebeutet wird und von allen Seiten durch die herrschende Klasse unter Druck gesetzt wird. – (gs)

Tarifkampf Volkswagenwerke

Wer siegt, ist noch nicht entschieden

Der Kampf um den Lohn ist nicht abgeschlossen. In den VW-Werken gibt es weder einen Abschluß noch gibt es ein Angebot Schmückers. Seit dem 1.2. ist der Tarifvertrag für die Volkswagenwerke abgelaufen. Die 93 000 Arbeiter und Angestellten arbeiten ohne zu wissen für wieviel. Bei den ersten Verhandlungen am 2.2. zwischen der VW-AG und den Spitzensozialdemokraten hielt Schmücker es gar nicht für nötig, ein Angebot vorzulegen. Seine Verhandlungskommission verwies darauf, daß die Lage für VW so gut wiederum auch nicht sei, und die Abschlüsse in den anderen Bezirken „nicht außer Acht gelassen werden dürfen". Die Sozialdemokratie hält das anstatt eines Angebots für korrekt. „Im Mittelpunkt stand – wie zumeist immer in der ersten Verhandlungsrunde – die Darstellung der Positionen beider Seiten."

Hinter dem Vorgehen, nichts anzubieten, verbirgt sich eine dreiste Taktik. Die Absicht von Schmücker liegt darin den Festbetrag, der bei der VW-Forderung enthalten ist, aber spalterisch an die Akkordgruppe 5B angelegt worden ist, wegzudrücken, ohne sich dabei einen Streik einzuhandeln. Dafür soll der lange Zeitraum bis zur zweiten Verhandlung am 11.2. dienen. Die Rechnung ist so: Überall die 6,9 % Abschlüsse und eine lange Zeit, wo von VW gar kein Angebot vorliegt, wird dazu führen, daß die Arbeiter den Festbetrag abschreiben und sich auf den Abschluß von 6,9 % einrichten. Das ganze hat den profitablen Nebeneffekt, daß die VW-AG die Lohngelder der Lohnerhöhung für zwölf Tage auf ihren Konten liegen hat und dafür erkleckliche Zinsen kassiert. Bei 93 000 Arbeitern, nur auf den Durchschnittslohn von ca. 11,70 DM pro Stunde gerechnet eine Erhöhung von 6,9 % bei 13 Tagen so ca. 500 000 DM bei 6,5 % Zinsen.

Schmückers Plan ist geschickt. Ob er durchkommt ist nicht gesagt. Die aufgestellte Forderung bringt den VW-Arbeitern einen Mindestbetrag. Sie wird das Abfallen der unteren Lohngruppen gegenüber den hohen verhindern. Zum anderen kommt die 180 DM Forderung wieder stärker in die Debatte. 180 DM mindestens für jeden wird verstärkt gefordert aus verschiedenen Bereichen. Die Lage für die VW-Arbeiter sich durchzusetzen ist gut. Schmücker ist damals angetreten um den Konzern zu sanieren. Mit 25 000 Arbeitern weniger den Ausstoß halten und auszuweiten das hat die erforderlichen Profite gebracht.

ten um den Konzern zu sanieren. Mit 25 000 Arbeitern weniger den Ausstoß halten und auszuweiten das hat die erforderlichen Profite gebracht.

Zur Zeit aber ist die Lage auf dem Automobilmarkt so, daß alle Konzerne damit rechnen in den nächsten Monaten einen erklecklichen Profit zu machen, weswegen überall Sonderschichten gefahren werden. Bereits 1978 soll es erneut herabgehen mit dem Absatz. Davon reden alle Manager. Also ist der Kampf derzeit hart und geht tatsächlich um jeden Wagen.

Wird also gestreikt für einige Tage, wird sich Schmücker umgehend überlegen, ob er einige tausend Wagen in Kauf nimmt und dafür der Konkurrenz die Profite überläßt, die nur jetzt und sonst nimmer mehr einzusacken sind. Damit es nicht zum Streik kommt, setzt er auf Spaltung, die in der Forderung liegt und auf die Verhandlungsführung der Sozialdemokratie. Die Spitzensozialdemokraten gehen darauf, zu verweisen, daß er ja am Freitag etwas vorlegen würde und meinen dabei die 6,9 % als „konkretes , verhandlungsfähiges Angebot" das er ihrer Forderung „gegenüberstellt" um sich darauf zu einigen. Die Taktik ist geschickt, aber ebenso kann sie zum Verhängnis werden. Warum? Seit Montag gibt es wieder heftige Debatten in den Abteilungen. Warum soll man arbeiten, wenn man noch nicht einmal weiß, wieviel man kriegt? Arbeiter fragen die Meister und Abteilungsleiter, was sie denn dazu meinen, arbeiten ohne zu wissen für wieviel, da könnten sie nichts schaffen! Die Meister sind nervös und durcheinander. In Braunschweig ist einer zum Abteilungsleiter gegangen und hat von ihm wissen wollen, was VW geben will. Der Abteilungsleiter meinte 6,9 %. Schriftlich wollte er das nicht versichern. Die Arbeiter haben sich eine dreiviertel Stunde nachher darüber besprochen.

Ob in der Halle 12, 10 oder 8, in Wolfsburg oder in Salzgitter, die Unteroffiziere und Offiziere Schmückers sind völlig durcheinander und die Arbeiter in den Abteilungen und Gruppen diskutieren drüber, ob man den Schmücker nicht gleich selber fragen sollte was er geben will. In der Halle 2 in Wolfsburg hat ein Genosse ein Schild gemacht: „Seit sieben Tagen ist tarifloser Zustand. Schmücker hat auf den Verhandlungen kein Angebot gemacht. Das heißt es ist vollkommen offen, ob er den Lohn kürzen will, wir den gleichen Lohn erhalten oder ob er nur 3 % geben will. Ich bin darüber beunruhigt, denn man weiß nicht, worauf man sich einläßt. Ich denke er muß sagen, was er zahlen will."

Die Arbeiter fanden das richtig. Die Meister versetzten ihn gleich an die Plätze, wo man mit Reparaturarbeiten

sagen, was er zahlen will."
Die Arbeiter fanden das richtig. Die Meister versetzten ihn gleich an die Plätze, wo man mit Reparaturarbeiten

so gut wie nie vor einem Tag fertig wird.

Die Sozialdemokraten treten auf und sagen, man würde es mit den Arbeitern aus der übrigen Industrie zu schaffen bekommen, wenn bei VW mehr als 6,9 % rauskommt, weil der Lohn hier sowieso schon höher ist. Die sozialdemokratische Regierung nennt so etwas immer ‚praktische Solidarität', wenn der eine Teil der Arbeiterklasse sich dem bereits durchgesetzten Lohnraub bei dem anderen Teil anschließen soll.

Gelingt es den VW-Arbeitern Schmücker zu einem Angebot zu zwingen, dann wird sich die Lage nicht nur bei VW sondern in der gesamten Metallindustrie ändern. Die Metallarbeiter wie die Stahlarbeiter oder die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst werden den VW-Arbeitern nicht an den Hals gehen, sondern die Initiative ergreifen und in ihren Bereichen die Lohnforderung nach 1 DM mehr für jeden mindestens erneut aufwerfen. – (wk)

Schaffermahl 11.2.

WEG MIT DER FAHRPREISERHÖHUNG!

KUNDGEBUNG 11.2. vorm Rathaus

AKTIONSEINHEIT GEGEN DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN

Neben den Lohnabschlüssen steht der Raub von Lohnbestandteilen über höhere Gebühren und Tarife, Steuern, Versicherungsbeiträge usw., womit die Finanzbourgeoisie die absolute Verelendung vorantreibt. Dagegen führen die Volksmassen einen erbitterten Kampf.

In Bremen finden seit fast zwei Monaten Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen statt.

Zum diesjährigen Schaffermahl, ein Gelage der Finanzbourgeois mit Leuten wie Schleyer, wird der Kampf gegen die Erhöhungen erneut zusammengefaßt.

höhungen statt.
Zum diesjährigen Schaffermahl, ein Gelage der Finanzbourgeois mit Leuten wie Schleyer, wird der Kampf gegen die Erhöhungen erneut zusammengefaßt.

Osnabrück. Arbeiter von Karmann aus der Abteilung Porsche Kotflügel haben sich in einer Resolution gegen das Schlichtungsergebnis gewandt und halten an der Festgeldforderung fest.

Bei Kromschröder verfaßten 24 von 26 Arbeitern aller drei Schichten eine entsprechende Resolution und beauftragten einen Arbeiter, diese der Tarifkommission zu überbringen.

Peine. Bei der Peiner AG haben drei Angestellte einer Abteilung einen Brief an die Große Tarifkommission geschickt und gefordert, daß keiner unter 170 DM nach Hause gehen soll.

Hannover. Bei Hanomag haben in der Halle 12 von 20 Arbeitern 17 einen Brief an die Bezirksleitung unterstützt, in dem sie daran erinnerten, daß sie mit über 100 Mann die Forderung nach einer Mark mehr aufgestellt hatten.

Sechs Arbeiter aus dem Lager fordern die Tarifkommission auf, gegen 6,9 % zu stimmen und Urabstimmung zu beschließen und erklärten ihre Kampfbereitschaft.

Hannover. 19 Lehrlinge von Max Müller sprechen sich gegen die 6,9 % aus.

Hannover. Neun Lehrlinge von VAW Leichtmetall sprechen sich gegen die Übernahme der 6,9 % aus.

Eicklingen. Elf von vierzehn Gesellen von Ripke Landmaschinen schreiben in ihrem zweiten Brief, daß die IGM ja nicht bei 6,9 % abschließen soll und erklären, daß sie eine Delegation gewählt haben, die die 170 DM bei ihrem Kapitalisten durchsetzen soll.

Braunschweig. Vier Arbeiter der Luther Werke fordern die Tarifkommission auf, die 6,9 % abzulehnen und Festgeld zu beschließen.

Bremen. Angestellte von Atlas Elektronik sprechen sich in einem Brief gegen die 6,9 %, für Festgeld aus.

Hamburg. 46 Arbeiter der Nordluft (Lüftungsanlagen) fordern die IGM auf, mindestens 170 DM durchzusetzen.

Hamburg. 51 Arbeiter von Hanomag fordern die IGM auf, 170 DM aufzustellen.

Bremen. Die Vertrauensleute von Dewers hatten vor der Tarifkommissionssitzung das Verhandlungsergebnis von 6,9 % beraten und einstimmig ihren Vertreter in der Tarifkommission verpflichtet, gegen die Annahme durch die Tarifkommission aufzutreten.

Lohnpfändungen. Was die Lohnraubabschlüsse der letzten Jahre bewirkt haben, berichtete in einem vertraulichen Gespräch ein Betriebsrat einer hannoverschen Maschinenfabrik: Die Lohnpfändungen haben im letzten Jahr ungeheuer zugenommen. Wohnungseinrichtungen, Autos auf Kredit können nicht bezahlt werden. Die Kreditinstitute wenden sich an die Betriebe. Das Finanzkapital pfändet direkt den Lohn. Zu Hause gibt es nichts zu pfänden. In den Raten-Kaufverträgen steht: „Bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Verkäufers". Die Pfändungen werden dem Betriebsrat mitgeteilt. Sie sind streng vertraulich zu behandeln. Die Folge, so berichtete der Betriebsrat, sind häufig Entlassungen, „weil die Firmen Leute, die mit Geld nicht umgehen können, insbesondere in bestimmten Aufgabenbereichen wie im Lohnbüro nicht gebrauchen können."

Der Malzkaffeeverbrauch hat zugenommen. Marken wie Lindes-Kaffee verzeichnen einen gestsiegenen Umsatz, den es in den letzten Jahren nicht gegeben hat.

Der Malzkaffeeverbrauch hat zugenommen. Marken wie Lindes-Kaffee verzeichnen einen gestsiegenen Umsatz, den es in den letzten Jahren nicht gegeben hat. In der „Hannoverschen Allgemeinen" wird der „Trend" zum Muckefuck begründet damit, daß mehr Menschen auf ihre Gesundheit achten. Der Grund für das „Umsteigen" auf Muckefuck liegt jedoch darin, daß der Lohn der Arbeiterfamilie nicht hinreicht, um den teuren Kaffee zu bezahlen. Die Kaffeepreise haben sich innerhalb von 18 Monaten um 40 % auf über 12 DM pro Pfund erhöht. Das „Handelsblatt" (4.2.) rechnet vor, daß bis Ende 1977 mit mindestens 15 DM pro Pfund Kaffee zu rechnen ist. Die durch Frost verringerte Kaffee-Ernte wird von wenigen Spekulanten aufgekauft, die diese Lage nutzen, um die Preise in die Höhe zu treiben. Im Zuge der Verteuerung des Kaffees wird auch der Tee- und der Malzkaffeepreis steigen, denn die Kapitalisten nutzen die Übernachfrage nach Tee und Malzkaffee und ziehen die Preise an.

Westberlin. Bei Schering wird der Artikel „Südafrika – unterdrückte Schwarze" aus der „Gewerkschaftspost", Zeitung der IG Chemie, diskutiert. Darin wird an die Arbeiter appelliert: „Wir sollten nicht allzusehr überrascht sein, wenn der Widerstand gewaltsam ausbricht und sollten die vielleicht noch verbleibende Zeit nutzen, um durch einen Rückzug oder Stopp unserer westdeutschen Investitionen den Konflikt in diesem Land etwas zu mindern helfen." In der Abteilung Destillation wurde von vier Arbeitern ein Brief an die „Gewerkschaftspost" geschrieben, in dem sie feststellten, daß die Chemiearbeiter keine Investitionen im südlichen Afrika tätigen, sondern nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, die sie an die Kapitalisten verkaufen müssen und daß gegenwärtig der Kampf um den Lohn gegen die Chemiekapitalisten vorbereitet wird. In der Abteilung PCI-Forschung wird der Brief noch diskutiert. Eine Sammlung hat bisher 13,10 DM ergeben, die an die ZANU gehen, zwei Broschüren „Zimbabwe Chimurenga" sind verkauft worden.

Nach dem Lohnraubabschluß in der Stahlindustrie

Die Stahlkapitalisten setzen nach

Peine. Nach dem Lohnraubabschluß von 6 % in der Stahlindustrie, Kantinenpreiserhöhungen und der Bekanntgabe, daß an die 30 Lehrlinge – meist Angestellte – nach ihrer Abschlußprüfung in diesem Jahr nicht übernommen werden, gehen Vorstandsvorsitzender Birnbaum und Konsorten in ihrer Gier nach dem Höchstprofit zu einem weiteren scharfen Angriff auf die Arbeiter bei Peine & Salzgitter über: Nachdem kürzlich schon im Werk Salzgitter bekannt wurde, daß dort in Teilen des Walzwerks von 4-schichtiger Betriebsweise (d.h. kontinuierlicher Betrieb, auch über das Wochenende hinweg) auf 3-schichtige Produktionsweise gegangen werden soll, soll jetzt im Werk Peine das Blasstahlwerk von Conti-Schicht auf 3-schichtigen Betrieb umgestellt werden. In den letzten zwei Jahren wurde die Belegschaft dermaßen abgebaut, daß der 4-schichtige Betrieb kaum noch aufrechterhalten werden konnte. Schon seit 1 1/4 Jahren wurde zunächst auf zwei der vier Schichten nur noch mit einem Konverter statt mit zweien gefahren, zuletzt auf drei der vier Schichten nur noch mit einem Konverter. Jetzt ist es so, daß die Belegschaft der vier Schichten kaum reicht, drei Schichten voll zu besetzen. Verbunden war dieser Abbau der Belegschaft mit ständiger Zunahme der Intensität der Arbeit, mit Erhöhung der Schweißauspressung. Allein von April auf Mai letzten Jahres stieg die Tonnenleistung pro Arbeiterstunde im Blasstahlwerk um 10,5 %. Trotz Unterbesetzung werden bis heute auf der Schicht, die momentan noch im 2-Konverterbetrieb arbeitet, häufig 20 Chargen pro Schicht geblasen, was auch in Zeiten des „Stahlbooms" vor 2 1/2 Jahren nicht schlecht war.

Am Dienstag letzter Woche fanden Abteilungsversammlungen zu den Schichtveränderungen statt. Der Betriebsrat hat in eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt, daß die Schichtzulagen 24 Monate lang weitergezahlt werden. Sie sollen dann aber versteuert werden (normalerweise sind Schichtzulagen in der Stahlindustrie steuerfrei). Das geschieht mit der Begründung, die „Erschwernis" sei ja nicht vorhanden, weil sonntags nicht mehr gearbeitet wird. Für die Arbeiter bedeutet das nach unseren Berechnungen wenigstens einen Lohnverlust von 60 DM bis 70 DM. Die Sozialdemokraten verbreiten jetzt, so schlimm wäre es ja nicht, man brauche ja nun sonntags nicht mehr zur Schicht. Darüber ist auch keiner empört. Ohnehin arbeitet niemand freiwillig ohne den Zwang, die Familie sattzukriegen, im Vierschichtsystem. Daß man ohne die Schichtarbeit nicht auskommt, hat gerade die sozialdemokratische Politik der Gewerkschaftsführung bewirkt. „Den weiteren Lohnabbau kann man nicht hinnehmen", sagt ein Teil der Arbeiter. Das ist richtig. Darüber herrscht Empörung und über die mit den Maßnahmen des Vorstands verbundene Hin- und Herschieberei.

„Auf der letzten Betriebsversammlung hat der Betriebsrat noch beteuert, wie ehrlich er es mit uns meine. Jetzt überfallen sie uns mit sowas." Abzusehen ist weiter, daß die Arbeitshetze gesteigert wird und daß der Wegfall der Schichtzulagen noch nicht alles ist. Es wird darauf hinauslaufen, daß ein Teil der Arbeiter bei der Umbesetzung in der Punkt-Gruppe heruntergesetzt wird. Denn der Abbau der Belegschaft fand vor allem in den unteren Lohngruppen statt, so daß einige, die bisher z.B. als Probenehmer oder Konvertersteuermann gearbeitet haben und in einer höheren Lohngruppe waren, jetzt in niedrigere kommen. Richtig ist es daher, sich unter der Forderung nach vollem Lohnausgleich zusammenzuschließen, was einige Arbeiter vertreten.

Weiter ist richtig, die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag zu erheben, weil immer mehr Lohn durch die progressive Besteuerung aufgesogen wird.

Der niedrige Lohn ist das Druckmittel der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Das zeigt sich immer deutlicher.

Alles auf der Linie, die Birnbaum Anfang des Jahres angegeben hatte: „Wir dürfen nicht bloß auf bessere Zeiten warten, wir müssen – und zwar vielleicht noch stärker als bisher – auch selbst alles unternehmen, damit unsere Betriebe wettbewerbsfähig bleiben." (Peiner Allgemeine Zeitung, 4.1.77) Hinausläuft es letzlich auf eine Vernichtung von personellen und sachlichen Werten. Bei der Besichtigung der neuen Lehrwerkstatt äußerte der Arbeitsdirektor, daß Entlassungen anstehen würden. Der Vorstand äußerte sich kürzlich in die Richtung, daß das Feinwerk im Werk Peine stillgelegt werden soll. Momentan wird es bloß deswegen noch nicht gemacht, weil noch nicht alle Stahlsorten, die im Feinwerk des Werkes Peine von Peine & Salzgitter hergestellt werden können, auch im Feinwerk des Werkes Salzgitter produziert werden können. Diese einzelnen Angriffe der Kapitalisten treffen jeweils nur einen Teil der Arbeiter und sind somit schwieriger zurückzuschlagen als im Tarifkampf. Denn da stehen die Arbeiter der ganzen Branche gegen die Kapitalisten. Das ist eine wichtige Erfahrung der Stahltarifrunde. Keineswegs heißt es aber, daß diese einzelnen Angriffe nicht zurückgeschlagen werden können. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes ist gestiegen. Ein Arbeiter aus dem Blasstahlwerk meinte neulich sarkastisch: „Weniger Lohn bekommen wir, mehr arbeiten dürfen wir. Was wollen wir denn noch mehr. Aber das kommt noch zum Knall." – (w, Stadtzelle Peine)

HBV-Tarifverträge.

Groß- und Außenhandel Niedersachsen. Lohn und Gehalt wird zum 30.4.77 gekündigt. Der Manteltarifvertrag wurde zum 31.12.76 gekündigt. Die HBV fordert für 1977 21 und für 1978 22 Tage Urlaub für Beschäftigte unter 25 Jahren, bis 30 Jahren 23 bzw. 24 Tagen, und ab 30 Jahren 26 bzw. 27 Tage. Die große Tarifkommission hat am 4.2. getagt.

Einzelhandel Niedersachsen. Lohn und Gehalt wird zum 31.3.77 gekündigt. Der Manteltarifvertrag wurde nach einem Jahr tariflosem Zustand abgeschlossen. Er läuft über zwei Jahre, vom 1.1.77 bis 31.12.78. Ergebnis: Einen Tag mehr Urlaub. Zuschläge von 100 % für Arbeit am Sonntag, 150 % für Feiertagsarbeit, 60 % für Mehrarbeit in der Nacht, 50 % für Mehrarbeit ab der 6. Stunde. Die Kündigungsfrist für Arbeiter wurde verlängert. Die Teilzeitbeschäftigten haben ein Anrecht auf Arbeitsverträge.

Einzelhandel Hamburg. Der neue Lohn- und Gehaltstarifvertrag wurde nach einem Jahr tariflosem Zustand für den 1.1.77 abgeschlossen.

Einzel- und Großhandel Schleswig-Holstein. Die Lohn- und Gehaltstarife werden zum 31.4. gekündigt, die für den Buchhandel am 31.3.77. Die Tarifverträge für die Beschäftigten bei den Ersatzkassen laufen am 31.6.77 aus. Der Manteltarifvertrag wurde am 31.12.75 gekündigt, seitdem herrscht tarifloser Zustand.

Einzelhandel Bremen. Die Lohn- und Gehaltstarife laufen zum 31.3.77 aus.

Bundesweit wird gegenwärtig der Tarifvertrag über das Urlaubsgeld für den Einzelhandel verhandelt. Am 25.1. fand die erste Verhandlung in Düsseldorf statt, sie wurde ergebnislos auf den 4.3. vertagt, die Kapitalisten haben kein Angebot gemacht. Die Gewerkschaft fordert Anhebung des Urlaubsgeldes auf 750 DM 1977 und auf 1 000 DM 1978.

Die Druckarbeiter bereiten den Lohnkampf vor: 1 DM mehr.

13.12.76 Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Stuttgart beschließt bei 70 Anwesenden mit nur 3 Gegenstimmen die Forderung nach 1 DM mehr.

17.01.77 Die Bezirksversammlung Westberlin/Charlottenburg/Moabit stellt für den Tarifkampf die Forderungen nach 1 DM mehr und nach Abschaffung der unteren Lohngruppen und Wegfall der Gehilfenjahre auf.

29.01.77 Mit großer Mehrheit beschließt die Ortsvereinsversammlung der IG Druck in Mannheim die Forderung nach 1 DM mehr pro Stunde für alle.

29.01.77 Die Ortsvereinsversammlung Konstanz fordert den Wegfall Konstanz fordert den Wegfall der beiden unteren Lohngruppen und der 5 Hilfsarbeiterlohngruppen.

05.02.77 Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Köln erhebt mit Mehrheit die Forderung nach 1 DM pro Stunde.

Die Einheit der Druckarbeiter für den 7-Stunden-Tag wächst. Jeweils fast ohne Gegenstimmen, wenn nicht einstimmig, haben die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag bzw. der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erhoben bzw. bekräftigt: die Mitgliederversammlung der Frankfurter Societätsdruckerei am 8.1., die Bezirksversammlung Westberlin Charlottenburg/Moabit am 17.1., der Vertrauensleutekörper der Wiesbadener Graphischen Betriebe am 19.1., die Jahreshauptversammlungen in Mannheim, Wiesbaden, Freiburg am 29.1., die außerordentliche Ortsvereinsversammlung Konstanz, die Ortsvereinsversammlung Köln am 5.2.77.

Hamburg. Beim Heinrich Bauer Verlag wird zur Zeit über die Aufstellung einer Lohnforderung zur anstehenden Tarifrunde diskutiert. Bisher sind aus vier Abteilungen Vorschläge gemacht worden. Aus der Fotografie wurde eine Forderung von 170 DM Festgeld aufgestellt. Weiter kamen Vorschläge von 200 DM, 225 DM und eine 10 %-Forderung. Bevor der Vertrauensleutekörper einen Beschluß faßt, soll die Diskussion in den Abteilungen vertieft werden, sowie noch andere Abteilungen befragt werden. Bei einer Umfrage hat sich die Mehrheit der Arbeiter für eine Festgeldforderung ausgesprochen.

1971 betrug der Abstand der Lohngruppe 1 zum Facharbeiterecklohn 89,34 DM, 1974 bereits 96,44 DM und 1976 108,77 DM. Diese zunehmende Spaltung zwischen Hilfs- und Facharbeitern, zustandegekommen durch Prozentabschlüsse, muß überwunden werden. Dem dient die Forderung nach einer Mark mehr die Stunde. Mit großer Mehrheit tritt der Vertrauensleutekörper für eine Festgeldforderung ein. Gleichzeitig wurde die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen gestellt.

Keine Einheit gab es über die Höhe der Forderung. Richtig ist die Forderung nach 170 DM, weil sie durchsetzbar ist im Kampf, eine Forderung nach 225 DM und mehr, vom Kommunistischen Bund Nord aufgestellt, ist schon von vornherein Spaltung, denn es wird davon ausgegangen, daß die Forderung eine Spaltungsbasis darstellt.

„... Ansonsten erwartet die chemische Industrie der Bundesrepublik für 1977 ein reales Wachstum von 7 bis 8 Prozent"

Die westdeutschen Chemiekapitalisten wurden angesichts nahender Lohnkämpfe in der Chemieindustrie durch Arbeitgeberverbandschef Sammet (Hoechst AG) ausgerichtet.

Am 2.2. „*gab sich der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG Sammet* fast *bestürzt über den viel zu hohen Tarifabschluß in der Metallindustrie ...: ‚Zwar befindet sich die Chemie derzeit in einer vergleichsweise besseren Situation als weite Teile der Metallindustrie, doch müßten überzogene Lohnerhöhungen auch bei uns unweigerlich zu Arbeitsplatzverlusten führen.*" (Handelsblatt, 2.2.77)

Esser, Vorstandsvorsitzender des Arbeitsrings Chemie, faselte am nächsten Tag im „Handelsblatt" von „*vernünftigen*" Abschlüssen. Mit 6,9 Prozent wären die Chemiekapitalisten gut bedient.

Die Chemieindustrie hatte im Jahr 1976 eine Umsatzsteigerung von 16,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Verbandsboß Sammet bezeichnete die Lage jedoch im internationalen Vergleich als „*absolut unbefriedigend*".

Die westdeutschen Chemiekapitalisten sind führend im Chemieexport. „*Selbstverständlich setze die Chemie alles daran, ihre lebenswichtigen Exportmärkte nicht zu verlieren.*" (Mannheimer Morgen, 1.2.77)

Der Export ist hoch, der Gewinn, so sagen die Chemiekapitalisten, zu niedrig. „*Wir können die Exporte nur dann durchführen, wenn wir preisliche Konzessionen machen.*" (Sammet im Handelsblatt, 2.2.77)

Zuversichtlich kündigen die Chemiekapitalisten an, daß sie in diesem Jahr jedoch ein Umsatzwachstum von 7 bis 8 Prozent erreichen wollen. In der Tat ist es so, daß die westdeutschen Chemiekapitalisten auf dem Weltmarkt preisliche Konzessionen machen. Während die Chemieindustrie in den USA seit 1970 bis 1974 die Preise um 43,6 Prozent gesteigert hat, stiegen die Preise für Waren aus der BRD „nur" um 29,3 Prozent. Diese Preissteigerungsrate ist die weit niedrigste unter denen der chemieexportierenden Staaten.

Möglich war dies, weil die Auspressung der Arbeitskraft gut gediehen ist und die westdeutschen Chemiekapitalisten zur Auspressung der Arbeiter modernste Maschinerie angeschafft haben und weniger Arbeiter mehr arbeiten.

So sagte Sammet auf der Hauptversammlung der Hoechst AG im Juni 1976: „*In der Produktion haben wir die Rationalisierung verstärkt fortgeführt. Trotz allgemeiner Investitionszurückhaltung wurde hier keine Investition aufgeschoben.*"

Die Chemiekapitalisten in anderen Staaten rationalisieren natürlich auch. Und so ist in der BRD dieser Prozeß keineswegs abgeschlossen.

„*Nicht rationalisieren bedeutet den Verlust der Konkurrenzfähigkeit und damit die Gefährdung der Arbeitsplätze.*" (Handelsblatt, 2.2.77)

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Verschärfung der Konkurrenz geht Hand in Hand mit Lohndruck *und* Entlassungen.

Um 2,2 Prozent wurden die Belegschaften im Schnitt reduziert. In diesem Jahr soll weiterer Lohnraub folgen.

Tarifbezirk	Kündigung der Tarife	Anzahl der Beschäftigten	gewerkschaftlich organisiert	gewerkschaftlicher Organisationsgrad	Tarif unterste Lohngruppe	Tarif höchste Lohngruppe	Tarif niedrigste Gehalt	Tarif höchstes Gehalt
Niedersachsen	30. April	36 279	21 459	59,14	7,64	8,78	1 439	3 102
Nordmark	30. April	58 076	23 926	41,19				
Bremen					7,68	8,78	1 425	2 881
Schleswig-Holstein					7,67	8,93	1 332	2 921
Hamburg					7,80	9,11	1 383	2 905
Berlin					7,66	8,80	1 348	2 948
Westfalen	30. April	53 658	29 887	55,69	7,76	8,65	1 443	3 251
Nordrhein (Bayer)	31. März	179 966	78 283	43,5	7,73	9,53	1 435	3 227
Hessen (Hoechst)	31. März	97 746	42 722	43,7	7,70	9,43	1 354	3 148
Bayern	31. Juni	55 943	28 652	51,2	7,62	9,37	1 371	2 985
Baden-Württemberg	30. April	59 282	26 497	44,69	7,84	9,91	1 507	3 347
Rheinland-Pfalz	31. März	83 540	48 540	58,14	7,74	8,85	1 445	3 169
Saarland							1 428	3 169

Angaben aus: Geschäftsbericht an den Gewerkschaftstag 1976 der IG Chemie, Tarifverträge der jeweiligen Bezirke

Die Logik der Kapitalisten dabei ist folgende:

‚Um konkurrenzfähig zu bleiben, muß man mit den Preisen runter. Um mit den Preisen runtergehen zu können und trotzdem ‚hohe Erträge' zu erzielen, müssen die Produktionskosten gesenkt werden. Deshalb müssen die Arbeiter auf eine Erhöhung des Lohns verzichten, damit investiert werden kann, um zu rationalisieren, weniger Arbeiter für weniger Lohn mehr produzieren. Wenn die Arbeiter das mitmachen, dann können die Profite steigen.'

Die Zahlen geben Anhaltspunkte über die Ausgangsbedingungen der Chemiearbeiter für den Tarifkampf. Die Chemiekapitalisten werden in dieser Lohnrunde versuchen, den Lohn verstärkt zu drücken, um in der imperialistischen Konkurrenz weitere Weltmarktanteile zu erringen.

Die Steigerung des Bruttostundenverdienstes haben die westdeutschen Chemiekapitalisten in den letzten Jahren weit niedriger halten können, als das zum Beispiel den Imperialisten in Großbritannien und Japan gelungen ist.

Die Bruttostundenverdienste für die männlichen Chemiearbeiter betrugen 1974 in Prozent des Lohns von 1970 in:

BRD	157
Frankreich	166
Belgien	180
Großbritannien	178
Japan	160 (1973)
USA	137*

Die sozialdemokratische Lohnpolitik fördert den Lohnraub durch die Kapitalisten: 1974 haben die Sozialdemokraten die Aufstellung einer Forderung verhindert und haben mit den Kapitalisten 6,8 Prozent ausgehandelt. 1975 haben sie in den Bezirken eine spalterische Forderung von 5 Prozent und 50 DM (bzw. Nordrhein: 5 Prozent und 45 DM, Rheinland-Pfalz: 5,4 Prozent und 50 DM) aufgestellt und haben bei 5,85 Prozent, mindestens 85 DM rasch abgeschlossen.

Um die Einheit der Chemiearbeiter herzustellen, ist eine Festgeldforderung notwendig.

* Angaben aus: Zahlen zur Sozialpolitik in der Chemischen Industrie, 1975, Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie e.V.

Das, was zu diesen Plänen noch fehlt, ist die Zustimmung der Arbeiter. Die Chemiekapitalisten werden sie in diesem Lohnkampf nicht bekommen.

Die Arbeiterklasse wird im Gegenteil die imperialistische Konkurrenz nutzen können. Die westdeutschen Chemiekapitalisten können sich Produktionsausfall nicht leisten.

Hamburger Druckindustrie

Für 7-Stunden-Tag und Verbot der Schichtarbeit

Die Lage in der Hamburger Druckindustrie ist gekennzeichnet durch Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze. Die Druckkapitalisten müssen alle Anstrengungen unternehmen, den Teil der Arbeitszeit auszudehnen, den sie den Arbeitern kostenlos abpressen, um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken.

Dort wo früher Setzer mit Bleibuchstaben gearbeitet haben, waren die Kosten für die Ausstattung der Setzerei gering, heute läuft der Satz über die EDV-Anlagen, wie bei Springer-Ahrensburg, oder Lichtsatzmaschinen (magnetbandgesteuert), die erheblich größeren Einsatz an konstantem Kapital bedürfen.

Die Revolutionierung der Maschinerie in der Druckindustrie kann man gut erkennen, wenn man sich den Stromverbrauch in der Hamburger Druckindustrie anschaut.

1964 wurden 35,310 Mio Kilowattstunden verbraucht, 1974 waren es 59,779 Millionen.

Die Konkurrenz zwingt die Druckkapitalisten, immer schnellere und modernere Satz- und Druckmaschinen einzusetzen, um gegen die Konkurrenz Extraprofite zu erlangen oder nicht wegkonkurriert zu werden. 1970 gab es noch 177 Betriebe in Hamburg, 1976 waren sie auf 151 zusammenkonkurriert worden. Vor allem Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten sind pleite gegangen. In den größten Verlagen, dem Heinrich-Bauer-Verlag, Gruner und Jahr sowie der Axel Springer AG sind 3 000 Arbeiter beschäftigt. Die Kapitalisten haben durch die Rationalisierungen die Beschäftigtenzahlen von 8 635 1970 auf 8 174 senken können, was bedeutet, daß 5,4 % Kollegen entlassen wurden.

Beim Heinrich-Bauer-Verlag soll der Technische Bereich am 31.März stillgelegt werden. Die Arbeit soll dann in Köln mitgemacht werden. 969 Arbeiter haben 1970 noch beim Heinrich-Bauer-Verlag Arbeit gefunden, nach der Stillegung werden es noch ganze 200 sein.

Wer in Hamburg noch seine Arbeitskraft verkaufen kann, sieht sich verstärkter Ausbeutung ausgesetzt. Die Arbeitshetze wurde gesteigert, was sich beim Heinrich-Bauer-Verlag so auswirkt, daß es in der Technik insgesamt im letzten Jahr 79 Unfälle gab. Die Zahl wird noch größer, wenn man bedenkt, daß leichte Unfälle gar nicht erst angezeigt werden: Davon alleine 27 Unfälle an der Rotation sowie 33 in der Weiterverarbeitung. In diesen beiden Abteilungen haben im letzten Jahr ca. 200 Kollegen gearbeitet. Das heißt, daß fast jeder 3. Kollege im letzten Jahr einen Arbeitsunfall hatte.

Beim SPD-Betrieb Auerdruck, wo die Hamburger Morgenpost hergestellt wird, sieht die Steigerung der Arbeitshetze folgendermaßen aus: 1973 haben etwa 140 Arbeiter 28-30 Seiten Morgenpost sowie Provinzbeilagen in Blei gesetzt und umgebrochen. Heute ist bei gleicher Seitenzahl die Beschäftigtenzahl 70, und bis auf zwei Seiten wird alles im Fotosatz erstellt. 1973 konnten die Kollegen noch die eine oder andere Stunde früher gehen, eben wenn die Morgenpost fertig war, was ein kleiner Ausgleich zur Schichtarbeit war, heute sind diese Poren vollständig beseitigt. Im Sommer mußte die Olympia-Beilage in einer 4. Nachtschicht erstellt werden. Zwei bis drei Arbeiter waren wegen dem enormen Verschleiß an Arbeitskraft ständig krank. Weitere Entlassungen sind geplant, wenn die Umstellung auf Fotosatz abgeschlossen ist und die Anfangsschwierigkeiten beseitigt sind. Die Maschinensetzer werden bis auf wenige, die in den Fotosatz gesteckt werden, auch entlassen. Die Maschinensetzer, sie bekommen 120 % Tariflohn, verlieren als Arbeiter im Fotosatz 20 %.

Im Seehafen Verlag wird der Arbeitstag weiter verdichtet. 1973 waren sechs Setzer beschäftigt, heute müssen vier die Arbeit machen sowie den „Querdurch", ein zusätzliches Objekt mit 230 Seiten, zwei Mal jährlich. Gleichzeitig wird der Angriff auf den Lohn verstärkt. CDU-Blumenfeld, Seehafen-Verlagskapitalist, hat jetzt die Puderzulagen für die Drucker gestrichen. Im Manteltarifvertrag ist festgelegt,daß 15 % zusätzlich für die Druckzeit mit Puder gezahlt wird, und 50 % für die Zeit der Reinigung nach dem Pudern.

Insgesamt spiegelt der Umsatz pro Beschäftigtem am besten die enorm gestiegene Ausbeutung wider. 1970 waren das in absoluten Zahlen 42 463 DM, 1976 81 868 DM. Setzt man 1970 gleich 100, so ergibt sich die stolze Zahl von 198 für das letzte Jahr, was eine Verdoppelung bedeutet. Ein Ergebnis, das die Kapitalisten erreichen konnten durch weitere Ausdehnung der Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit und Verlängerung des Arbeitstages. Wollen die Kapitalisten den Fall der Profitrate weiter eindämmen, so müssen sie an den Lohn heran. Die Gehaltsquote (darin sind auch noch Antreiber und schmarotzendes Managergesindel enthalten) betrug 1970 35,5 und wurde auf 34,7 1976 gedrückt.

Die Lohndrückerei wird hauptsächlich dadurch erreicht, daß Facharbeitertätigkeit zur Hilfsarbeitertätigkeit wird. Setzer werden am Perforator beschäftigt und schlechter bezahlt, wie z.B. in der Bergedorfer Zeitung. Gleichzeitig werden Frauen zu niedrigen Löhnen angestellt, die auf den Lohn der Setzer drücken. Zulagen werden gestrichen.

Die Hamburger Druckarbeiter haben sich im Druckerstreik 1976 eng zusammengeschlossen, um dem weiteren Lohnraub Grenzen zu setzen. So konnte im Mai 76 erreicht werden, als die Große Tarifkommission den Vollstreik aufgab, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zum weiteren Vollstreik im Bereich Nordmark gezwungen werden konnten. Auf der Druckerdemonstration wurden Transparente mitgeführt, die den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und das Verbot der Schichtarbeit forderten. Auf der Metalldemonstration am 26.1.77 beteiligten sich ca. 100 Drukker an der Demonstration, um gegen Rationalisierung und Entlassungen zu demonstrieren. Die Tabelle zum Energieverbrauch in der Druckindustrie hat deutlich gemacht, daß auch die Druckkapitalisten ein großes Interesse am billigen Strom für die Fortsetzung der Rationalisierung haben und sich stark machen für das Energieprogramm der Bundesregierung. Am Montag, dem 24.1., wurde ein Anhörungsverfahren gegen den Journalisten Kohlstedt von den Norddeutschen Nachrichten im Amtsgericht Itzehoe durchgeführt. Kohlstedt soll vom bürgerlichen Staat gezwungen werden, Fotos von der Brokdorf-Demonstration als Beweismaterial auszuhändigen. Ca. 100 Arbeiter der IG Druck und Papier demonstrierten zum Amtsgericht, um gegen die Strafverfolgung von Gegnern des KKW-Brokdorf zu protestieren.

Druckarbeiter aus verschiedenen Betrieben wollen an den Aktionen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf am 19.2. teilnehmen, Arbeiter aus einer 70-Mann-Druckerei beraten gegenwärtig, daß sie mit einem Transparent auftreten müssen. In der Gewerkschaft wurde der Bau des Kernkraftwerks verurteilt. Im Kampf für den 7-Stunden-Tag, für das Verbot von Schichtarbeit und einen ausreichenden Lohn sowie im Kampf um politische Rechte gegen den bürgerlichen Staat können die Arbeiter die Kraft erlangen, die sie brauchen, um die hochentwickelte Technik in ihre Hände zu bekommen, die Kraft, als Teil der Arbeiterklasse die kapitalistische Ausbeuterordnung zu stürzen. – (hb, Hamburg, Auer/Bauer-Zelle)

(Zahlenangaben aus: Statistisches Jahrbücher, 1970 – 1975, Statistisches Landesamt Hamburg)

„Über das Minimum möchte ich mit den Tarifpartnern reden“

Das ist ein wörtliches Zitat von Heinz Kluncker drei Tage vor dem ersten Verhandlungstag mit der Regierung, zitiert aus einem Interview, das er dem Hessischen Rundfunk in der Sendung „Stimme der Arbeit“ am Montagabend gegeben hat. Dort wurde Kluncker gefragt:

„Herr Kluncker, Sie haben jetzt wiederholt gesagt, daß Sie sich an den 6,9 Prozent in der metallverarbeitenden Industrie, die dort erreicht worden sind, orientieren. Was heißt das praktisch? Und andererseits ist zu hören gewesen – oder Eingeweihte wollen wissen, daß Sie sich schon über 6,2 Prozent freuen würden und sofort – salopp gesagt – zuschlagen würden.“

„Also da hat jemand aus dem Kaffeesatz gelesen oder in eine Kugel geschaut. Für uns ist der Abschluß der gewerblichen Wirtschaft im Metallbereich ein wichtiges Datum, aber keine Bestimmungsgröße.“

Damit hat er sicherlich recht, daß die 6,9 Prozent keine Bestimmungsgröße für die Regierung sind. Ebenso recht haben die Eingeweihten, wenn sie sagen, Kluncker würde sich freuen bei 6,2 Prozent.

Kein Mensch wird doch glauben, daß die Regierung das anbietet, was die Kapitalisten im Metallbereich lediglich unter dem Druck drohender Streiks und dem drohenden Auseinanderbrechen der eigenen Front gegen die Arbeiter herausrücken mußten.

Zwar ist mit der Schlichtung in Nordrhein-Westfalen das schlechtest mögliche Ergebnis für die Arbeiter in der Metallindustrie erreicht worden angesichts der wirklichen Kräfteverhältnisse. Und das lediglich mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, wie die Bourgeoisie offen zugibt – mit SPD-Kanzler Schmidt haben sie die Schlichtung bei einem Schlemmermahl gefeiert –, das aber als eine Richtschnur für die Verhandlungen etwa im öffentlichen Dienst oder so anzunehmen, dagegen verwahrt sich die Bourgeoisie tagtäglich mit großem Aufwand in Presse und Rundfunk.

Wieso also redet Kluncker um den heißen Brei und sagt nicht offen, daß mindestens erreicht werden muß, was bei Metall „erreicht“ wurde, oder mindestens soundsoviel drüber?

Daß für die Metallarbeiter mit dem 6,9-Prozent-Abschluß der Lohnkampf überhaupt nicht erledigt ist, ist doch auch schon raus. Überhaupt nicht heraus ist aber, daß das, was die Metallarbeiter jetzt haben, im öffentlichen Dienst nur annähernd zustandekommt, ohne daß was Größeres passiert. Deshalb würde sich Heinz Kluncker freuen, wenn die Regierung die 6,9 Prozent anbieten würde, und ausgerechnet hat er sich's natürlich auch, die Eingeweihten wissen, wovon sie reden. Wir haben's nachgerechnet: 100 DM Urlaubsgeld und 6,2 Prozent entsprechen ziemlich genau den 6,9 Prozent.

Wer nach Abzug der Steuern sich über so etwas noch freuen kann, sind lediglich die Antreiber und Rationalisierer – ab 4 000 DM brutto steigt für sie bei dieser Rechnung der Betrag auf über 250 DM.

Also hat überhaupt niemand aus dem Kaffeesatz gelesen, sondern Kluncker will die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst einmachen.

Raus ist doch ganz eindeutig: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen davon ausgehen, daß keineswegs in gleichem Maße wie in der Metallindustrie die Kapitalisten durch die Konkurrenz untereinander gezwungen sind, Zugeständnisse an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu machen.

Vielmehr müssen die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten davon ausgehen, daß sie die geschlossene Front der gesamten Kapitalistenklasse gegen sich haben sowie eine Regierung, die von dieser Front dirigiert wird, und eine Gewerkschaftsführung, die schon bei dem Abschluß in der Metallindustrie offen mit dieser Front paktiert hat.

Nichts anderes wird diese Front fürchten oder zum Einsturz bringen können als die Einheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Dazu braucht man aber eine einheitliche Forderung, auf der die Masse der Beschäftigten sich zum Kampf zusammenschließen kann. Das haben sich die klassenkämpferischen Mitglieder der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst auch vorgenommen: die Spalterforderung zu stürzen, und gehen daran, ganze Belegschaften für ihre Taktik zu gewinnen: Aufstellung einer einheitlichen Forderung von 170 DM und Umsturz der Spalterforderung, um die Kampffront der Beschäftigten gegen die Front der Regierung und der Kapitalisten aufzubauen, damit der Lohnkampf, der unvermeidlich ist, geführt werden kann.

Diese Taktik ist einleuchtend und richtig, sie entspricht der Lage, und es zeigt sich, daß die Mitglieder dafür gewonnen werden können.

Um so mehr werden dafür zu gewinnen sein, wenn man sich betrachtet, wie Heinz Kluncker mit den drei Teilen seines Forderungspaketes jongliert und dabei zielstrebig den Pakt mit der Regierung ansteuert.

Schon während der Schlichtung in der Metallindustrie ist aus dem Urlaubsgeld plus 50 DM pro Kind, über das viele Mitglieder von der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung getäuscht wurden, ein „Einstieg“ in das Urlaubsgeld geworden (KVZ Nr. 5). Jetzt, auf Nachfrage des Rundfunkreporters, wie das aussehen soll, rückt Kluncker auch davon noch ein Stück ab:

„Sie wollen die 300 DM also um jeden Preis – salopp gesagt – durchdrücken?“

„Es geht um einen Einstieg. Ich kann jetzt nicht andeuten, wo die Marge (Spannbreite) liegen wird. Ich will den Verhandlungen vom 10. nicht vorgreifen. Aber das Urlaubsgeld schlechthin, und was sehr wichtig ist, im Gegensatz zu anderen Organisationen bestehen wir auf einem einheitlichen Betrag.“

„Urlaubsgeld schlechthin“ setzt überhaupt keine Schranke nach unten, sondern hält lediglich noch das Prinzip eines Urlaubsgeldes hoch. Davon kann sich aber keiner die Butter aufs Brot kaufen.

Jetzt will es der Reporter genau wissen, und auch die Mitglieder wird es brennend interessieren, wie das zu verstehen ist.

„Wenn ich Sie recht verstehe, dann sind Sie also hier doch beweglicher und beharren nicht, wie es gelegentlich mal der Eindruck war von der Öffentlichkeit, auf diesen 300 DM?“

Heinz Kluncker dazu: „Ich möchte dazu mehr nicht sagen, die Verhandlungen sind ein Ganzes. Wenn man uns im Urlaubsgeld entgegenkommt, können wir beweglicher sein in der allgemeinen Einkommenserhöhung, da steht ein untrennbarer Zusammenhang, andererseits hängt's auch ein wenig davon ab, wie's mit der Urlaubsdauer aussieht. Wir können da kein Diktat von uns geben, und ich will auch die Verhandlungen nicht besonders vorbelasten, die ja mit den Arbeitgebern zu führen sind und nicht durch Interviews vorweggenommen werden dürfen. Sie verstehen, Herr Schulte.“

Das, Heinz Kluncker, werden die Mitglieder auch verstehen, als das, was mit ihnen vorgehabt wird. Die Prozente runter, ein Urlaubsgeld schlechthin, die Verlängerung des Urlaubs offen, den Dienstherren schon vor einer Woche zur weiteren Rationalisierung angeboten (siehe KVZ Nr. 5), so werden die Mitglieder verstehen müssen, was ein Geheimnis zwischen der Regierung und Heinz Kluncker bleiben soll. Diese Taktik liegt doch seit dem Metallabschluß über die Schlichtung in Nordrhein-Westfalen offen auf dem Tisch.

Ebenso ist doch auch kein Geheimnis, daß Kluncker überhaupt nicht daran denkt, den Lohnkampf zu organisieren. Die Mitglieder erfahren das bei jeder Aktion, die sie zum ersten Verhandlungstag vorbereiten und zu der sie die Gewerkschaftssekretäre auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Da hat doch Heinz Kluncker mit dem Mülldeckel geklappert, um die Mitglieder auf die 8 Prozent festzulegen, jetzt sagt er ganz anders:

„Wir haben zwischen dem Scheitern der Verhandlungen ja möglicherweise (ja ganz sicher, falls es zum Scheitern kommt, Anm. der Red.) die Schlichtung, sie wurde vereinbart, und sie ist erneuert worden, ich kann augenblicklich nicht absehen, ob die Arbeitgeber ein Angebot im Urlaubsgeld überhaupt unterbreiten.“

Auch ein offenes Geheimnis. Die „Stuttgarter Zeitung“ empfiehlt gleich einen Tag nach diesem Interview, wie's gemacht werden soll:

„Die Arbeitgeber wären nicht schlecht beraten, dies bei der Vorlage ihres Angebotes zu berücksichtigen, zumal, da die ÖTV durchaus bereit scheint, über den prozentualen Lohn- und Gehaltszuwachs mit sich reden zu lassen, sofern die Arbeitgeber ihrerseits bereit sind, über Urlaub und Urlaubsgeld zu verhandeln.“

Wir denken, daß sich die Taktik der Sozialdemokraten damit ziemlich deutlich erkennen läßt und die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst ihre eigene Taktik dem entgegensetzen muß, die Erfahrungen aus dem Metallbereich wird sie dazu nutzen können, um keine Zeit zu verlieren.

Die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst für den Sturz der Forderung der Großen Tarifkommission und die Führung des Lohnkampfes unter der einheitlichen Forderung von 170 DM hat die ganze Front aller Arbeiter hinter sich. – (hr)

Hamburg. Krankenhaus Barmbek. Auf einer Mitgliederversammlung wurde eine Resolution verabschiedet, die an der Herstellung der Einheit unter der Masse der Beschäftigten auf der Grundlage von 180 DM festhält, den Beschluß der Großen Tarifkommission zurückweist und diese auffordert, erneut zu beraten und 180 DM zu beschließen.

Gleichzeitig wurde ein Brief an die Große Tarifkommission geschickt, in dem es heißt: „Soll der Krankenpfleger mit KR IV sich dafür einsetzen, daß Senatoren, die damit drohen, die Kinderstuben zu schließen oder zumindest die Kosten dafür zu erhöhen, Betten streichen und Liegezeiten verkürzen, wodurch dann auch die Arbeitshetze bei gleichzeitigem Personalabbau zunimmt, ... 600 DM mehr Bruttogehalt bekommen?“

Preetz (Holstein). Die ÖTV-Mitgliederversammlung des Kreiskrankenhauses und des Altenpflegeheimes Preetz vom 31.1.77 hat die Prozentforderung der Großen Tarifkommission einstimmig zurückgewiesen und eine Festgeldforderung von 170 DM gefordert. Sie erklärte ihre Bereitschaft, die Durchsetzung dieser Forderung durch Kampfmaßnahmen zu unterstützen. Sie fordert die Große Tarifkommission auf, keine Schlichtungsverhandlungen aufzunehmen, sondern Protestaktionen zu organisieren. Acht der 35 Mitglieder waren anwesend, acht weitere haben den Beschluß bisher unterschrieben.

Westberlin. Die ÖTV-Betriebsgruppe Nachbarschaftsheim, die eine Forderung nach 240 DM mehr aufgestellt hatte, hat jetzt beschlossen, mit den Kollegen aus den Bezirksämtern gemeinsame Kundgebungen vor den Rathäusern am 10.2. zu planen und dabei die in den Bezirksverwaltungen verabschiedete 180 DM-Forderung zu unterstützen.

Im Bundespostministerium soll eine Arbeitsgruppe prüfen, wie den Postboten zusätzliche Arbeit aufgebürdet werden kann. Der Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt plant, die Postboten bei ihren Zustellungsgängen gleichzeitig als „Altenhelfer“ einzusetzen, die alten Menschen, Kranken oder anderen Hilfsbedürftigen „mit fachmännischen Tips und anderen Handreichungen unter die Arme greifen“ könnten. Schwierigkeiten können sich nach Meinung des „Handelsblatts“ (31.1.77) nur ergeben, wenn sich in Zukunft eine Briefträger z.B. „vor einem einfachen Pflasterwechsel ekelte“. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundespostministerium, Wrede, hat auf eine kleine Anfrage im Bundestag erklärt, daß das Bundespostministerium „grundsätzlich nichts gegen eine solche Initiative einzuwenden hat, die dazu beitragen kann, die Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost sicherer zu machen und das Dienstleistungsangebot sinnvoll zu erweitern.“ Werden die Pläne demnächst in die Tat umgesetzt, so mutmaßt das „Handelsblatt“, würde das „Hochkonjunktur für die von der Post beschäftigten Leistungsbemesser bedeuten, die schon heute von Zeit zu Zeit die Postboten begleiten und mit einem rollerartigen Meßgerät prüfen, ob die Arbeit des Briefträgers noch dem Soll entspricht.“

Krankenpflegeschüler sollen vor 7 Uhr arbeiten. Die Referenten für Gesundheitsberufe aller Bundesländer haben beschlossen, einen Antrag an den bürgerlichen Staat zu stellen, daß Jugendliche in den Ausbildungsberufen zur Krankenpflege zu den Ausnahmen gezählt werden, die vor 7 Uhr morgens mit der Arbeit anfangen müssen. Sie stützen sich dabei auf die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Begründet wird dieser Beschluß so: Die Ausbildung leide darunter, daß die Jugendlichen erst um 7 Uhr anfangen zu arbeiten. Und die Jugendlichen selbst fühlten sich durch diese Anfangszeit den anderen Beschäftigten gegenüber, die schon eher zu arbeiten anfangen, benachteiligt.

Die Auszubildenden sollen frühmorgens bzw. nachts verfügbar sein, wenn viel Arbeit anfällt, wie z.B. Betten machen. Um sie verstärkt auszubeuten, sollen die Schranken des Arbeitstages niedergerissen werden.

Kiel. Zum 1. Februar wurden nach Angeben des Kultusministeriums von 980 Bewerbern für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen nur 240 in den Vorbereitungsdienst eingestellt. 223 erhielten einen Teilzeitvertrag und 517 blieben arbeitslos. Das Kultusministerium spricht von einem „vorübergehenden Engpaß“ aufgrund „organisatorischer Umstellungen“. Nach anderen Auskünften des Kultusministeriums können aber auch im August nur 54 % der Grund- und Hauptschulanwärter und 23 % der Realschulanwärter mit einer Einstellung in den Vorbereitungsdienst rechnen, ein Teil erhält nur Teilzeit- und Angestelltenverträge. Gleichzeitig gibt es jetzt nur noch einen Einstellungstermin im Jahr. Das heißt, die Lehramtsanwärter werden noch länger arbeitslos sein. Auf einer Veranstaltung der ASten der Universität und der Pädagogischen Hochschule und des Arbeitskreis arbeitsloser Lehramtsanwärter haben die Lehramtsanwärter die Annahme von Teilzeitverträgen einhellig abgelehnt.

Streik gegen Krankenhausschließungen und Bettenstreichungen

Westberlin. Am letzten Mittwoch gab der Westberliner Gesundheitssenator Pätzold (SPD) seinen neuen Krankenhausbedarfsplan bekannt. Durchgehende Linie ist: „Es sei nicht zu verantworten, teure Krankenhausbetten nutzlos bereit zu halten.“ (Tagesspiegel vom 3.2.77) Grundsätzliche Zustimmung fand er bei den bürgerlichen Parteien. Auf sofortigen Widerstand stieß er dagegen bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen. Am Freitag legten die Beschäftigten der Geriatrischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Wilmersdorf für eine Stunde die Arbeit nieder. Unter anderem soll dieses Krankenhaus, in dem sie arbeiten, geschlossen werden und dann in ein sogenanntes Krankenheim umgewandelt werden. Sie beschlossen dagegen eine Resolution und sammelten draußen vor dem Krankenhaus Unterschriften gegen den Plan des Senats.

Dieser Plan sieht die Reduzierung des Bettenbestandes an Krankenbetten in Westberlin von gegenwärtig 33 500 auf 26 350 im Jahre 1990 vor. Das sind 7 150 Betten oder 21,3 % des derzeitigen Bestandes. Ganz dicht gemacht werden soll u.a. das Elisabethkrankenhaus, das Paulinenkrankenhaus, das DRK-Krankenhaus Jungfernheide und das Königswarter Krankenhaus. Die großen städtischen Krankenhäuser sollen alle „einige hundert“ Betten verlieren.

Aber nicht nur um die Streichung von Betten geht es Pätzold. Darüberhinaus bedeutet der Plan ein weiteres umfassendes Programm zur Rationalisierung und zur Auspressung von Mehrarbeit aus den Beschäftigten. „An die 8 000 Mitarbeiter in den Kliniken sollen eingespart werden“, heißt es. Zur Begründung wird die geplante Bettenverminderung um 7 150 angeführt. Das ist ein starkes Stück. Pätzold will suggerieren, daß es in Westberlin praktisch einen Beschäftigten pro Krankenbett gäbe. Im Schnitt kommen jedoch auf 10 Betten 3,5 Pflegekräfte. Ohnehin ist es schon jetzt so, daß z.B. im Moabiter Krankenhaus um 2 Uhr nachts mit der Morgenwäsche der Patienten begonnen werden muß, da die Nachtschwester sonst nicht mit den vielen Patienten durchkommt.

Anstelle der beseitigten Krankenhausbetten will der Senator 2 000 Krankenheimplätze schaffen. Der Unterschied ist: das Krankenheim – auch Siechenheim genannt – ist für alte und chronisch Kranke, deren Arbeitskraft und Gesundheit unwiderruflich zerrüttet ist. Eine medizinische Behandlung der Krankheit findet hier nicht mehr statt. Die Kranken liegen hier bis zu ihrem dann meist frühen Tod, was natürlich wesentlich billiger ist.

Gegen die Pläne des Westberliner Senats schließen sich die Krankenhausbeschäftigten zusammen. Der Streik am Krankenhaus Wilmersdorf ist ein erster Schritt. Am Montag haben die Beschäftigten der Wäscherei des Rudolf-Virchow-Krankenhauses gegen die geplante Entlassung von 80 Wäschereiarbeiterinnen und arbeitern die Arbeit niedergelegt. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung der Krankenpflegekräfte in Westberlin am Dienstag wurde bereits die Debatte über Demonstration, Überstundenverweigerung und Streik gegen das Bettenstreichungsprogramm in allen Krankenhäusern geführt. (h, Westberlin/Red.)

Nach dem Ausschluß aus der Bundes-GEW jetzt Gründung eines Spalterverbandes

Am 21.1.1977 hat der 9. Zivilsenat des Westberliner Kammergerichts die von zwei GEW-Mitgliedern beim Landgericht Westberlin im September 1976 angestrengte einstweilige Verfügung aufgehoben, die die Gründung des Spalterverbandes GEW im DGB untersagt hatte. In der Urteilsbegründung „ging das Kammergericht davon aus, daß eine einstweilige Verfügung, die lediglich auf den Anträgen von zwei einfachen GEW-Mitgliedern beruhte, zu wenig sei, um der GEW Bund ihre Aktionen zu untersagen; für eine solche Verfügung gegen die Bundes-GEW sah das Kammergericht schon einen Antrag des Berliner GEW-Vorstandes für notwendig an.“

Nur sieben Tage später hat Frister die Staatsfraktion und Schulratsriege in die Kongreßhalle bestellt zwecks Grundsteinlegung des FDGO-Vereins. „Die Eile für die konstituierende Sitzung war geboten, weil möglicherweise eine neue einstweilige Verfügung sonst wieder den Aufbau einer neuen GEW im DGB verhindert hätte“, erklärte Frister dem „Tagesspiegel“ (vom 28.1.77). Tatsächlich war diese Eile geboten, endlich seinen Spaltungsplan zum Abschluß zu bringen und seine Blamage vor der fortschrittlichen Lehrerbewegung zu vertuschen und vor der Bourgeoisie auszuräumen.

Einzeln und mit der Haltung bestochener Halunken traten die Gründer an: Ehemaliger Schulsenator und heutiger Professor an der TU, Evers, Schulrat Langner und Schulrat Willert aus Kreuzberg, Schulrat Stange, Schulrat Kurepkat, Schulrat Schmidt aus Tempelhof, Schulrat ..., Schulrat ..., Schulrat ..., Schulrat ..., Schulleiterin Pape, Schulleiter Lehmkuhl, Schulleiter ... und und und. Insgesamt Stücker 150.

In seiner Ausrichtungsrede vor seiner Staatsfraktion sprach Frister davon, „die neue GEW in Berlin könne ohne eine große Zahl von jungen Kollegen nicht existieren. Daher dürfe die Mitgliedschaft in der neuen GEW nicht auf eine bestimmte politische Richtung beschränkt werden, sondern müßte die ganze Bandbreite des Grundgesetzes umfassen. Auch sozialistische Positionen, die nicht unter den Unvereinbarkeitsbeschluß fielen, müßten in diesem Landesverband ihren Platz haben.“ So hat sich auch der SEW-Revisionist und AjLE-Vorsitzende Romeiß in seinen feinen Frack geworfen, um die Aufnahme in die Arme der Bourgeoisie devot zu honorieren.

Aber eine andere „Zahl von jungen Kollegen“, war gekommen. Ca. 80 Lehrer haben mit Transparenten und Schildern mit Forderungen und Kampfschritten gegen kapitalistische Rationalisierung, politische Entrechtung und Dressur dieses Sabotagetreffen angegriffen. Es wurde enthüllt, warum Frister in den Tarifkämpfen die 8 %, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM Kindergeld als Forderung der Lehrermassenausgibt, obwohl bis jetzt nicht bekannt geworden ist, daß irgendeine GEW-Körperschaft diese spalterische Prozentforderung verabschiedet hätte. Verabschiedet wurde dagegen von vielen Gliederungen die Forderung nach einem Festgeldbetrag von 170 bis 180 DM. Man weiß warum.

Unter den Gewerkschaftsmitgliedern wurde die Auseinandersetzung geführt, daß jetzt bis zur Landesvertreterversammlung am 23.2. Protesttelegramme gegen die unverschämte Kündigung organisiert und die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung gefordert werden. Dort geht es um mehr als nur um eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten. Es muß alles darangesetzt werden, daß dort gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen festgelegt werden, um die klassenkämpferische Bewegung im Öffentlichen Dienst, in der GEW zu stärken, um sich mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Die Mitgliederversammlung des Bezirks Kreuzberg und der Fachgruppe Sonderschule haben inzwischen die Einberufung einer a.o. Bundesvertreterversammlung gefordert. Das müssen jetzt alle fortschrittlichen Lehrer in der GEW machen. (bs / Red.)

Hamburg. Im Rahmen der Spendensammlung für die ZANU wurde das Bilderbuch über Zimbabwe von einigen Schülern besprochen. Ein 12jähriger Schüler, der das Buch vorher gelesen hatte, erläuterte die Bilder und leitete die Besprechung. Die Schüler besprachen anschließend, wieviel von ihrem Taschengeld sie für die ZANU spenden können und beschlossen, sich an weiteren Unterstützungsaktionen zu beteiligen.

Wolfsburg. Wieviel Wert die Schulbürokratie auf die Hausaufgaben legt, zeigt eine „Empfehlung des Allgemeinen Koordinationsausschusses" Wolfsburg (Im Koordinationsausschuß sind sämtliche Rektoren der verschiedenen Schultypen und die Schulräte vertreten):

„Die Hausarbeiten haben in der Halbtagsschule einen unbestrittenen Stellenwert. Schon aus diesem Grunde kann in keiner Schule darauf verzichtet werden. ... Jede Hausaufgabe muß sinnvoll und pädagogisch notwendig sein, wenn ein Erziehungseffekt eintreten soll. ... Eintragungen der Hausaufgaben ins Klassenbuch ist daher unerläßlich. ... Das Verständnis für bestimmte Hausaufgaben muß dabei (den Eltern) deutlich gemacht werden. ... Kontrolle und Wertung der Hausaufgaben sind notwendig und sollten nicht vergessen werden."

Die Eltern sollen gewonnen werden für die Indoktrination ihrer Kinder mit bürgerlicher Weltanschauung, die Schüler sollen einen Teil ihrer Freizeit aufwenden für die Schularbeiten, lehnen sie sich dagegen auf und machen keine, gibt es schlechte Noten und Eintragungen ins Klassenbuch. Die Lehrer sollen über die Vermerke im Klassenbuch kontrolliert werden. – Das ist der Inhalt dieser „Empfehlung".

Hannover. Die Eltern der Klasse 2 e der Grund- und Hauptschule Mühlenberg Hannover streiken seit dem 19.1.77 gegen die Versetzung der Klassenlehrerin Frau Kulawig und gegen die inzwischen von der Gesamtkonferenz der Schule mehrheitlich beschlossene Klassenauflösung. Alle Spaltungsversuche des Staates haben bisher keinen Erfolg gehabt. Über 400 Unterschriften sind inzwischen gesammelt worden unter eine Resolution, die die Gesamtkonferenz auffordert, ihre Entscheidung zurückzunehmen. In diesem Zusammenhang ist die Eröffnung des Vorermittlungsverfahrens wegen Verdacht auf Dienstvergehen gegen die Sekretärin des Bezirksverbandes Hannover des KBW E. Ennker zu sehen. Denn die Klasse 8 b, deren Klassenlehrerin sie ist, hat ebenfalls drei Tage gegen die Abordnung der Lehrerin der zweiten Klasse gestreikt. Die Behörde mag das nicht offen aussprechen. Sie schreibt: *„Sie sollen Mitglied des KBW sein"*. Der Streik der Eltern hat bisher erreicht, daß der Bezirkspersonalrat einer Abordnung der Frau Kulawig mit dem Ziel der Versetzung nicht zugestimmt hat. Die Lehrerin wurde deshalb nur für drei Monate von der Schulbehörde abgeordnet, weil dazu die Zustimmung des Personalrats nicht erforderlich ist.

Hamburg. Die Haushaltsschülerinnen an der Gewerbeschule 11 fordern: Die Lehrerin Engelmann muß gehen!

Sie schikaniert die Schüler mit Noten und Drohungen. Die Schülerinnen haben bereits mehrmals den Unterricht boykottiert. 20 Schülerinnen gingen zu Oberschulrat Brüggemann und Schulsenator Apel und forderten die Entfernung der Lehrerin Engelmann.

Am 27.1. wurden Engelmann und Schulleiter Krebs vor den Schülerrat zitiert. Nach ihrer Anhörung und ihren vergeblichen Rechtfertigungsversuchen beschloß der Schülerrat einstimmig:

„Wir fordern die Schulleitung auf, Frau Engelmann aus den Haushaltsklassen zu nehmen."

Oberschulrat Brüggemann erschien am darauffolgenden Tag, um den Widerstand zu brechen. Nachdem das mißlang und die Schüler im Sprechchor forderten „Engelmann muß weg!", versuchte er es mit dem Verbot der Schülerratssitzung, die an diesem Tag stattfinden sollte.

In der Pause wurden alle Schüler davon informiert und sie beschlossen: Streik. Es wurden Ketten gebildet, keiner kam in die Schule rein und keiner konnte heraus. 1 1/2 Stunden fiel der Unterricht aus. Von der Schulleitung herbeigerufene Polizei war zu einem Prügeleinsatz gegen die Schüler nicht bereit.

Hamburg. Nachdem vor zwei Wochen mehrere Schülervertretungen und Klassen beschlossen hatten, den Streik gegen den Schulgesetzentwurf vorzubereiten, führten am Donnerstag, den 27.1. vier Klassen der Schule Hartsprung gegen den Schulgesetzentwurf des Senats einen Warnstreik durch. In den Pausen machten sie Umzüge mit Transparenten und Sprechchören, die von vielen Schülern unterstützt wurden. In der ganzen Schule hingen Wandzeitungen, in denen u.a. gegen die Abschaffung der Schulpflicht für ausländische Schüler, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, aufgetreten wird.

Die Drohungen der Schulleitung gegen die „Anstifter" konnten diese Aktion nicht verhindern. Am Morgen des 27.1. hatten die Schüler den Streik durch Wandzeitungen und Plakate in der Umgebung der Schule angekündigt.



Massendemonstrationen in Soweto/Azania fordern die Freilassung der inhaftierten Studenten. Heldenhaft kämpfen die Studenten und Schüler Seite an Seite mit den Arbeitern für die Vernichtung des Kolonialregimes und ein freies, unabhängiges Azania. Tausende verließen das Land, um sich auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten.


Schüler und Studenten für ein befreites Zimbabwe

Rugare N. Gumbo, Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit der ZANU, Maputo, 3. Februar 1977:

Die 400 Schüler in Botswana – Kämpfer für die Befreiung Zimbabwes!

„Durch die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe ist eine Lage entstanden, die bewirkt, daß Schüler und Studenten das Land verlassen und sich dem Befreiungskampf anschließen. Ganz besonders diejenigen über 15. Sie wollen nicht länger unter dem herrschenden System leben, sie ertragen auch das Erziehungssystem nicht mehr. Darum entscheiden sie sich für den Befreiungskrieg. Die etwa 400 Schüler, die kürzlich nach Botswana gegangen sind, folgen nur vielen anderen, die seit 1973 vor ihnen unser Land verlassen haben. Die 400, die die Manama Missionsschule verließen, die im Südwesten Zimbabwes liegt, waren von der Polizei ständig gequält worden. Die Polizei wollte herausfinden, wer unter den Schülern zu den Befreiungskämpfern gehört, die versuchen, andere für den Befreiungskrieg zu gewinnen. Es gab unter den Schülern eine politische Erziehung. Die dadurch gewonnene politische Klarheit führte dann dazu, daß sie beschlossen, aus dem Land zu gehen. Der nächste Ort, der in Frage kam, war Botswana, dahin konnten sie leicht zu Fuß kommen. Mozambique war zu weit.

Wenn Schüler und Studenten zu uns kommen, entscheiden sie selber, was sie tun werden. Meist sagen sie: „Seht, wir wollen eine militärische Ausbildung haben". „Wir haben die Schule verlassen, weil wir kein Interesse am Schulunterricht mehr haben. Wir wollen jetzt kämpfen. Ihr könnt uns deshalb auch nicht erneut zwingen, in die Schule zu gehen, wenn wir das wollten, hätten wir auch in Zimbabwe bleiben können. Wir wollen jetzt eine Ausbildung im Befreiungskampf, damit wir gegen das Smith-Regime kämpfen können. Und was bleibt uns da anderes übrig, als zuzulassen, daß sie sich dem bewaffneten Kampf anschließen?"

Die Schulen in Zimbabwe – Herrschaftsinstrumente des Siedlerregimes

„Die Schulen in Zimbabwe sind, wie in jedem kolonisierten Land unter der Kontrolle des Kolonialregimes. Der gesamte Inhalt des Unterrichts dient dazu, die afrikanischen Massen zu unterdrücken und auszubeuten. Die Schulen sind deshalb ein Instrument der Regierung, um die Afrikaner schon in frühem Alter zu unterdrücken und sie schon als Kind dahin zu bringen, daß sie die weiße Vorherrschaft hinnehmen. Ihnen wird erzählt, die Weißen seien überlegen, sie selber taugten nur zu Wasserträgern und Schuhputzern und zu mehr nicht. Die Prüfungen sind so angelegt, daß sie stets den Beweis erbringen, daß Afrikaner Weißen unterlegen sind. Die Geschichte, die man sie über die Afrikaner lehrt, ist die Geschichte ihrer Minderwertigkeit gegenüber den weißen Siedlern. Es ist die Rede von Afrikanern, die unfähig und hilflos seien, und der Hilfe und Aufsicht der Weißen bedürften. Die ganze Erziehung hat den Zweck, sie dahin zu bringen, daß sie bestimmte Funktionen im herrschenden sozialen System ausüben. Deshalb existiert bei den afrikanischen Schülern und Studenten große Unzufriedenheit. Die Ideologie, die an den Schulen verbreitet wird, macht es ihnen unmöglich, sich eine Ausbildung anzueignen, die ihre Fähigkeiten umfassend entwickelt.

Neben den üblichen Schulen, die das Verhalten des afrikanischen Volkes kontrollieren, gibt es die sogenannten „Gemeindeschulen" und Missionsschulen, Sie sind alle gleich, Inspektoren des Regimes kontrollieren auch ihren Unterrichtsinhalt und sorgen dafür, daß sie die Propaganda der weißen Siedler verbreiten.

Die Schulen spiegeln deshalb die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter wider, die heute in Zimbabwe regieren.

Die afrikanischen Schüler leisten diesem System mit großer Begeisterung Widerstand. Ihr habt sicherlich von den Demonstrationen gehört, die die Schüler und Studenten in Zimbabwe durchführen. Sie sind bekannt wegen ihrer Rebellionen. Bekannt wurden die Demonstrationen 1971 und 1972, als die Pearce Commission sich in Zimbabwe aufhielt und wo die Aktionen überall im Land die Schulen erfaßten. Die Studenten standen damals in vorderster Front der Demonstrationen. Sie leisteten Widerstand gegen die Bedingungen in den Schulen, gegen den Unterricht, gegen die Unterdrückung durch die Lehrer, gegen das schlechte Essen.

Laufend gibt es in Zimbabwe Demonstrationen, weil die Aktionen der Studenten mit den Aktionen der Arbeiter verbunden sind. Während der letzten paar Monate gab es in Salisbury Streiks. Die Transportarbeiter z.B. forderten mit einem Streik höhere Löhne. Die Demonstrationen daheim sind stets verbunden mit der Arbeiterschaft, Studenten und Arbeiter demonstrieren meistens zusammen. Die letzte Demonstration, die ziemliche Wirkung hatte, war im Dezember. Dabei ging es um Weihnachtsgeld, das die weißen Siedler verweigerten, weswegen die Transportarbeiter streikten. Dabei geht es nicht hauptsächlich um das Geld, es geht um die Unterdrückung, darum, den Überdruß mit diesem System auszudrücken und Wege zu finden, es zu beseitigen. Bei unserem Kampf widmen wir den Bewegungen unter den Arbeitern und Studenten große Aufmerksamkeit, um ihren Kampf mit dem Kampf auf dem Lande zu verbinden. Der Kampf auf dem Lande und der in den städtischen Zentren verbindet sich gegen das Smith-Regime. Noch nicht vor langer Zeit ist es uns gelungen, die Verbindung herzustellen zwischen den Kämpfen auf dem Land und in den Stadtgebieten.

Mit dem bewaffneten Kampf, den die ZANU anführt, haben die Studenten jetzt etwas, worauf sie sich über die Demonstrationen hinaus stützen können, der Befreiungskrieg ist eine sehr wichtige Entwicklung der Revolution in Zimbabwe. Früher hatten die Schüler und Studenten keine Möglichkeit, aus dem Lande zu gehen, jetzt können sie nach Botswana oder nach Mozambique gehen. Sie können Soldaten der Befreiungsarmee werden und zurückschlagen gegen die Unterdrücker.

Schon 1973 schlossen sich Studenten der ZANU an, als sie im Nordosten Zimbabwes den Befreiungskampf führte. Seither sind viele gefolgt, vor allem 1975 verließen Tausende und Abertausende das Land und kamen zur Volksbefreiungsarmee. Heute gibt es viele ehemalige Studenten in unseren Lagern und sie gehören zu den aktivsten Kämpfern in der Befreiungsbewegung."

Schulzentrum Delmenhorst

Lehrerin stellt sich gegen das Notensystem ... und die Bourgeois toben

Am Schulzentrum West hat die Lehrerin A. Burchardt sich geweigert, in Englisch und Deutsch Fünfen und Sechsen zu geben. In Musik hat sie sich mit den Schülern auf die Note Zwei für alle gleich geeinigt. Daraufhin forderte der Schulrat Klassenarbeiten usw. der Schüler an. Er hat sie nicht bekommen. Jetzt will er selbst die Zensuren verteilen. Der Lehrerin Burchhardt wurde das „Recht" abgesprochen, weiterhin Noten zu geben, und sie soll nicht mehr in die Klassen am Schulzentrum West gelassen werden, um sie von den Schülern zu isolieren.

Gegen die Lehrerin Borowski wird ebenfalls von der Schulbürokratie vorgegangen, weil sie den Kampf der Schüler gegen das Notensystem unterstützt.

Die Zellengruppe Delmenhorst des KBW hat in den letzten Wochen mit Megaphon auf den Schulhöfen zu einer Veranstaltung „Nieder mit dem Notensystem" aufgerufen und dazu ein Flugblatt verteilt. Die Schüler rissen uns das Flugblatt aus den Händen, und sie hängten es gegen den Widerstand der Lehrer in den Klassenräumen auf. An der Heimschule des Wichernstifts (Fürsorgeheim) drohten die Schüler ihrem Lehrer Plagens: „Wenn Sie das Flugblatt abreißen, dann reißen wir auch Ihren Jesus von der Wand." Und der Hausmeister, der gerade damit beschäftigt war, ein Plakat zu entfernen, kriegte zu hören: „Und das nächste Mal hängen wir es so hoch, daß du da nicht dran kommst." Die Schulleiter flitzten wie angestochene Hühner über die Schulhöfe, um uns zu verjagen und die Agitation zu verhindern. Von den Schülern ernteten sie Buhrufe.

Am Schulzentrum West (Orientierungsstufe) holte Schulleiter Meyer die Polizei um uns auf dem Schulhof festnehmen zu lassen. Zuerst kam ein Streifenwagen, zwei Mann Besatzung. Die Schüler kreisten die Polizisten ein, bespuckten sie, bewarfen sie mit Mohrenköpfen, Äpfeln und was ihnen gerade in die Hände kam. Ein Polizist ging zu Boden. So kamen sie nicht durch. Mit zwei Mann Verstärkung gelang es ihnen erst, uns, zwei Genossen, im Polizeigriff abzuführen. Dabei wurden die Polizisten geprügelt, getreten und ihnen Haken gestellt. Die Schüler trommelten auf die Streifenwagen und schaukelten sie hin und her. Als wir von der Wache kamen, machten wir schnell ein neues Flugblatt und waren bei der nächsten Pause wieder auf dem Schulhof. Die Polizei kam mit drei Streifenwagen, ca. zehn Mann, wagten aber während der Pause nicht einmal auszusteigen, sondern warteten, bis die meisten Schüler im Gebäude waren. Ca. 30 bis 40 Schüler blieben und versperrten das Tor. Als die Polizisten aus ihren Wagen stiegen, flog ihnen ein Zaunpfahl entgegen. Wir stellten uns direkt vor das Tor, die Schüler in einer Kette hinter uns. Die Polizisten waren machtlos und mußten unter Gejohle wieder abziehen.

Zur Veranstaltung kamen dann achtzig Menschen, hauptsächlich Schüler. Beraten wurde, wie der Verbleib der beiden Lehrerinnen an den Schulen durchgesetzt werden kann. Als weiterer Schritt wurde die Gründung einer Aktionseinheit am nächsten Mittwoch festgelegt, um so die Schüler der Delmenhorster Schulen auf einer klaren Linie gegen das Notensystem und gegen die verschiedenen Maßnahmen der Bourgeoisie, die Lehrerinnen Burchhardt und Borowski von den Schülern zu isolieren, zusammenzuschließen und weitere Kampfschritte zu unternehmen.

Die Bourgeoisie ist von der Stärke der Bewegung überrollt und greift zu wilden Reaktionen, wie der Polizeieinsatz zeigt. Die örtlichen Schulbehörde hat das Verfahren gleich weitergeleitet an den Verwaltungspräsidenten in Oldenburg. Am Freitag, dem 4.2., mußte die Heimatzeitung, mit roten Schlagzeilen „Schüler bewarfen Polizeibeamte mit Mohrenköpfen und Knüppeln", eine halbe Seite den Auseinandersetzungen widmen und dabei lang aus dem verteilten Flugblatt zitieren. Die örtliche Bourgeoisie ließ sich „unterrichten" über die Vorfälle. Oberbürgermeister Jenzok hat gleich beim Kultusminister Remmers um Rat gesucht. Die betroffenen Schulleiter nehmen öffentlich lieber nicht Stellung, sie wissen, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen. Groß abgedruckt wird ein Offener Brief an die Schulbehörde, vom Jugendamtleiter Behlmer, stadtbekannt als Staatsbüttel. Er ruft auf zum Unterrichtsboykott gegen die Lehrerin Burchardt, denn „ich versuche, zu verhindern, meine Tochter langsam, aber sicher kommunistisch infiltrieren zu lassen."

Die Arbeiterjugend vertritt demgegenüber eine ganz andere Meinung. „Die Lehrerin wollen wir auch haben", sagen sie, weil ihnen das Notensystem zur Auslese und zum Einbleuen von bürgerlicher Weltanschauung verhaßt ist. (af, Delmenhorst/Redaktion)

Aufruf zur Demonstration in Brokdorf

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir: Wir wollen kein Atomkraftwerk in Brokdorf und anderswo!

Die Landeskonferenz der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ fordert alle Menschen in der BRD und im Ausland auf, am 19.Februar 77 zu einer Großkundgebung am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks in Brokdorf zu kommen und unverzüglich, verstärkt mit den Vorbereitungen zu dieser Kundgebung fortzufahren.

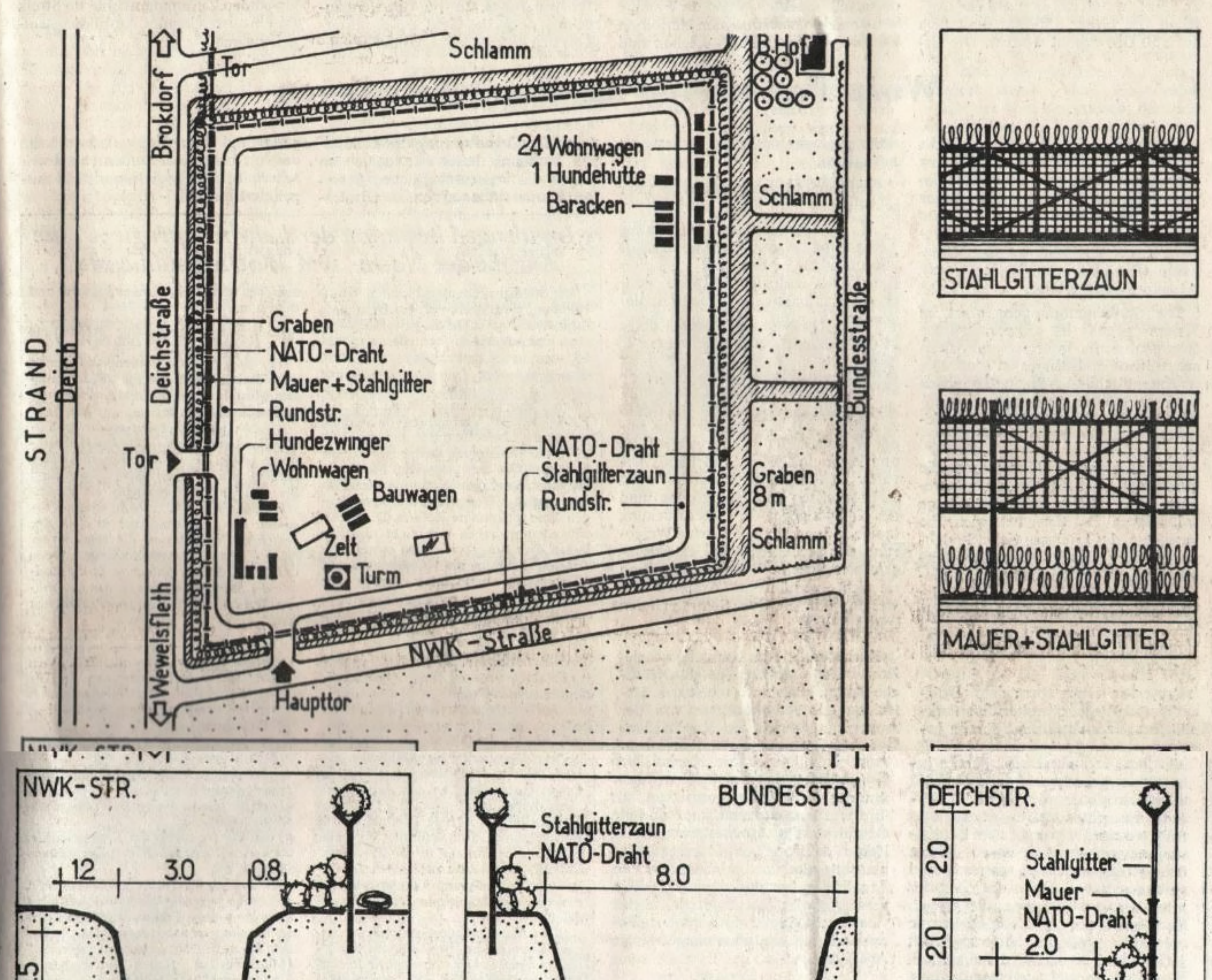
Alle ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung – und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protests – sind aufgerufen, durch ihre Teilnahme an dieser Großkundgebung ihren Willen zu bekunden, auch weiterhin für die Erfüllung unserer Forderungen zu kämpfen:

Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!
Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Mülldeponien!
Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
Abzug der Polizei, des Werkschutzes und der Baumaschinen!
Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Strafverfahren!
Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei!
Wir wollen das AKW verhindern!
Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung das AKW bauen wollen. Den Drohungen und den von Verleumdungen begleiteten Spaltungsmanövern der Politiker und der Atomindustrie muß mit dieser Kundgebung – am 19. Februar in Brokdorf und nicht anderswo – eine klare Absage erteilt werden. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Bau des Atomkraftwerks verhindern und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen.

Wir fordern Stoltenberg und seine Landesregierung auf, unsere Forderungen zu erfüllen und keine Gewalt gegen uns anzuwenden.

Landeskonferenz der Bürgerinitiativen Schleswig-Holstein und Hamburg **Wilster, 6.2. 1977**



Zur Vorbereitung der Demonstration in Brokdorf am 19.2. drucken wir den Lageplan des Bauplatzes ab. Die Bourgeoisie hat ihn in eine Festung verwandelt. Wollen wir das AKW verhindern, muß die Festung überwunden werden.

Die kleinen und mittleren Bauern müssen den Bau der Kernenergieanlagen verhindern

Uelzen. Ich bin Bauer und bewirtschafte einen 23-ha-Betrieb (plus 2,8 ha Zupacht) in der Nähe von Uelzen. Seit hier bekannt wurde, daß bei uns in der Nähe (Lutterloh im Kreis Celle) die zentrale Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll gebaut werden soll und welche Gefahren das unter den jetzigen Verhältnissen für uns hat, gibt es hier einen starken Widerstand gegen die Anlage. Über 20 000 Unterschriften wurden bisher von der Bürgerinitiative gesammelt. Das zeigt die Breite der Bewegung. Die Politik der Führung der Bürgerinitiativen entspricht dem aber keineswegs, denn sie besteht darin, die Aktivitäten der Massen auf das Parlament und auf „Selbstbeschränkung“ zu richten. Man müsse sich unbedingt im Verbrauch von Energie einschränken, weniger Strom abnehmen, dann brauchte man auch keine KKW's. Auf dieser Linie – „Zurück zur Natur“ – ist der dringend notwendige Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Bauern nicht möglich, denn sie geht nicht von den Interessen der Volksmassen und von den Triebkräften der Bewegung aus. Deshalb gibt es auch keine Arbeiter und nur zwei Bauern in der Bürgerinitiative.

Ich will das am Beispiel meines Betriebes verdeutlichen: Auf den 23 ha (alles Ackerland) baue ich 75 % Getreide und 25 % Zuckerrüben an. Der Ertrag, den ich aus dem Verkauf der Feldfrüchte dieser Flächen erwirtschaften kann, reicht nicht einmal, um mich und meine Eltern ernähren zu können, geschweige denn eine eigene Familie dazu.

Die Preise für Ackerland (Sandböden) liegen hier bei 20- bis 30 000 DM/ha und die Pachtpreise zwischen 400 und 600 DM/ha. Die Grundrente ist also, bezogen auf die Qualität des Ackers, sehr hoch und wird durch die Konkurrenz mit den größeren Bauern weiter hochgetrieben. Deshalb ist Zukauf oder Zupacht nicht möglich. Außerdem kommen die kleinen Bauern an die notwendigen Kredite für die dann notwendigen größeren Maschinen nicht heran, weil ihre Verschuldung sowieso schon bei 6 000 bis 10 000 DM/ha liegt.

Um eine höhere Grundrente zu erwirtschaften, müssen wir also Vieh halten, d.h. unsere Feldfrüchte „veredeln“, wie die bürgerlichen Ökonomen das nennen. In unserer Gegend haben die kleinen Betriebe etwa zwei Großvieheinheiten pro ha. Das entspricht etwa zwei Kühen oder 2,5 Mastbullen oder 12 Mastschweinen pro ha. Auf meinem Betrieb sind es sogar 19 Schweine/ha. Da die Verschuldung sehr hoch ist, konnten diese Aufstockungen in der Viehhaltung nur durch Überarbeit erreicht werden. Meine durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 55 bis 60 Std./Woche bei einem Wocheneinkommen von 231 DM, also 3,85 bis 4,20 DM netto in der Stunde.

Eine Erhöhung des Einkommens ist also in dieser Lage nur durch die Erhöhung des Viehbestandes möglich, was hohe Investitionen erfordert, die wiederum nur durch Steigerung der Mehrarbeit möglich sind.

Durch die Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage wird die Verelendung und die Ruinierung der kleinen Bauern noch rascher vorangetrieben. Die radioaktiven Abfallstoffe, die weitflächig in der Umgebung verteilt werden, reichern sich über die Nahrungskette stark an, d.h. die Konzentration der Giftstoffe in der Richtung Feldfrüchte-Nutztier-Mensch wird immer höher. Es wird also niemand mehr tierische Produkte aus dieser Gegend kaufen wollen. Im Laufe der Zeit wird es unmöglich sein, diese Produkte überhaupt noch abzusetzen.

Wenn aber nur noch Ackerbau möglich ist, müssen die Betriebe mindestens 100 bis 150 ha groß sein, um ein ausreichendes Einkommen zu gewährleisten. Gleichzeitig werden die Bodenpreise sinken, weil die Grundrente fällt und die kleinen Bauern faktisch für jeden Preis verkaufen müssen, um ihre Schulden rechtzeitig tilgen zu können.

So wird über das Privateigentum an Produktionsmitteln und dessen spezieller Erscheinungsform im Kapitalismus, der Grundrente, der Ruin der kleinen und auch der mittleren Bauern zur Bedingung. Die Kernenergieanlagen beschleunigen diesen Prozeß außerordentlich, wie sie auch durch die kapitalistische Anwendung der Energie für Rationalisierungen die Lage der Arbeiterklasse verschlechtern. Die Großbauern und Agrarkapitalisten haben ein Interesse daran, daß die kleinen Bauern ruiniert werden durch den Bau von KKW's und ähnliches. Für sie bedeutet das die Möglichkeit, mehr Land billig aufzukaufen und dann mehr fremde Arbeitskraft auszubeuten. Deshalb sind sie auch nicht gegen die kapitalistische Anwendung der Kernenergie. (hr, Uelzen)

In vielen Beschlüssen dokumentieren Arbeiter, Soldaten, Schüler ihre Entschlossenheit, trotz Gerichtsbeschluß über die einstweilige Einstellung der Bauarbeiten in Brokdorf, am 19.2. eine Großkundgebung am Bauplatz durchzuführen. „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!“ „Sofortige Einstellung aller Bauarbeiten“. „Räumung des Bauplatzes“. fordern u.a.:

7 Soldaten der Wulf-Isebrandt-Kaserne, Heide

17 Beschäftigte des Kreiskrankenhauses Heide

7 Soldaten der Grenzland-Kaserne. Flensburg

12 von 19 Schülern der Klasse 12 a der Staatlichen Bildungsanstalt, Flensburg

5 von 20 Arbeitern der Firma Autoteile Bruno Brendel, Flensburg

3 Arbeiter der Firma Saarbröh-Kältetechnik, Flensburg

8 Lehrer der Sonderschule Melldorf

ca. 50 Teilnehmer einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Bremen-West

‚Von 700 Teilnehmern einer Demonstration in Schleswig am 5.2. vertrat die große Mehrheit die Forderung: „Nicht auf das Gericht vertrauen, auf die eignen Kräfte bauen, am 19.2. nach Brokdorf“.

Onstwede/Holland. In Onstwede fand am Samstag, dem 5.2.77, eine mobile Demonstration mit Treckern, PKW und Bussen gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie Wippingen/Emsland statt. Auf der Abschlußkundgebung demonstrierten die etwa 2 000 holländischen und deutschen Teilnehmer ihre Entschlossenheit, gemeinsam den Bau dieser Anlage zu verhindern.

Die Delegierten der Bürgerinitiativen der drei geplanten Atommüllstandorte Lichtenmoor, Unterlüß und Wippingen beschlossen am 6.2. in Verden: Sobald eine Entscheidung über den Standort der Atommülldeponie gefallen ist, wird sofort eine Treckerdemonstration zum Bauplatz und am Wochenende darauf eine Großveranstaltung auf dem Bauplatz durchgeführt.

Die **Reparaturkosten am Elbe-Seiten-Kanal** machen um 40 Mio DM aus (nach Berichten von örtlichen Bauern), die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schreibt von 23 Mio DM. Die Flurschäden in der Landwirtschaft betragen nach Berrechnungen der Niedersächsischen Landgesellschaft 700 000,-- DM; 600 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche wurde vom Wasser des Elbe-Seiten-Kanals verwüstet. Ein Großteil der Bauern soll bis 1978 warten, bevor sie Schadensersatz bekommen für Ernteausfall und Vernichtung von Böden. – Viele werden nichts bekommen. Die Bauern sind empört über die schleppenden Arbeiten am Elbe-Seiten-Kanal, der nicht vor Ende des Jahres wieder geöffnet werden kann. Für sie bedeutet das, auch in diesem Sommer die teuren Berieselungsanlagen, die sie sich anschaffen mußten, weil durch den Bau des Kanals das Grundwasser ab-

die sie sich anschaffen mußten, weil durch

den Bau des Kanals das Grundwasser abgesunken ist, nicht nutzen zu können. Das Wasser für die Bewässerung kommt aus dem Kanal – und der ist für die Dauer der Reparaturarbeiten leer.

Die örtlichen Kapitalisten, deren Betriebe durch den Bruch des Elbe-Seiten-Kanals in Mitleidenschaft gezogen wurden, werden tatkräftig von der Regierung Niedersachsens unterstützt. Die Bauern werden ruiniert.

„Zigarrengeld“

nennen die schleswig-holsteinischen Bauern das, was ihnen der Staat an Rente zahlt. Leben soll der Bauer von dem, was der Bourgeois vergleichsweise für seine Havannas monatlich mindestens ausgibt.

Die „Altershilfe“ für Landwirte wurde 1957 vom imperialistischen Staat eingeführt. Dementsprechend war sie von Anfang an ein Mittel zur Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern zur Konzentrierung des Bodens. Monatlich zahlt der Bauer seit dem 1.1.1977 63 DM Beitrag. „Altershilfe“ erhält er 65jährig jedoch nur, wenn er seinen Hof abgibt, wobei die Abgabe an den Ehegatten nicht zählt. Soll der Hof weiter von der Familie bewirtschaftet werden, ist die Nachkommenschaft des Bauern somit Voraussetzung. Der Höchstbetrag, den ein verheirateter Bauer an Altershilfe dann erhalten kann, beträgt 312,40 DM, unverheiratet 277,90 DM. Wohlwissend, daß davon kein Mensch leben kann – nicht einmal das Sterben kann davon gezahlt werden –, hat der bürgerliche Staat 1969 die Landabgaberente erlassen. Landabgaberente erhält der Bauer, wenn er „seine landwirtschaftlichen Unternehmen zum Zwecke der Strukturverbesserung abgegeben hat“ und zwar an „Unternehmer anderer Unternehmen“, „sonstige Erwerber“, „eine juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts“, „für Zwecke der Erholung und Volksgesundheit“ (Gesetz über Altershilfe für Landwirte, §§ 40, 42). Zusätzlich zur Altershilfe würde er verheiratet dann 537,10 DM, unverheiratet 332,60 DM bekommen, womit er dann monatlich mit seiner Frau von 849,50 DM knapsen kann. 1975 erhielten 37 000 Bauern Landabgaberente. „Die Landabgaberente“, schreibt die Bundesregierung in ihrem Agrarbericht 1975, „trägt sowohl zur Bodenmobilisierung als auch zur Verbesserung der Altersstruktur der in der Landwirtschaft Tätigen bei und damit insgesamt zur Verbesserung der Agrarstruktur. ... Seit 1969 wurden rund 280 000 Hektar strukturverbessernd abgegeben.“

Braunschweig. Vom BAFöG-Amt in Braunschweig wurden im vergangenen Jahr seit Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes 1,2 Mio. DM weniger BAFöG ausgezahlt. Geht man davon aus, daß von rund 12 000 Braunschweiger Studenten ca. 8 000 Studenten, etwa 70 %, BAFöG beziehen, was hoch geschätzt ist, bedeutet dies eine durchschnittliche Kürzung von 150 DM pro BAFöG-Bezieher. Berücksichtigt man, daß von rund 8 000 TU-Studenten unter 100 den Höchstsatz von 600 DM erhalten, und etliche Studenten aus der Förderung überhaupt heraus sind, so ist ersichtlich, wie sich die Lage der besitzlosen Studenten in diesem Semester noch zugespitzt hat.

Hamburg. Die Geschichtsstudenten der Universität Hamburg streiken seit Mittwoch gegen einen neuen Studienplan, der erhebliche Leistungsverschärfungen vorsieht. Im Rahmen dieses Streiks führten sie eine Aktion gegen den für BAföG-Zwischenprüfungsbescheinigungen zuständigen Dozenten Deike durch. Man braucht diese Bescheinigung, um nach den ersten Studiensemestern weitergefördert zu werden. Deike hatte sich geweigert, einer Kommilitonin ihre weitere „Förderungswürdigkeit" zu bescheinigen, weil sie noch keine ausreichenden Lateinkenntnisse vorweisen konnte. In der Regel werden diese Lateinkenntnisse erst beim Examen verlangt, weil man es gar nicht schaffen kann, das Kleine Latinum innerhalb von vier Semestern nebenbei nachzuholen. Die Geschichtsstudenten forderten Deike auf, die Bescheinigung zu unterschreiben. Eine Stunde lang belagerten ca. 50 Studenten sein Sprechzimmer, bis er schließlich die Unterschrift gab.

Hannover. Die Professorenkorruption an der Technischen Universität Hannover läßt sich nicht mehr verbergen. Der Landesrechnungshof mußte jetzt bei Vorlage des Rechnungsprüfungsergebnisses des Jahres 1974 „bemängeln", daß in zahlreichen Fällen von Institutsdirektoren Honorare für Aufträge kassiert werden, die dem Institut und nicht ihnen persönlich erteilt wurden. Der Direktor eines Instituts der Technischen Universität kassiert von insgesamt über 1,8 Mio. DM, die für Gutachten und Forschungsarbeiten des Instituts auf Konten des Instituts überwiesen wurden, 833 000 DM an „Honoraren", da die Aufträge „in privater Nebentätigkeit" ausgeführt worden seien.

Für weitere 312 000 DM an „Honoraren für Ausarbeitung von Vorträgen, Veröffentlichungen, und Vorlesungen" stellte er nicht nur die Rechnung aus, sondern unterschrieb auch gleich selbst die Überweisungsaufträge. Für ein Darlehen von 50 000 DM zahlte er ganze dreiachtel Prozent Zinsen. Der Mercedes Benz 350 SE, den der Institutsdirektor auch privat ständig benutzte, war auf Namen des Instituts zugelassen. Von seinem eigenen Telefon führte er in 4 1/2 Jahren nur 5,18 DM für Privatgespräche auf, dagegen 6 363 DM, die er sich für „Dienstgespräche" erstatten ließ.

Der Landesrechnungshof schätzt, daß „Millionenbeträge" auf diese Weise auf private Konten der Professoren geflossen sind – wobei er sich nur auf die der Rechnungsprüfung zugänglichen Daten beziehen kann. Weil die herrschende Klasse die Professoren braucht zur Unterdrückung der Studentenmassen, ist die Korruption und Bereicherung dieser Staatsparasiten unvermeidlich.

Kiel. Mit der Notlage der Medizin-Studenten versucht die Bourgeoisie Geschäfte zu machen. Für die letzten beiden Semester, wo das Examen abzusehen ist, stellt die Ärzte- und Apothekerbank ein Darlehen von 1000 DM im Monat zur Verfügung. Tausend Mark auf die Hand zum Einstand, dann monatlich 300 DM, das ganze zu 5 1/2 % Zinsen. Abzuzahlen ist innerhalb von 24 Monaten nach dem Examen. 1000 DM, die als Geschäftsgrundlage in der Genossenschaftsbank zu zahlen sind, schießt die Bank vor, denn Ersparnisse können die Bankkapitalisten von den Studenten, die sich in ihre Fänge begeben sollen, nicht erwarten. Der Direktor der Kieler Filiale dazu: „Selbstverständlich sollen die 1000 DM Geschäftsgrundlage die Studenten dazu bewegen, auch als zukünftige Ärzte unsere Geschätspartner zu werden." Von 47 Kieler Studenten im 6. Semester haben schon drei solche Kredite aufnehmen müssen.

Braunschweig. An die tausend Essen gehen jetzt täglich trotz des beschlossenen Mensaboykotts in der Braunschweiger Mensa heraus. Viele sagen, daß man sich allein mit dem Boykott jetzt nicht mehr durchsetzen kann. Einige ziehen daraus den falschen Schluß, den Boykott deshalb zu brechen. Dazu kommt, daß die Entlassungsdrohungen der Landesregierung gegenüber dem Mensapersonal ihre Wirkungen zeigen. Um ihre Entlassungen zu verhindern, setzte sich das Personal jetzt aktiv für die Essensausgabe ein. Gleichzeitig unterstützt ein großer Teil von ihnen das Ziel der Studenten, höhere Landeszuschüsse durchzusetzen, so daß dann ein Essen mit Suppe und Nachtisch weiterhon 1.40 DM kostet. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt der KSB vor, eine Urabstimmung für einen Streik im nächsten Semester auf der nächsten Vollversammlung zu beschließen. Der Boykott soll unterbrochem werden, wenn das Essen ohne Suppe und Nachtisch weiterhin 1.40 DM kostet. Dieser Vorschlag ist bisher auf breite Zustimmung gestoßen.

Das BAFöG-Angebot der Bundesregierung

Die Bourgeoispolitiker haben kalte Füße: Am Mittwoch vergangener Woche hat die Regierung Änderungen am Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) für Schüler und Studenten beschlossen. Zwei Tage später wurde darüber im Bundestag verhandelt – bei „großer Übereinstimmung" der bürgerlichen Parteien, wie die Presse schreibt. Jetzt legen die Bourgeoispolitiker Eile an den Tag, um das Gesetz über die Runden zu bringen.

Das Angebot, das die Regierung macht, ist auch danach: Auf 580 DM will die Regierung zum 1. April den „Bedarf" der Studenten festsetzen. Bisher war er auf 500 DM plus 10 Prozent Härtezuschlag festgesetzt, also bis zu 550 DM. Gleichzeitig soll das Darlehen von bisher 130 DM monatlich auf 150 DM erhöht werden. Die Erhöhung der Elternfreibeträge und der Kinderfreibeträge verweigert die Regierung für diesen Förderungszeitraum. Erst zum 1. Oktober 1977 soll der gegenwärtige Freibetrag von 960 auf 1 100 DM und – wenn beide Elternteile arbeiten – von 1 120 auf 1 280 DM angehoben werden und der für den Studenten von jetzt 60 auf 70 DM.

Rohde tönte im Parlament, damit könnten jetzt „sogar" bis zu 25 Prozent der „Geförderten" an die im vergangenen Sommer vom Studentenwerk festgestellten mittleren Lebenshaltungs- und Studienkosten von 638 DM pro Monat herankommen.

In der folgenden Tabelle haben wir ausgerechnet, was diese Gesetzesänderungen bedeuten, wenn die Familie von dem durchschnittlichen Nettolohn nach der amtlichen Statistik leben muß und der Student das einzige Kind ist: Die Zahlen, mit denen Rohde „Leistungen für Studenten" anmeldet, sind nichts als gewachsener Anspruch auf Arbeiterlohn. Das, was die bürgerliche Klasse über ihren Staatsapparat für die Lebens- und Studienkosten des Studenten herzugeben bereit ist, ist selbst nach dem 1. Oktober 1977 noch ein erhebliches Stück unter dem Betrag, den die Bourgeoisie nach diesem Beispiel bereits im Jahre 1975 zu zahlen gezwungen wurde. Dabei ist die Teuerung der Lebens- und Studienmittel noch ganz unberücksichtigt. Wenn man zu den vom Studentenwerk festgestellten – schon erheblich gedrückten – mittleren Ausgaben pro Monat im Sommer 1976 von 638 DM noch eine Teuerungsrate von 4 Prozent zurechnet, deckt das Geld, das die Bourgeois sich nach dem 1. Oktober zu zahlen bereitklären, im vorstehenden, vom durchschnittlichen Nettolohn ausgehenden Beispiel weniger als die Hälfte der unbedingt erforderlichen Ausgaben.

Das Regierungsangebot wird nichts „entschärfen". Von sozialdemokratischen Versprechungen kann man nicht satt werden und sich auch keinen Ersatz beschaffen für das die Strafe des Studienabbruchs notwendige Lehrmaterial. Die Regierung weiß das und handelt entsprechend. Sie ist in Betrügerei nicht kleinlich und hat es eilig. Die Studentenbewegung muß ebenfalls von diesen Erfahrungen ausgehen und anstatt sich von den Sozialdemokraten fortwährend tiefer spalten zu lassen den Zusammenschluß im Streik für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt suchen.

Wozu Professoren das Kapital studieren

Westberlin. Am Montag, den 24.1., fand im vollen Audi-Max der Freien Universität Westberlin eine Professorenaufführung statt unter dem Thema „Wozu das Kapital studieren?" Auf dem Podium diskutierten u.a. die Professoren Haug (Philosophie), Holzkamp (Psychologie), Wagner (Jura), Altvater (OSI), Kofler.

Die Studentenbewegung steht im Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie. Ihr Interesse am wissenschaftlichen Sozialismus ist groß. Die im Kampf stehenden Studenten suchen nach einer weltanschaulichen Orientierung an der Wissenschaft des Proletariats.

Die Bourgeoisie kämpft um die Herrschaft über die Studentenbewegung. Die Professorenveranstaltung sollte ihren Teil dazu beitragen. Sie versuchte, das Interesse vieler Studenten an einer Wissenschaft, die die Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft erklärt und damit Waffe im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist, herunterzubringen auf ihr Professoreninteresse an Profilierung und Karriere.

Professor Haug beneidete Holzkamp und Wagner, weil es ihnen mithilfe des Kapitalstudiums bereits gelungen sei, grundlegend neue Werke in ihren Disziplinen vorzulegen. Gleichzeitig versuchten sie vereint, den Studenten einen Horror vor dem Kapitalstudium einzubläuen: es sei höchst langwierig, langfristig, schwierig und außerdem teuer. Denn um ein guter Marxist zu sein, sei eine sehr genaue Kenntnis der bürgerlichen Ökonomie notwendig, und das koste zwischen 10 000 und 20 000 DM heutzutage. Was ein Professor ist, so hat er da keine Schwierigkeiten. Schwierigkeiten werden aber zurecht befürchtet, wenn die fortschrittlichen Studenten sich zunehmend mit dem wissenschaftlichen Sozialismus auch gegen die Unterdrückung und Indoktrinierung durch diese sogenannten linken Professoren bewaffnen.

Professor Altvater plauderte über sein Interesse am Kapitalstudium:

„ (...) damit wir nicht ungeduldig werden und uns in dieser Gesellschaft wiederfinden." Ein gut gefülltes Bankkonto und eine halbwegs gesicherte Laufbahn als Wissenschaftler genügen Altvater, „um sich in dieser Gesellschaft wiederzufinden." Die Ungeduld der Besitzlosen, die sich mit Ausbeutung und Unterdrückung nicht abfinden, ist ihm zuwider. Er bekommt sie schließlich auch zunehmend direkt zu spüren. Z.B. in Form der Kritik seiner Wissenschaft durch fortschrittliche und kommunistische Studenten (Altvater: Denunziationspraxis von seiten einer gewissen Studentengruppe) und des Kampfs gegen die Unterdrückung in seinen Seminaren, z.B. seine Weigerung, den Studenten nach dem Streiksemester Scheine auszustellen, wenn sie nicht „vernünftige" Arbeiten vorweisen, d.h. in den Semesterferien nacharbeiten.

Karl Marx hat das Kapital geschrieben, um eine notwendige geschichtliche Tat zu befördern: die soziale Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse. Er hat es für die Millionenmassen der Proletarier geschrieben, als ihre Waffe im Klassenkampf, und die Geschichte der Arbeiterbewegung ist Beweis dafür, daß der Marxismus-Leninismus von der Arbeiterklasse als ihre Waffe verstanden und ergriffen wird. (Altvater dagegen: Ich hoffe, daß viele Intellektuelle das Kapital studieren und vielleicht auch einige wenige Arbeiter.)

Die Bezirksleitung Westberlin des KBW hat beschlossen, einen offenen Kapitalschulungskurs an der Hochschule durchzuführen. Die politische Verbindung der Studentenbewegung mit der Arbeiterbewegung muß auch durch die Organisierung des kollektiven Studiums dieses entscheidenden Werks des wissenschaftlichen Sozialismus unterstützt werden. Den Professoren und ihren Kapitalkursen kann das Interesse vieler Studenten am wissenschaftlichen Sozialismus nicht ausgeliefert bleiben. – (dz)

„Im übrigen bestimmt der Lehrbeauftragte ... die Anzahl der Nacht- und Wochenenddienste"

Die Medizinstudenten bereiten Urabstimmung und Streik vor: für Bezahlung ihrer Arbeitskraft, für die gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten als Praktikanten am Krankenhaus, im letzten, dem praktischen Teil ihrer Ausbildung zum Arzt, den sie bisher als Medizinalassistenten durchführen mußten. Mit viel Honig über die „Verbindung von Studium und Praxis" betreibt die Bourgeoisie seit 1970 die Beseitigung dieser Rechte, die sie gegenüber den bisherigen Medizinalassistenten anerkennen mußte. Von Anfang an gibt es Widerstand und Kampf gegen diese reaktionäre Reform. Die Medizinstudenten haben sich nicht täuschen lassen. Der Bourgeoisie geht es um

– Rationalisierung am Krankenhaus und Erpressung unbezahlter Arbeit der Praktikanten:

„Die Medizinalassistenten-Positionen werden auf den Bedarf an Arztstellen weder voll noch anteilig angerechnet. Der durch die Änderung des Ausbildungsganges der Ärzte bedingte Wegfall von Medizinalassistenten-Positionen in den künftigen Rechnungsjahren kann deshalb zu keinem Mehrbedarf an Arztstellen führen", erklärte der Innensenator Westberlins in einem Brief an den Arbeitskreis „Praktisches Jahr" vom 16.3.1976. Die Gesellschaft für soziale Psychiatrie zum Beispiel sah die Stunde für den Vorschlag gekommen: *„Um den in den Psychiatrischen Krankenhäusern herrschenden Ärztemangel zu mildern, wäre es sinnvoll, diese in Lehrkrankenhäuser umzuwandeln."*

„Der Krankenhausträger und die seinem Krankenhaus zugewiesenen Studierenden treten in keine vertragliche Rechtsbeziehung zueinander. Die Studierenden haben daher keinen Anspruch auf Vergütung, Unterkunft, Verpflegung und Erstattung sonstiger Kosten durch den Krankenhausträger", heißt es in einem von der Studienplankommission Baden-Württembergs angenommenen Mustervertrag zwischen den Lehrkrankenhäusern und dem Land.

– Bougeoisbeamten-mäßige Abrichtung am Krankenhaus:

In einem von der Studienplankommission Baden-Württembergs angenommenen Musterentwurf für die Ausbildungsgegenstände heißt es:

„Nach einheitlicher Auffassung der Studienplankommission Baden-Württembergs sollen die im Gegenstandskatalog aufgeführten Themen nicht Gegenstand des Praktischen Unterrichts im Praktischen Jahr sein." (...) „Im übrigen bestimmt der Lehrbeauftragte je nach den örtlichen Verhältnissen die Anzahl der Nacht- und Wochenenddienste." Denn der *„Einbezug der Studenten in die Routine des Stationsbetriebes ist der wesentliche Anteil der Ausbildung im Praktischen Jahr"*.

– Darum will die Bourgeoisie völlige Abhängigkeit der Praktikanten vom Dienstherren am Krankenhaus und die Aufrechterhaltung der Aufsichtsgewalt der Universitätsbeamten gegenüber den Praktikanten:

„Das Land verpflichtet sich, die Studierenden darauf hinzuweisen,
a) daß die Hausordnung des Krankenhauses einzuhalten ist,
b) daß das Hausrecht des Krankenhauses auch gegenüber den Studierenden uneingeschränkt gilt.

2. Bei groben oder wiederholten ... Verstößen gegen die Pflichten des Absatz 1 kann die weitere Teilnahme an den Lehrveranstaltungen untersagt werden. Außerdem kann ein Hausverbot erteilt werden." (Mustervertrag Baden-Württembergs). Und in einem Merkblatt für Absolventen des Praktischen Jahrs stellt die Universität Heidelberg klar:

„Die Ausbildung im dritten klinischen Studienabschnitt ist ordentliches Uni-Studium. Die rechtliche Stellung der Studenten ändert sich dadurch also nicht."

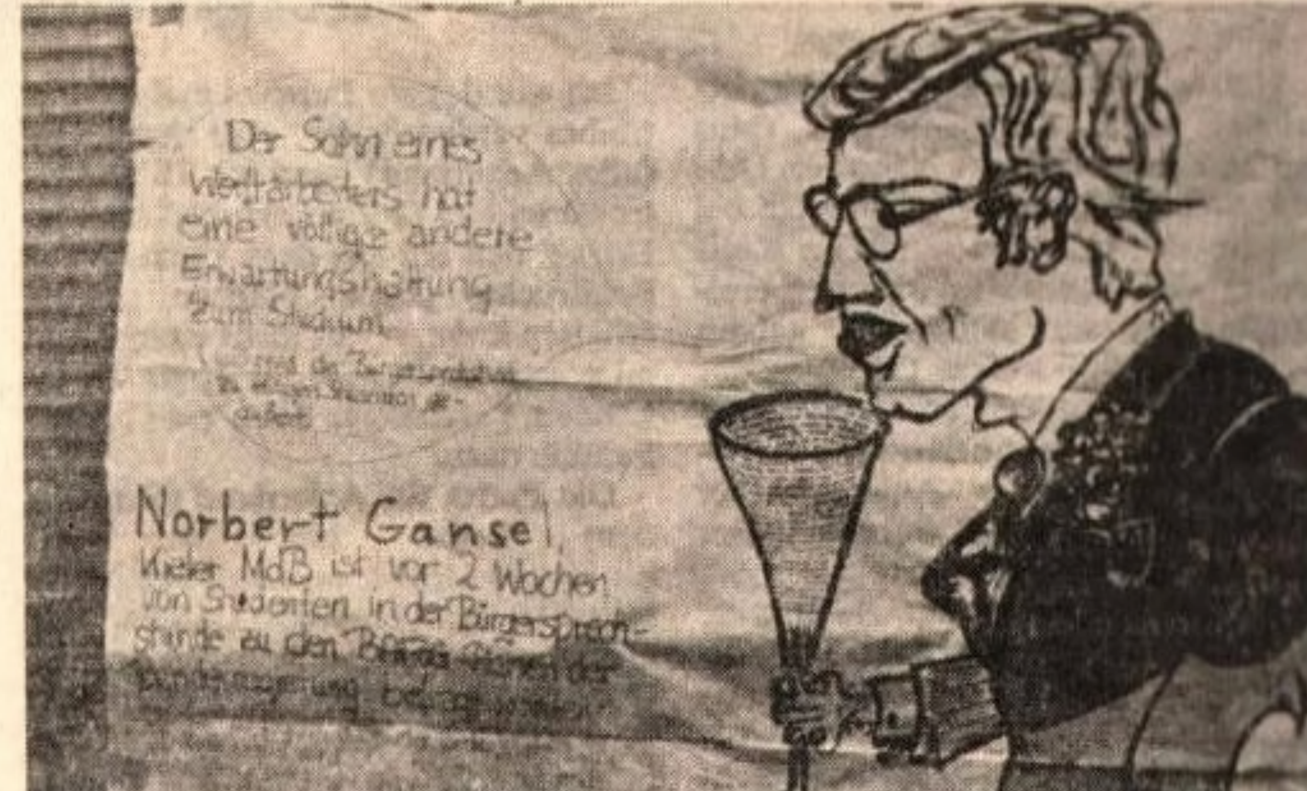
„Die Studenten müssen auch bestimmte soziale Erfahrungen machen"

SPD/Juso-MdB Gansel zum Bafög

Kiel. Norbert Gansel, Kieler SPD-Bundestagsabgeordneter und linkes Aushängeschild der SPD, arbeitet nach Aussagen der Jusos im AStA der Universität Kiel sehr gut mit dem AStA zusammen. Von Fachvertretern in seiner „Bürgersprechstunde" zu den BAFöG-Plänen der Bundesregierung befragt, hat er diese Pläne voll unterstützt.

Das BAFöG dürfe kein Studentengehalt sein, und man könne es nicht zulassen, daß ein Student monatlich mehr bekommt als eine Rentnerin, die ihr Leben lang gearbeitet hat. Die Rentner seien schließlich auf Hilfe angewiesen. Wo die Bundesregierung die Rentner gerade um das betrügt, was sie ihr Leben lang in die Kasse eingezahlt haben, soll ein Student also nach Gansel kein höheres BAFöG bekommen, weil sein Großvater jetzt wenig Rente kriegt. Ein Werftarbeitersohn habe eine andere „Erwartungshaltung" zum Studium. Er wolle es sich erkämpfen und sei deshalb auch bereit, neben dem Studium noch zu arbeiten. Außerdem müßten die Studenten auch bestimmte soziale Erfahrungen sammeln. Für die Darlehensregelung war er auch. Die Studenten müßten sich materiell an der Entwicklung ihrer Persönlichkeit beteiligen.





Das wurde von der Fachvertretung Germanistik in einem Flugblatt angegriffen. Ein Spottplakat auf Gansel wurde erstellt. Am Samstag nach der Parlamentsdebatte zum BAFöG erneut aufgesucht, wurde er dann deutlicher. Er wolle sich nur mit Leuten unterhalten, „die Probleme haben, von denen sie glauben, daß man sie gemeinsam lösen kann." Das Plakat an der Hauswand riß er ab, weil es „diese Einrichtung zum Gespött der Leute macht, die ihr verkommen". Der Juso-AStA hat inzwischen zusagen müssen, Gansel an die Universität zu holen, damit er die Pläne der Bundesregierung vor den Studenten rechtfertigt.

Kein Mensch, kein Tier, ein Panzergrenadier

Für den Stab der Panzergrenadierbrigade 5 waren 14 Tage Grafenwöhr (Truppenübungsplatz) „ein voller Erfolg". Zu schweren Unfällen sei es nicht gekommen (Hessisch-Niersächsische Allgemeine vom 31.1.77). Für die Panzergrenadiere waren die 14 Tage die Hölle und ein Vorgeschmack darauf, welche Rolle sie im imperialistischen Krieg spielen sollen: Kanonenfutter.

Kälte, Nato-Kitt und Schulden beim Spieß

Bei Schnee zwischen 30 und 50 cm, Kälte bis 16 Grad minus und in den letzten Tagen Regen und Tauwetter waren die Einheiten bis hin zu den Kompaniechefs in Zelten untergebracht, bei den Mannschaften mit ca. 15 Mann. Die Dienstzeit betrug kaum unter zwölf bis vierzehn Stunden, bei Übungen rund um die Uhr. Zapfenstreich war für die Mannschaften 22 Uhr: „Abends länger Dienst, dafür morgens früher anfangen." Mannschaften und Unteroffiziere durften das Lager nicht verlassen. Vor dem Manöver hatte es geheißen, daß hier das Essen besser sei als in der Kaserne; stattdessen: viel Eintopf, viel Kartoffelbrei („NATO-Kitt"), wenig und schlechtes Fleisch, oft Kaltverpflegung und mit Wasser verlängerte Brühe. Nicht selten gingen Kameraden gar nicht zum Essen oder gleich von der Essensausgabe zum Abfalleimer.

Ein Riesengeschäft machte der Spieß dann mit dem Verkauf von billigen Würstchen für teures Geld. Offenbar wurde im Manöver, welch ein Spottgeld der Sold ist. Nach ein paar Tagen in Grafenwöhr war der Januarsold, ausgezahlt am 5.1., restlos verbraucht, und viele Soldaten mußten beim Spieß anschreiben lassen für Würstchen, Zigaretten, Süßigkeiten, Cola, Bier usw. Keine Seltenheit war, wenn sich dann Beträge von 100 oder 120 DM zusammenläpperten. Dies ging dann von dem Februarsold ab und viele standen da mit 80 bis 100 DM für den ganzen Februar. Klar ist, daß es anderthalb Wochen dauert, dann ist von dem Sold nichts mehr übrig. Der Zwang, Befehlen Folge zu leisten, nicht aufzufallen, um keine Disziplinarstrafen zu kassieren, ist riesengroß. Das wissen die Soldaten, das weiß die Bourgeoisie.

Soldaten für die Schlachtfelder der Imperialisten

„Höhepunkt" war die Brigdade-, bzw. Bataillonsübung „Schnelles Karussell", „Wassermann I" und „Wassermann II". Geübt wurde in beiden Fällen der Angriff, verbunden mit schnellen Ausweichen, schnellen Vorstößen, Übersetzen über Wasserläufe, auf- und abgesessene Spähtrupps, Übergang vom Angriff mit dem Schützenpanzer Marder zum abgesessenen Kampf der Grenadiere in unübersichtlichem Gelände, Sturmlauf der Grenadiere, gemeinsames Vorgehen von Kampfpanzer Leopard mit Grenadiereinheiten. Die Mannschaften und auch die Unteroffiziere bis auf wenige Ausnahmen wußten kaum, wie die Lage genau ist, wie der Gefechtsverlauf genau ist, wie sie selbständig im Gefecht reagieren müssen usw. Anstelle von Erlangung infanteristischer Kenntnisse stand der eingeübte Drill im Gelände: „Hinterer Kampfraum absitzen! Stellung! Fertigmachen zum Sprung! Sprung auf, marsch, marsch!" Nächtliche Durchhalteübungen, wie stundenlang als Alarmposten in Schnee und Kälte liegen oder durchnäßt bis auf die Haut rumstehen. So gut wie keinen Schlaf. Alles mit denkbar schlechter Ausrüstung, besonders dem Schuhwerk und den Handschuhen. Sturmläufe über 200 Meter offenes Gelände in tiefem Schnee auf feindliche Stellung mußten gemacht werden, wobei jeder Soldat dachte: „Nach einem solchen Sturmlauf würden im Krieg die meisten von uns nicht mehr unter den Lebenden weilen." Vielen Soldaten wurde hier augenscheinlich: „Du bist kein Mensch, du bist kein Tier, du bist ein Panzergrenadier."

„Das ist Aufwiegelung zur Meuterei"

Während des gesamten Manövers passierten zahlreiche Unfälle mit Verletzungen. Oft war die Hetze und Schinderei unter miserablen Witterungsbedingungen daran schuld. An einem solchen Unfall, der sich in den Lagern des Übungsplatzes schnell herumgesprochen hat, zeigt sich das deutlich: Bei einem Gefechtsschießen mit scharfer Munition von Grenadieren der 4./53 ordnete der Bataillonskommandeur persönlich an, das Schießen mit schwerer Panzerfaust, MG und G3 „realistischer und praxisnäher" durchzuführen. Aufgehoben wurden u.a. dadurch die Abstände von ca. 20 Metern zwischen den schießenden G3-Schützen. Oft bewegte sich der Panzerfaustschütze dicht neben den G3-Schützen. Die Kampfbahn selbst war durch den Regen und die Benutzung vereist, die Soldaten durchnäßt, durchfroren und müde. Ein Schütze rutschte aus. Aus seinem Gewehr löste sich ein Schuß und traf den Schützen der Panzerfaust durch den Oberschenkel. Die Weichkernmunition (Bleikern mit einem Messing mantel) riß ein riesiges Loch in den Oberschenkel, so groß wie zwei bis drei Fäuste.

Für die Soldaten der Kompanie war dies kein Zufall, wie es nachher von den Offizieren hingestellt wurde. Es war vielmehr gesetzmäßig und eine Frage der Zeit, wann es einen von uns trifft. Die Soldaten haben deshalb nach dem Unfall gefordert, das Schießen einzustellen. „Keiner von uns gibt mehr einen Schuß ab." „Meuterei, Aufwiegelung zur Meuterei ist das", empörten sich einige Offiziere. Doch die Schießübung so weiterzuführen wagten sie nicht. Früher als geplant wurde das Schießen abgebrochen und am nächsten Tag war technischer Dienst statt eines weiteren Gefechtsschießens.

„Der alte Abstand muß wiederhergestellt werden"

Der tagtägliche Dienst, das Ausharren im Gelände, die dauernden Auseinandersetzungen zwischen Mannschaften und Vorgesetzten führten zu Auflösungserscheinungen in der künstliche aufgepäppelten Hierarchie der Truppe. Vor allem im Unteroffizierskorps zeigten sich starke Risse. Die Unteroffiziere sagten den Mannschaften, daß sie auch die Schnauze voll haben, Mannschaften und Unteroffiziere duzten sich. Gemeinsam wurde der Sold besprochen, der viele Zusatzdienst, die Stellung der Unteroffiziere als Unterdrücker der Mannschaften für die Offiziere und die Generalität. Weiter, wie eine Reihe von Unteroffizieren mit ihren Verpflichtungen betrogen worden sind.

Die Unteroffiziere, die die Offiziere beim Drill unterstützten, wurden von den Mannschaften bekämpft. Vom Manöver in die Kaserne zurückgekehrt, war es deshalb deshalb eines der ersten Anliegen der Bourgeoisie, innerhalb des Militärs „den alten Abstand" wiederherzustellen. Aber die gemachten Erfahrungen im Manöver sind bei den Mannschaften und einem Teil der Unteroffiziere nicht wieder auszulöschen. Die gewonnene Einheit muß genutzt werden, weiter voranzuschreiten im Zusammenschluß zwischen Mannschaften und Unteroffizieren. – (p, Kassel)

Die erste Serienproduktion des Flakpanzers 1 Gepard wird seit Dezember ausgeliefert. Der Gepard besteht aus dem Fahrgestell des Leopard und der Bewaffnung aus zwei 35-mm-Maschinenkanonen (550 Schuß pro Rohr und Minute). Im Gegensatz zum alten Flakpanzer M 42 hat jedes einzelne Fahrzeug ein eigenes Rundsuch- und Zielfolgeradar. In Feuerkraft und Zielgenauigkeit ist der Gepard dem M 42 weit überlegen. Seine Entwicklung richtet sich auch gegen die rasche Rüstung mit panzerbekämpfenden Hubschraubern in den Armeen der Imperialisten und Sozialimperialisten. Besetzt ist der Gepard mit 3 Mann. Sein Gewicht ist durch die umfangreiche Bewaffnung mit 47 Tonnen das höchste unter den Kampfpanzern. Er erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h. Gleichzeitig mit der Beschaffung der insgesamt 432 Gepard wird die Heeresflugabwehrtruppe umgerüstet. Jede Division soll in Zukunft ein Flugabwehrregiment mit 2 Bataillonen haben. Jedes Bataillon hat drei Batterien mit je 6 Gepard-Panzern. Zunächst wird die 6. Panzergrenadierdivision (Schleswig-Holstein) umgerüstet, dann folgt die 3. Panzerdivision (Buxtehude/Hamburg).



Knast. Eine der härtesten Strafmaßnahmen gegen den Kampf der Soldaten ist der Knast. Die Knastordnung schreibt vor, daß die Betten in den Zellen tagsüber hochgeklappt werden, damit die Soldaten nicht schlafen, sondern über ihre „Straftaten" nachdenken können. Der eingesperrte Soldat darf nur einmal in der Woche von Zivilisten Besuch empfangen. Weil die meisten Soldaten von weither kommen, fallen solche Besuche natürlich flach. Besuch von Kameraden kann er einmal am Tag empfangen. Eine Stunde täglich darf er unter Bewachung einen Spaziergang machen.

Spaziergang machen.

Außer Briefen, der Bibel und einigen Vorschriften darf er nichts lesen. Radiohören oder Fernsehen ist auch verboten. Mehr als 10 Zigaretten am Tag darf er nicht rauchen.

Der Zusammenhalt der Mannschaften verhindert, daß diese Ordnung eingehalten wird. Die Wachsoldaten lassen den Arrestanten deshalb hinter dem Rücken der Offiziere viele Vergünstigungen. Als in Schwanewede/Bremen die Offiziere gegen den Vertrauensmann Witzmann 21 Tage Arrest verhängten, weil er den Kampf der Soldaten gegen die Schikane und Unterdrückung in der Armee organisiert hatte, verurteilten die Wachsoldaten und auch einige wachhabende Unteroffiziere die Arreststrafe, ließen Witzmann aus der Kaserne zum Fernsehen und Kartenspielen und besorgten ihm Zeitungen. – (SRK Braunschweig/Red.)

„Freie Kost und Logis, wo bringt Ihr denn den Wehrsold hin?"

Hammelburg/Unterfranken. 20.1. 1977 Dienstplan: 10 bis 15 Uhr Kompanie Wehrsoldzahlung. „Panzergrenadier XY, 82,50 DM, bitte schön!" Der ReFü (Rechnungsführer) zahlt den halben Monatssold aus, die andere Hälfte gibts am 5. des nächsten Monats. „Du, ich krieg noch 20 DM von dir. Brauch sie unbedingt, weil der Wolfgang noch 15 DM zu kriegen hat und der sonst sein Auto nicht reparieren kann." Oder: „Herr Panzergrenadier, Sie gehen am besten sofort aufs Geschäftszimmer und zahlen die 16 DM für ihre verlorenen Handschuhe!" Oder: „Herr Panzergrenadier, Sie haben 50 DM Disziplinarstrafe wegen Verstoßes gegen den Haarerlaß zu zahlen, bitte kommen Sie nach der Wehrsoldzahlung sofort zum Kompaniefeldwebel (Spieß)!"

So siehts am Zahltag bei fast allen wehrpflichtigen Soldaten aus. Kaum das Geld in der Hand, ist man es auch schon zum großen Teil wieder los. Höhnisch sagen einem dann die Offiziere: „Was wollt ihr denn, schließlich sind das ja beinahe die einzigen Ausgaben, die ihr habt, Verpflegung und Unterkunft bezahlt ja der Bund für euch. Seid froh, daß euch unser Staat jeden Monat ein frei verfügbares Taschengeld zahlt, im Osten gibt es das in der Form nicht."

Wer schon mal in die Lage gekommen ist, sich aus einer Bundeswehrküche verpflegen zu müssen (nicht aus der Offiziersküche, sondern aus der, wo die Mannschaften verpflegt werden), der weiß, daß kein Mensch einzig diese Verpflegung auf die Dauer aushält. Wer einmal um 6 oder 7 Uhr morgens angefangen hat zu arbeiten, der weiß, daß er um 9.30 Uhr eine Kleinigkeit essen muß, weil er Hunger hat; das gleiche nochmal mittags gegen 15 Uhr. Bei der Bundeswehr kriegt man aber zu dieser Zeit in der Küche nichts. Natürlich, wer nichts arbeitet, hat zu diesen Zeiten auch keinen Hunger, sondern – wie die Herren Offiziere – Gelüste nach irgendwelchen Schlemmereien. Und wer schon mal die Schinderei und Schikaniererei beim Bund miterlebt hat, der weiß, daß man sich abends mal gemütlich mit den Kameraden zusammensetzen muß, ein Bier trinken, eine Portion Pommes oder eine Currywurst verdrücken muß, weil man sonst auf die Dauer kaputt geht. Dies alles muß man sich auf eigene Kosten aus der Kantine besorgen.

Nicht nur, daß er durch das Soldsystem um seinen eigenen Lohn gebracht wird, den er verliert in dem Moment, wo er eingezogen wird, der imperialistische Staat raubt über seine Wehrpflicht auch noch seinen Angehörigen einen weiteren Teil des Lohnes, dieser Teil wird nirgends aufgeführt. Die Freundin muß Geld schicken, damit er am Wochenende überhaupt zu ihr kommen kann, die Eltern müssen Geld von ihrem Lohn abzwacken, damit der wehrpflichtige Sohn seine Arbeitskraft wiederherstellen kann oder sein Auto in Gang halten kann. Schlicht: Damit die Auslieferung des jungen Arbeiters in Uniform an die militaristischen Handlanger der Imperialisten nicht noch totaler wird. Denn dies ist der Sinn des Soldsystems: Totale Auslieferung an des imperialistischen Militärs, Zucht und Unterwerfung unter deren Ziele, erzwungen durch die finanzielle Aushungerung. Der Sold ist dabei nur noch dazu da, damit es noch was gibt, was bei Disziplinarbestrafungen abgezogen werden kann, oder dazu, daß sich Soldaten erst verschulden und als einzigen Weg, aus dem Schlamassel rauszukommen, die Verpflichtung als Zeitsoldaten sehen und sich den Imperialisten noch länger verkaufen. Der Sold ist kein „freundliches Geschenk" des imperialistischen Staates, sondern ein Erpressungs- und Unterdrückungsinstrument gegen die Soldaten, schließlich gegen die gesamten Volksmassen. (Jäger A., Hammelburg/Red.)

Lorsch. Für die Soldaten der 4. Batterie (FlaBtl.5) hat die Generalität zum 1. Mai 1977 Manöver angeordnet. Im letzten Jahr hatten an vielen Orten Soldaten in Uniform an den gewerkschaftlichen Demonstrationen am 1. Mai teilgenommen. Mit Manövern versucht die Armeeführung zu verhindern, daß die wachsende Stärke der Soldatenbewegung und ihre Verbindung mit der Arbeiterbewegung auf den 1.Mai-Demonstrationen in diesem Jahr ihren Ausdruck findet.

Bundeswehrverband

Eine Mark mehr pro Tag für Wehrpflichtige, 6 % mehr für die Zeit- und Berufssoldaten sowie Urlaubsgeld, das hat der Deutsche Bundeswehrverband als „Forderung" der Soldaten aufgestellt. Es handelt sich um Fesselungsversuche der Generalität gegenüber der Soldatenbewegung. Sie wittert die Verschärfung des Kampfes der Wehrpflichtigen gegen die Soldunterdrückung und will diese Verschärfung verhindern. Die mitreißende Wirkung der Lohnkämpfe der Arbeiter und auch im öffentlichen Dienst auf die Berufs- und Zeitsoldaten soll aufgefangen werden. Der Deutsche Bundeswehrverband ist Werkzeug der Generale.

Er wurde 1956 auf Initiative und mit großer Unterstützung des Verteidigungsministeriums von 55 ausgesuchten Soldaten, fast ohne Ausnahme Offiziere, gegründet. Die Verbandszeitung, „Die Bundeswehr", ist mühsam verstecktes Amts- und Propagandablatt des Bundesverteidigungsministeriums. Vorsitzender ist der Oberst Volland. Vor ihm war es Generalmajor Domröse. Die Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgrade werden oft unter „sanftem" Druck aufgenommen. Oft werden sie auch Mitglied, weil sie hier eine Möglichkeit glauben des Zusammenschlusses für ihre Interessen.

186 000 Mitglieder hat der Bundeswehrverband. Insgesamt hat die Armee 39 000 Offiziere. Ein Oberst bekommt zwischen 4 000 und 5 000 DM. Da langen 6 %, ihn ausreichend weiter zu schmieren für die Unterdrückung der Soldaten. Die Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgrade von den Zeit- und Berufssoldaten, also mindestens 145 000 von den Mitgliedern, werden kaum dafür gewonnen werden, die 6%-Forderung zu unterstützen. Ihre Lage spricht dagegen. Sie spricht dafür, die Bewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst zu unterstützen.

Die Wehrpflichtigen geraten immer mehr in Druck durch Preissteigerungen und die Verschlechterung der Einkommen von Eltern und Freundin, und die damit immer weniger mögliche Unterstützung. Die „Forderung" nach 1 DM ist ein Köder. Die Soldatenbewegung soll danach schnappen und festsitzen am Feilschen um Pfennige auf den Sold. Wo doch die Forderung nach Lohnfortzahlung und Schritte zu ihrer Durchsetzung auf der Tagesordnung stehen.

36-Stunden-Übung

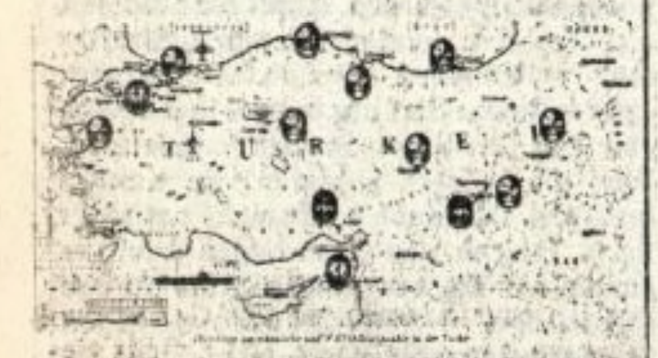
Am Dienstag/Mittwoch letzter Woche mußten wir in der Nähe von Braunschweig eine 36-Stundenübung durchführen. Die Übung begann mit einem Marsch zum Standortübungsplatz. Die ganze Nacht waren die Soldaten bei Temperaturen erheblich unter Null – minus vier bis minus sieben Grad – unterwegs. Wegen der großen Kälte wurde den Soldaten befohlen, den Schlafsack anzuziehen und auf keinen Fall einzuschlafen, da sie sonst erfrieren könnten. Der Schlafsack behinderte dann wiederum beim Spähtrupplaufen, so daß einige Soldaten öfter hinfielen. Als der Hauptmann dann am nächsten morgen seinen Kommentar zur Übung abgab sagte er, mit einem solchen Saufhaufen würde er nicht in den Krieg ziehen. Worauf ein Soldat erwiderte, daß er dies ohnehin allein tun müßte. Im Anschluß ging es dann zurück zur Kompanie. Vorher wurde jedoch noch die Lage für den Marsch ausgegeben. Die Lage sei folgende: Die Soldaten sind in guter körperlicher Verfassung, sind gut verpflegt und haben ausreichend Schlaf bekommen. Der Marsch wurde dann in einem höllischen Tempo durchgezogen. Unterwegs mußte die vorhandene Deckung ausgenutzt werden, d.h. es mußte rechts und links im Graben marschiert werden. Die Gräben waren innen vereist, das führte dazu, daß einige ausrutschten und hinfielen. Das alles mußte mit den schweren Waffen (MG, Panzerfaust) und einem Funkgerät (20kg) gemacht werden. Die Soldaten, die vorne marschierten, mußten dann diejenigen, die zurückblieben, teilweise mehrere hundert Meter, wieder nach vorne holen. Unterwegs hieß es dann öfter „Fliegeralarm von links" oder ähnliches, worauf die Soldaten dann schnellstens in Deckung zu gehen hatten. Als Ergebnis der Übung wurde uns dann mitgeteilt, daß wir solchen Belastungen nicht gewachsen seien. Also müßte die Ausbildung in dieser Beziehung verbessert werden. Denn Ziel sei es, daß wir auch solche Belastungen ohne Schwierigkeiten durchstehen können. Deshalb sollen in Zukunft Märsche und Geländeläufe öfter auf der Tagesordnung stehen. Die Geländeläufe sollen so angesetzt sein, daß wir vor Dienstschluß sind und die Soldaten die im Laufen besser sind und als erste die Kompanie erreichen pünktlich Dienstschluß haben, während der Rest länger macht. Ob der Kompaniechef sein Vorhaben durchsetzen kann wird sich zeigen, denn es gab großen Unmut darüber. Die Soldaten überlegen sich, wie sie gegen diese Schikane ihr Wehr setzen können. – (a, Braunschweig)

Die Besatzertruppen der US- und NATO-Armeen sind eine drückende Last für die Bevölkerung. 24752 Schadensanträge wurden von der Oberfinanzdirektion Nürnberg im Jahr 1976 behandelt. Die der Oberfinanzdirektion unterstehenden Ämter für Verteidigungslasten zahlten 21 Mio DM (2,4 Mio DM mehr als im Vorjahr) als „Entschädigung" für Manöverschäden. Hinzu kamen 4,3 Mio DM als „Entschädigung" für sogenannte Unrechtsschäden – wie Verkehrsunfällen, Schlägereien, Vergewaltigungen – durch US-Soldaten. Dieser Betrag ist um 9,2 % gewachsen im Jahr 1976.

Celle. Manöverschäden. „Nach den ungewöhnlich großen Flurschäden bei den letzten Herbstmanövern ist dieser Tage die Bevölkerung im Nordteil des Landkreises Celle erneut durch erhebliche Manöverschäden und Belästigungen durch Nachtschießen betroffen worden", berichtet die Gifhorner „Aller-Zeitung" vom 2.2.77. „Nach den Feststellungen des Landvolkverbandes wurden von der 7. Panzergrenadierdivision auf den Übungsplätzen Munster-Lager und Bergen-Hohne in bisher nicht gekanntem Umfang nächtliches Schießen durchgeführt und Schäden verursacht, die nach Ansicht der Landwirte auch bei praxisnahem Übungsverlauf weitgehend hätten vermieden werden können. So rollten in Hetendorf „Leopard"-Panzer über bestellte Felder".

US-Waffenembargo gegen die Türkei – Hebel der verstärkten Einmischung. Die Türkei hat vor kurzem ihre Auffassung bekräftigt, die US- und NATO-Basen auf dem Gebiet der Türkei zu sperren, des weiteren, Freundschaftsverträge mit der Sowjetunion zu schließen, wenn die USA nicht ihr Waffenembargo vollständig aufheben, das sie über die Türkei verhängt haben seit dem letzten Zypern-Konflikt. „Mondale spielt die Bedeutung der Stützpunkte herunter", schreibt die „Stuttgarter Zeitung" erschreckt auf Äußerungen des US-Vizepräsidenten während seiner Europa-Reise. „Der Waffenlieferungenstopp wird nur dann aufgehoben, wenn das Ägäis- und Zypernproblem in gerechter Form gelöst ist", führte Mondale aus.

Mit Herunterspielen hat das nichts zu tun. Unverhüllt mischt sich der USA-Imperialismus in die Belange der Völker. Das „Ägäis-Problem" ist vor allem ein Öl-Problem. Griechenland und die Türkei sind sich uneinig, wem es gehört. Solange wird nicht gebohrt. Die USA aber wollen das Öl ausbeuten. Das ist mit „gerechter" Lösung gemeint. Zypern, das bedeutet, daß hier der natürliche Stützpunkt nahe der arabischen Staaten vollständig erhalten bleibt. Die USA-Imperialisten sind sich der strategischen Bedeutung dieses Mittelmeerraumes völlig bewußt. So soll dann auch „in naher Zukunft der ehemalige Verteidigungsminister Cliffort, als Sonderbeauftragter von Präsident Carter, in Athen, Ankara und Nikosia Gespräche über die Lösung des Zypern-Problems führen". (Welt, 5.2.) Die Ägäis-Frage fällt dabei sicher nicht raus. Daß Mondale auf die Drohung der Türkei mit Aufrechterhaltung des Embargos reagiert, ist wohlüberlegt. Die ganze türkische Armee ist mit amerikanischen Gütern ausgerüstet und bewaffnet. Vom Stiefel des Infanteristen bis zum Kampfflugzeug. Die Aufrechterhaltung des Embargos ist daher ein ungeheures Druckmittel.



Die Karte zeigt die wichtigsten US- und NATO-Stützpunkte in der Türkei. Insgesamt sind es 26 Stück. Die Meerenge des Bosporus wird beherrscht, der Luftraum der Sowjetunion kann weit hinein mit Radar beobachtet werden und es können Luftangriffe von dort geflogen werden, sowohl in die Sowjetunion als auch in die arabischen Staaten.

In der Türkei selber kämpfen die Volksmassen seit Jahren gegen den Einfluß des US-Imperialismus und insbesondere die Stationierung seiner Truppen. Gegenwärtig steht eine Regierungskrise dere. die Stationierung seiner Truppen. Gegenwärtig steht eine Regierungskrise ins Haus, die von dem Minister ausgelöst wurde, der für die Verbindung zu den USA, für die Lösung der Zypern-Frage zuständig ist. Anlaß selber waren die Kämpfe im Land, wo insbesondere an den Universitäten und in den Betrieben gegen die reaktionäre Regierung und die Unterdrückung gekämpft wird. In den letzten zwei Jahren sind an den Universitäten insgesamt 158 Studenten ermordet worden von faschistischen Banden, die auch in der Regierung sitzen.

USA. **Tarifkampf in der Stahlindustrie und Wahlen in der Stahlarbeitergewerkschaft.** Unmittelbar vor den anstehenden Tarifauseinandersetzungen in der Stahlindustrie wählen die Stahlarbeiter gegenwärtig den neuen Präsidenten ihrer Gewerkschaft USW. Mit Hilfe der alten gelben Gewerkschaftsführung unter W. Abel ist es den Stahlkapitalisten 1973 gelungen, den Stahlarbeitern ein Abkommen aufzuzwingen, das es ihnen praktisch unmöglich macht, um ihren Lohn mit Streik zu kämpfen. Im Schutz dessen konnten die Stahlkapitalisten massiven Lohnabbau betreiben, und von 400 000 Stahlarbeitern wurden 50 000 rausrationalisiert. In den gegenwärtigen Wahlen hat sich die breite Bewegung unter den Stahlarbeitern, die den Kampf für ihre Rechte und Interessen aufnehmen will, in der Unterstützung der Kandidatur von Eddie Sadlowski zusammengeschlossen. Sadlowski tritt für die Rückerkämpfung des Streikrechts ein, „um für die Produzenten des Reichtums der Nation einen gerechten Anteil am Reichtum zu erkämpfen". Man sieht, der Mann ist Reformist. Das ändert jedoch nichts daran, daß sich unter den von ihm vertretenen Forderungen und im Kampf gegen die alte gelbe Gewerkschaftsbürokratie eine klassenkämpferische Bewegung entwickelt. Ähnliches findet gegenwärtig in einer Reihe anderer großer Gewerkschaften statt. „Die Streiktätigkeit ist in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr explosionsartig gestiegen." An 5 600 Streiks nahmen 2,5 Millionen Arbeiter teil, die 38 Millionen Streiktage für die Kapitalisten Verlust gebracht haben, gegenüber 7 Millionen im Vorjahr, meldete die offizielle US-Statistik in diesen Tagen.

US-Vizepräsident Mondale auf Inspektionsreise

Imperialistische Achse USA – Japan – BRD

Im Wahlkampf für die US-Präsidentschaft trat Jimmy Carter mit der Ankündigung auf, er wolle die „Blöcke auflösen". Einige Wochen später, gleich bei Regierungsantritt, schickt er seinen Vizepräsidenten Mondale in fünf europäische Staaten und nach Japan, um den westlichen imperialistischen Block zu festigen und den Führungsanspruch der US-Supermacht beim Kampf um die Weltherrschaft zu stärken. Die rege Reisetätigkeit Mondales galt dem Zweck, unter Absteckung der gegensätzlichen Interessen eine gemeinsame Linie gegenüber dem Rivalen, der sozialimperialistischen Supermacht, festzulegen und eine gemeinsame Position gegenüber den Forderungen der Dritten Welt.

Die US-Imperialisten bereiten das inzwischen dritte Gipfeltreffen der „großen 7" – gemeint sind die USA, Japan, die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada – vor. Die Nord-Süd-Konferenz steht bevor. Die Staaten der Dritten Welt erheben mit Nachdruck ihre Forderungen gegen die imperialistische Ausplünderung ihrer nationalen Reichtümer, sie fordern die Anbindung der Rohstoffpreise an die Industriepreise und die Einrichtung eines von den Imperialisten bezahlten Rohstoffonds, über den sie sich höhere Einnahmen sichern wollen.

Das besondere Interesse der Mondale-Reise galt der Bundesrepublik und Japan. Sie sind die bedeutendsten Stützpunkte des US-Imperialismus im atlantischen und pazifischen Raum und zugleich seine größten Konkurrenten innerhalb des westlichen imperialistischen Lagers. Kumpanei und Rivalität kennzeichnen deshalb das Verhältnis der drei, Kumpanei vor allem gegenüber den Staaten der Dritten Welt, Rivalität um die Beute. Der Mondale-Besuch hat dieses Verhältnis erneut hell beleuchtet.

„Dabei wiederholte er (Mondale in Japan) seine . . . Ansicht über die Rolle der ‚starken Volkswirtschaften' USA, Japan und Bundesrepublik, die durch Ankurbelung ihrer eigenen Wirtschaften zur Expansion der Export-Nachfrage in den schwächeren Ländern wie etwa Italien, Großbritannien oder den Entwicklungsländern beitragen . . . sollten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.77) Der schlichte Sinn: Die drei imperialistischen Mächte planen, die imperialistische Expansion voranzutreiben, ihren Griff nach Rohstoffquellen zu verstärken und sich jeder Preiserhöhung entgegenzustellen. Das Mondale-Reiseprogramm, angepriesen als „Hilfe für die schwächeren Länder und Entwicklungsländer", entpuppt sich als massive Drohung.

Schon anläßlich der Erhöhung der Erdölpreise durch die OPEC-Staaten hatten vor allem Carter und Schmidt heftige Drohungen ausgestoßen und sich dabei darauf berufen, daß die Preiserhöhungen „einen Teil der westlichen Volkswirtschaften erneut ins Schleudern bringen" und „den zarten Keim eines Konjunkturaufschwunges ersticken" könnten. (Handelsblatt, 2.12.1976) Die Bedeutung der Rohstoffquellen, die größtenteils den Staaten der Dritten Welt gehören, für die imperialistischen Profitwirtschaften wird gerade am Beispiel des Erdöls, des wichtigsten Energieträgers, deutlich. Sein Anteil am Gesamtenergieverbrauch betrug 1973 in den USA 45 %, in der BRD 55 %, in Japan 74 %. Die Abhängigkeit von Erdölimporten, vor allem aus der Dritten Welt, hingegen ist äußerst scharf: In den USA beträgt die Eigenproduktion 1976 nur noch 2,6 % (1975 knapp 5 %), Japan ist zu 99 % vom Erdölimport abhängig und die Bundesrepublik zu 94 %.

Die Erhöhung der Erdölpreise trifft nicht nur die imperialistischen Ölkonzerne, sie trifft die Profitinteressen der Imperialisten allgemein, und zwar um so härter, als die kapitalistische Produktion in den USA ebenso wie in Japan und der BRD ins Stocken geraten ist und jede Verteuerung der Rohstoffe auf den Profit drückt.

Das Beispiel der OPEC-Staaten wirkt beflügelnd auf die Staaten der Dritten Welt, die Ausplünderung ihrer nationalen Reichtümer nicht hinzunehmen. So sorgt sich das „Handelsblatt" der westdeutschen Imperialisten für die Nord-Süd-Konferenz: „Im (Nord-Süd) ‚Dialog' sitzen der EG, den USA und sechs anderen Industriestaaten unter 19 Entwicklungsländern 7 Erdölstaaten gegenüber, die 78 Prozent der Ölexporte der OPEC repräsentieren und dort entsprechenden Einfluß haben." (2.11.76)

Die Fortschritte beim Zusammenschluß der Dritten Welt und die sozialimperialistische Konkurrenz machen es für die westlichen Imperialisten zwingend, sich zu einigen. Die Konkurrenz unter ihnen bleibt bestehen. Sie kann von den Staaten der Dritten Welt bei der Durchsetzung ihrer Forderungen genutzt werden. Man erinnere sich, daß Japan 1973, als die OPEC-Staaten die Erdölpreise erhöht und die Produktion und den Erdölexport gedrosselt hatten, sich ihrer Forderung nach „Unterstützung der arabischen Sache" beugten, um sich gegenüber den anderen imperialistischen Staaten Vorteile zu verschaffen.

Obwohl die Führungsrolle der Supermacht USA ebenso wie die Notwendigkeit des Bündnisses unbestritten ist, stoßen die Interessen der drei imperialistischen Mächte immer häufiger und heftiger zusammen.

Heftigen Streit gibt es zwischen den USA und der BRD um das Atomgeschäft mit Brasilien (siehe KVZ Nr. 2/77). Um zu verhindern, daß sich die BRD und andere imperialistische Staaten aufgrund ähnlicher Geschäfte und entsprechender Verträge in den beanspruchten Jagdgründen der USA breitmachen, verlangen die US-Imperialisten, daß „Urananreicherung und Wiederaufbereitung in internationalen, gemeinsam betriebenen und kontrollierten Anlagen unter Einschaltung der USA betrieben werden" (Stuttgarter Zeitung, 3.2.77). An der Ausbeutung fremder Arbeiterklassen und der Ausplünderung der Dritten Welt wollen sie auf jeden Fall federführend mitwirken. Um ihrem Verlangen Nachdruck zu verleihen, drohen sie mit Lieferstopp für Uran. Der BRD-Imperialismus ist noch unschlüssig, ob er den Kampf aufnimmt oder vorerst klein beigibt. Denn es droht ihnen im schlimmsten Fall nicht nur der Verlust dieses Geschäfts und der damit verbundenen Möglichkeiten der imperialistischen Durchdringung Brasiliens, es droht ebenso Verlust weiterer großer Geschäfte. Interesse an Kernreaktoren haben nämlich auch Argentinien, Venezuela und eine Reihe afrikanischer Staaten geäußert wie Ägypten, Libyen, Marokko, Nigeria, Zaire, außerdem das südafrikanische Siedlerregime. Die Konkurrenz ist hart, und Aussichten versprechen sich die USA, die BRD (Nigeria), Frankreich (Ägypten) und die Sowjetunion (Libyen).

Heftigen Streit gibt es auch zwischen Japan und den USA sowie zwischen Japan und den EG-Staaten, besonders der BRD. Die japanischen Konzerne treten auf dem Weltmarkt besonders aggressiv auf. „Die Gemeinschaft wirft Japan nicht grundlos Exportoffensiven, begleitet von Dumpingpraktiken und abgestützt durch restriktive Einfuhrregelungen für den Binnenmarkt, vor. In 1976 hat sich das EG-Handelsdefizit gegenüber Japan, gemessen am Stand des Vorjahres, von 2,3 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt", jammern die westdeutschen Imperialisten (Blick durch die Wirtschaft, 29.1.77). Auch die US-Imperialisten verspüren die heftige Konkurrenz. Ihr Handelsdefizit von 6 Milliarden Dollar rührt zum großen Teil aus der mit 5 Milliarden Dollar negativen Handelsbilanz mit Japan (1975: 1,3 Milliarden Dollar). Von den 10 größten Schiffswerften der Welt waren 1971 die ersten 6 japanische Konzerne. Ihr Anteil am Weltschiffbau stieg 1975 auf knapp 50 %, während der Anteil der BRD gerade 7,3 % betrug. Unter den 10 größten Stahlkonzernen waren 1954 4 japanisch, 2 US-amerikanisch und 2 westdeutsch (vgl. KVZ Nr. 45/1976). Grundlage des Aufstiegs des japanischen Imperialismus ist die Tatsache, daß die Löhne in Japan, aufgrund der Zerschlagung der Gewerkschaften, besonders niedrig sind und die Arbeitszeit besonders lang ist. „Die Lohnkosten je geleisteter Arbeitsstunde sind in Japan nur etwa halb so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland", stellt das Bourgeoisblatt „Frankfurter Allgemeine Zeitung" voll Neid fest (31.1.77). Dafür arbeitet der japanische Arbeiter im Monatsdurchschnitt, also abzüglich Urlaub, Krankheit usw., 163 Stunden, der westdeutsche nach denselben Angaben der FAZ 133 Stunden.

Das Bündnis der drei imperialistischen Mächte kann die Widersprüche unter ihnen nicht verdecken. Die US-Imperialisten planen deshalb, den „Eckpfeilern" ihrer imperialistischen Politik nicht nur einen Anteil an der Beute zu versprechen, sondern zugleich den Druck auf sie zu verstärken und die Zügel zu straffen: „Das Ziel der Regierung Carter wurde . . . immer deutlicher herausgearbeitet: eine bis in die nationale Budget-Politik reichende Feinabstimmung der Politik der drei wirtschaftlichen ‚Lokomotiven' des Weltwirtschaftssystems (Amerika, Japan und Bundesrepublik) mit laufender und wechselseitiger Überwachung, um notfalls Zusatzmaßnahmen ergreifen zu können." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.2.77) – (cs)

Italienische Revisionisten für „nicht geringe Kompression der Konsumquote"

Vor zwei Wochen haben die bürgerlichen Führer der italienischen Gewerkschaftsbewegung einen „Sozialpakt" mit dem Kapitalistenverband zwecks „Senkung der Arbeitskosten" geschlossen. Die Regierung hat den Verrat genutzt und ist gleich nachgestoßen. Binnen einer Woche war der „Pakt" in ein – Dekret verwandelt. Die Finanzbourgeoisie schreit nach mehr. Auf einem Treffen der die Regierung stützenden Parteien (vor allem Christdemokraten, Revisionisten und Sozialisten) wurde Andreotti „freie Hand . . . zur Einschränkung der Arbeitskosten und der Inflation gegeben" (Frankfurter Allgemeine, 5.2.76). Als nächstes sollen die Beiträge der Kapitalisten zur Sozialversicherung „fiskalisiert", das heißt, auf die steuerzahlenden Massen gewälzt werden.

Jetzt streiten sich die revisionistischen Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten herum, die nicht zugeben wollen, das durch den „Sozialpakt" die Arbeitskosten bereits um über 15 % gesenkt würden, wie die Klassenversöhnler behaupten.

Diese bieten in solcher Pose einen ungewohnten Anblick. Für gewöhnlich können es sich Leute, die die Arbeiterbewegung zu führen beanspruchen, nicht gut leisten, offen und unverblümt das Interesse der Bourgeoisie an der Steigerung des Mehrwerts auszusprechen. So haben auch die italienischen Revisionisten jahrelang ein „neues Entwicklungsmodell" gepredigt: mehr Arbeitsplätze durch mehr Investitionen und alles gestützt auf den Massenkonsum. Damit haben sie das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu zersetzen versucht. Im gleichen Tempo, wie die Revisionisten auf die Regierungssessel zusteuern, wird jetzt umgeschwenkt. Unter dem salbungsvollen Titel „Kohärenz und Strenge" hat Giorgio Amendola (Mitglied der Leitung der PCI, revisionistischer Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament) bereits vor einiger Zeit in einem Editorial der revisionistischen Wirtschaftszeitschrift verkündet, daß mehr Investitionen nötig sind.

> „Aber eine Erhöhung der Investionsquote erfordert ‚eine nicht geringe Kompression' der Konsumquote über die Senkung des privaten Verbrauchs und auch gewisser Zweige des öffentlichen Konsums und eine Erhöhung des Steuerdrucks." (Politica ed Economia 4/76, S. 4)

Solche Töne sind die Arbeiter normalerweise von Leuten wie Schleyer gewohnt, mit denen der Herr Amendola im übrigen die Herkunft teilt.

Um die Unverschämtheit dieser „Erfordernisse" richtig zu würdigen, muß man wissen, von welchem Niveau aus diese „nicht geringe" Lohnsenkung stattfinden soll. 1976 lagen die Löhne von 97,8 % der Industriearbeiter zwischen umgerechnet 782 und 965 DM im Monat; 53,4 % der Lohnabhängigen in den Krankenhäusern verdienten weniger als 600 DM, 41,7 % der Beschäftigten im mittelbaren öffentlichen Dienst (parastatali) weniger als 782 DM (nach einer Untersuchung des Corriere della Sera). In gewaltigen Streikkämpfen haben die italienischen Arbeiter im letzten Jahrzehnt einige Erhöhungen des Reallohns durchsetzen können, von einem *äußerst* niedrigen Niveau aus. In Preisen von 1970 stieg der durchschnittliche Stundenlohn von 1963 bis 1969 nur von 428 auf 515 Lire, seitdem bis April 1975 auf 875 Lire (1970 entsprachen 100 Lire 0,58 DM).

Im Rahmen der derzeitigen „Sparmaßnahmen" war zunächst eine Schließung der Metzgereien an einem Wochentag geplant, um den Fleischverbrauch der Arbeiterbevölkerung zu senken. Dies wurde fallengelassen, weil mit der Schließung an einem Wochen*tag* der Fleischverbrauch nicht zu senken wäre. Jetzt soll eine *Woche* im Monat dichtgemacht werden, um Millionen Arbeiter und Bauern zu hindern, wenigstens jedes Wochenende Fleisch zu essen.

Den durchgesetzten Lohnerhöhungen steht eine gewaltige Verschärfung



Mit wilder Reaktion geht die italienische Finanzbourgeoisie gegen die Volksbewegung vor. Vor einem faschistischen Parteibüro in Rom, aus dem auf demonstrierende Studenten geschossen worden worden war, eröffnete die Polizei das Feuer. Zwei Studenten wurden durch eine MPi-Salve schwer verletzt (Bild). Am Vortag hatten Faschisten eine Versammlung fortschrittlicher Studenten überfallen und einen lebensgefährlich verletzt.

der Intensität der Arbeit gegenüber. Seit 1968 hat die Zahl der Industriearbeiter um 5 % abgenommen. In der gleichen Zeit stieg der Umsatz um 210 %. Von den Arbeitsbedingungen legt das industrielle Schlachtbulletin der italienischen Bourgeoisie Zeugnis ab. Von 1.9 Millionen Beschäftigten in der Metallindustrie (einschl. Angestellte) hatten 1,6 Millionen 1972 einen Arbeitsunfall, in der Chemie- und Gummiindustrie hatte praktisch jeder Beschäftigte im Jahr mindestens einen Unfall. Täglich werden elf Arbeiter durch Unfälle getötet.

Der Herr Amendola bringt es fertig, die Senkung des Reallohns, die die Reproduktion der Arbeitskraft weiter zerrütten würde, von den Arbeitern als „Opfer für die Arbeiter" zu verlangen. Er fordert von ihnen

> „autonome und verantwortliche Entscheidung für Opfer, die von einer Anstrengung nationaler Mobilisierung verlangt werden. Opfer also, die von den Arbeitern für die Arbeiter gebracht werden." (ebenda, S. 8)

Sein Kumpan, der revisionistische „Wirtschaftsexperte" und Chefredakteur der zitierten Zeitschrift, Eugenio Peggio, deutet den Bourgeois derweil an, daß es sich bei den Opfern „*für* die Arbeiter" natürlich um Geflunker handelt:

> Die Höhe der italienischen Löhne schaffe „für ein Land wie das unsere, das in einen offenen Markt eingegliedert ist und mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz rechnen muß, Probleme, die in keiner Weise unterbewertet werden dürfen." (Peggio, La Crisi Economica Italiana, Mailand 1976, S. 55)

Die Arbeiter wehren sich gegen die „Kompression" ihrer notwendigen Lebensmittel. Leicht kann aus dem Ganzen eine gewaltige Kompression des schädlichen Einflusses der modernen Revisionisten in der italienischen Arbeiterbewegung herauskommen. – (ug)

Kämpfe der Arbeiter in Europa: Schweden, Dänemark, Norwegen

Wie in allen kapitalistischen Staaten ist in Schweden, Dänemark und Norwegen der Kapitalismus in eine schwere Krise geraten, die schwerste seit den zwanziger Jahren.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark beträgt 11 %, in Schweden sind es über 8,5 %, nämlich ca. 60 000, aber dazu muß man weitere mindestens 100 000 rechnen, die im Rahmen eines staatlichen „Hilfsprogramms" eine Art Arbeitsdienst verrichten müssen. Den Zusammenhang zwischen Rationalisierung und Kapitalexport zeigen sehr klar folgende Zahlen:

Zwischen 1965 und 1974 wurden 12 544 Industriearbeitsplätze wegrationalisiert und dafür in schwedischen Betrieben im Ausland rund 100 451 billige Arbeitskräfte ausgebeutet. So stiegen die Direktinvestitionen der schwedischen Imperialisten von 1955 bis 1973 allein in den Ländern der Dritten Welt von 62,5 Millionen Kronen auf 3,04 Milliarden, insgesamt stiegen ihre ausländischen Direktinvestitionen von 136.7 Millionen auf 13,5 Milliarden Kronen. Wie profitabel ihr Expansionskurs ist, zeigt die Tatsache, daß die Gewinne der schwedischen Kapitalisten von 1968 bis 1976 um 57 % gestiegen sind. Neben der Rationalisierung versuchen es die Kapitalisten mit Lohnraub, die Produktion zu verbilligen und damit ihre Profite zu erhöhen. Das betreiben sie auch in den skandinavischen Ländern in großem Stil. Und zwar mit dem direkten Raub über niedrige Tarifabschlüsse, und dem indirekten über Steuererhöhungen und Preissteigerungen. Ihr „Angebot" in der jetzigen Tarifrunde heißt: Lohnstopp – wenn es hoch kommt, einen Teuerungsausgleich von 2 %.

Wie sich der Lohnabbau über Steuer- und Preissteigerungen auswirkt, zeigt folgendes Beispiel:

Die schwedische Regierung senkt im Moment mit großem Pomp die beispiellos hohen Abgaben für Steuern und Sozialleistungen, um den wachsenden Unmut der Arbeiterklasse und des Volkes gegen diese Ausplünderung zu besänftigen. Gleichzeitig werden jedoch die Mehrwertsteuern, kommunalen Gebühren und Tarife bei Post und Bahn erhöht. Zusammen mit der Preissteigerung von 7 % führt das zu einem Verlust von über 2 000 Kronen jährlich in einem Durchschnittshaushalt:

Bruttolohn	**50 000**
Nettolohn	31 530
Steuersenkung	plus 2 050
Erhöhung kommunaler Gebühren	– 290
Erhöhung der Mehrwertsteuer	– 1 387
Preissteigerung	– 2 330
	29 523

Die Arbeiterklasse und das Volk in den skandinavischen Ländern haben mit großer Entschiedenheit den Kampf gegen diese Krisenpolitik aufgenommen. Einen ersten Höhepunkt erreichte der Widerstand Mitte des letzten Jahres, als in allen drei skandinavischen Ländern zwischen den bürgerlichen Parteien, dem Arbeitgeberverband und den Spitzenfunktionären der Gewerkschaftsverbände eine Art Stillhalteabkommen geschlossen wurde. Nehmen wir als Beispiel den sogenannten Augustvergleich in Dänemark. Da einigte sich das Parlament unter der Führung der sozialdemokratischen Regierungspartei auf eine maximale Lohnerhöhung von 6 % für die Perioden 1977/78 und 1978/79. Dieses Abkommen ist ein verstecktes Lohndiktat für den Tarifkampf, sozusagen eine staatliche Garantie für den geplanten Lohnabbau. Darüberhinaus bedeutet es praktisch Streikverbot, denn es kriminalisiert jede selbständige Bewegung gegen Lohnabbau. Schließlich hat die weitere Entwicklung gezeigt, daß die Bourgeoisie mit den 6 % maximal in Wahrheit totalen Lohnstopp meint. In neuester Zeit gibt es nämlich einen erbitterten Kampf um die Auslegung dieses Augustvergleiches. Da heißt es jetzt, daß die 6 % keine 6 %, sondern nur 2 % seien. Sie bringen dieses Rechenkunststück fertig, indem sie die jährlichen 6 % einfach auf die 3 Jahre der abgemachten Periode verteilen.

In allen drei skandinavischen Ländern hat die Arbeiterklasse mit Warnstreiks und Demonstrationen im Herbst letzten Jahres gegen Lohnraub und Rationalisierung protestiert. Allein in Stockholm versammelten sich 15 000.

Daß die Kämpfe nur in wenigen Fällen zum offenen Ausbruch kamen, verdankt die Bourgeoisie der Sozialdemokratie. Sie, selber maßgeblich an den Stillhalteabkommen beteiligt, lähmte jetzt die Protestbewegung, indem sie über ihre Kumpane in der Gewerkschaftsführung zu Arbeitsfrieden und Klassenversöhnung aufrief. Die Arbeiterklasse und das Volk lassen sich jedoch nicht von den Sozialdemokraten in Fesseln legen und sich durch das staatliche Lohndiktat zu wohlfeiler Ausbeutung für die Kapitalisten zwingen. Sie wollen für ihre Interessen kämpfen und sie tun es. Seit Ende des letzten Jahres gibt es eine starke selbständige Streikbewegung in Norwegen, Schweden und Dänemark, die sich entschlossen gegen alle Versuche wendet, die neueste schwerste Krise des Kapitalismus auf dem Rücken der Lohnabhängigen auszutragen.

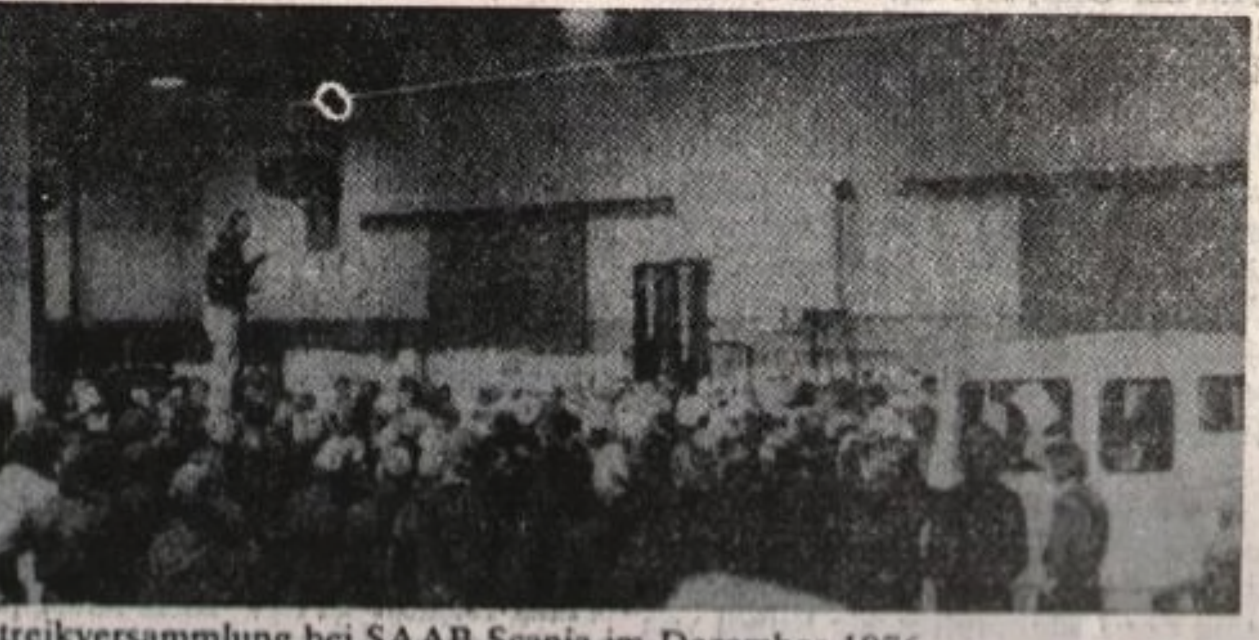


15 000 demonstrierten in Stockholm gegen die staatliche Lohnraubpolitik

Schweden. In Schweden zeigt sich die Krise des Kapitalismus am stärksten in den stahlproduzierenden und stahlverarbeitenden Betrieben. D.h., in der Hütten-, Werft- und Automobilindustrie. In den schwedischen Eisenhütten sollen ab März 8 000 von 55 000 Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden. Die Produktion des Exportstahls soll auf 3 große Betriebe und die Herstellung von Spezialstahl soll von bisher 24 Werken auf 8 Produktionsanlagen konzentriert werden, die jeweils nur eine bestimmte Produktengruppe herstellen. Daneben soll die Verlagerung einzelner Produkte auf andere Betriebe verstärkt werden. In der Werftindustrie stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Anfang 1976 beschloß der schwedische Staat, die Werftindustrie stärker zu subventionieren, um die Profite zu sichern. Er kaufte die Aktienmehrheit der Werft Götawerken für 800 Millionen Kronen. Der Werftindustrie insgesamt werden 17,5 Milliarden Kronen als Kredite zur Verfügung gestellt. Als Gegenleistung mußte sich die Werftindustrie verpflichten, die Zahl der Arbeitskräfte in angemessenen Zeitabständen zu reduzieren. 7 900 Arbeiter sollten innerhalb von drei Jahren, das ist ungefähr ein Drittel aller Beschäftigten in der schwedischen Werftindustrie, entlassen werden. Aber die Zahl erwies sich bei einer neuen Profitberechnung der Stahlkapitalisten als zu niedrig angesetzt. Seit Dezember letzten Jahres ist klar, daß mindestens 12 000 Arbeiter entlassen werden, davon vermutlich allein in Göteborg 9 000. Sehen wir uns die Lage am Beispiel von Kockums, der größten schwedischen Schiffswerft und der siebtgrößten Werft der Welt etwas näher an. Bei Kockums in Malmö sollen im Laufe dieses Jahres 1 000 Mann auf die Straße fliegen. Angeblich soll das mit „natürlichem Abgang" erreicht werden. Aber die Arbeiter glauben das nicht. Einer sagte, ich kann das nicht natürlichen Abgang nennen, wenn z.B. das Unternehmen Arbeiter an so schlechte andere Arbeitsplätze versetzt, daß sie freiwillig gehen. Gleichzeitig mit den Entlassungen werden die Arbeitsbedingungen verschärft. „Kockums zieht die Daumenschrauben an" heißt es unter den Arbeitern. Strenge Überwachung der Essenspausen, vor allem aber auch Lohnabbau. Dies erreichte die Betriebsleitung von Kockums unter anderem dadurch, daß das Zeitlohnsystem eingeführt wurde.

Seit 1971 kämpfen viele Arbeiter der schwedischen Werftindustrie für die Abschaffung des Akkordlohnsystems. Ohne Erfolg. 2 Jahre später aber war die Betriebsleitung von Kockums plötzlich bereit, auf die Forderungen einzugehen. „Eines Morgens las ich in der Zeitung, daß wir jetzt Monatslohn bekommen sollten", berichtet ein Arbeiter, „das kam mir verdächtig vor".

Sein Verdacht erwies sich als berechtigt. Der neue Lohn besteht aus zwei Teilen, einem nach der Schwierigkeit der Arbeit, und einem nach der Leistung bemessenen Teil. Der Leistungslohn ist nach drei Faktoren berechnet: Berufserfahrung, Dienstalter und Geschicklichkeit. Der Grad der Geschicklichkeit wird jedoch von Abteilungsleitern bestimmt, und die legen ihn fest wie sie wollen. Und der Durchschnittswert der Schwierigkeit der Arbeit ist so hoch angesetzt, daß zur Erhaltung des Lohnniveaus die gleiche Arbeitshetze nötig ist wie beim Akkordsystem. Die Einführung des Monatslohns brachte direkten Lohnabbau und die Fesselung der Kampfkraft der Arbeiter mit sich. Bei rund einem Drittel der Arbeiter von Kockums wurde der Lohn eingefroren, d.h., sie waren für eine bestimmte Frist von allen Lohnerhöhungen ausgenommen. So bekamen z.B. im November letzten Jahres nur 2/3 der Beschäftigten von Kockums einen Zuschlag von 125 Kronen. Die Arbeiter von Kockums lassen sich die neuen Entlassungen und den Lohnraub nicht bieten. Spätestens im März wird gestreikt werden, das steht für viele schon jetzt fest.



Streikversammlung bei SAAB Scania im Dezember 1976

In der Automobilindustrie wird bereits seit einiger Zeit gestreikt. Saab Scania in Oskarshamn stellt Motorhauben für Lastwagen her. Die Löhne der Arbeiter sind niedriger als in anderen Betrieben von Saab. Im Herbst 1976 gab es drei Streiks für Lohnerhöhungen. Anfang Dezember wurde erneut gestreikt, und zwar gegen die Verzögerung der Tarifverhandlungen und für eine Lohnerhöhung von 10 Kronen in der Stunde für alle gleich.

Dänemark. In Dänemark spitzten sich die Lohnkämpfe im letzten Jahr in der Maschinenfabrik BGW und in der Königlichen Porzellanwarenfabrik Kopenhagen zu. In beiden Betrieben geht es um Lohnerhöhungen, bei BGW zusätzlich um Arbeitszeitverkürzung. Mit großer Mehrheit treten die Arbeiter für die 35-Stunden-Woche ein, allerdings Arbeitslosigkeit beseitigt, bzw. weitere Entlassungen damit verhindert werden können.

Anfang Januar dieses Jahres traten die Angestellten der dänischen Kindergärten in den Streik. Sie fordern Lohnerhöhungen für die Praktikanten, d.h. die Erhöhung von bisher 14 Kronen auf 30 Kronen in der Stunde, was dem Lohn des übrigen ungelernten Personals im öffentlichen Dienst entspricht. An dem Streik beteiligten sich 500 Beschäftigte aktiv. Viele andere unterstützten ihn mit Solidaritätsadressen und Spenden. Die Bewegung wurde nach 4 Wochen vorläufig dadurch gespalten, daß das Arbeitsgericht den Streik für ungesetzlich erklärte.



Ein neuer, sehr heftiger Arbeitskampf ist jetzt in einem der größten der 3 Betriebe Dänemarks ausgebrochen, der Tageszeitung „Bersingske Tidende". Auch in der Druckindustrie soll billiger produziert werden, um die gefährdeten Profite zu sichern. Die Druckkapitalisten versuchen das vor allem mit der Einführung der neuen Fotosatztechnik, die die Setzer überflüssig macht. Unter allen Druckern der westeuropäischen imperialistischen Länder entwickelt sich der Kampf gegen die damit verbundene Rationalisierung. Die dänischen Arbeiter griffen, als nach und nach die ersten 300 Setzer entlassen wurden, zum Mittel der Obstruktion. Sie veränderten Seitenzahlen und Auflagenhöhen, verzögerten die Auslieferung und ließen die 4 Blätter des Verlags mit immer mehr weißen Flecken erscheinen. Sie verhinderten damit den Druck von Anzeigen nach der neuen Fotosatztechnik. Als die Druckkapitalisten sahen, daß ihre Rationalisierungspläne von den Arbeitern durchschaut worden waren, legten sie die Karten auf den Tisch. Am 1. Februar wurden 1 000 Setzer, Metteure, Drucker, Elektriker und Packer auf einen Schlag entlassen. Die Produktion wurde auf unbestimmte Zeit gestoppt, weil abzusehen war, daß die verbliebene Belegschaft für die Wiedereinstellung der Kollegen in den Streik treten und neue Arbeitskräfte sich so schnell nicht finden lassen. Die Druckkapitalisten haben sich mit diesem Angriff auf die Arbeiterklasse verhaßt gemacht.

Norwegen. Mit größter Entschiedenheit hat die norwegische Arbeiterklasse den Kampf gegen Lohnabbau und Rationalisierung aufgenommen. (Vgl. KVZ 5/77, S. 12) Der Streik der Schauerleute im Hafen von Oslo, der am 6.1. begann, dauert immer noch an. Das Arbeitsgericht hat ihn für ungesetzlich erklärt, aber die Schauerleute haben die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Weder durch die Richter noch durch täglich härter werdende Angriffe durch die Polizei lassen sich die Arbeiter von ihrem Widerstand gegen ein neues Lohnsystem abbringen, das für sie Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf ganzer Linie bedeutet. Der Kampf findet breite Unterstützung, nicht nur unter den norwegischen Arbeitern, sondern auch in anderen Teilen der Bevölkerung. Nach den Hafenarbeitern boykottieren jetzt die schwedischen Schauerleute das Löschen von umdirigierten Schiffen nach Oslo, und auf einer Solidaritätsveranstaltung sammelten die Studenten der Universität Oslo fast 50 000 Kronen (ca. 30 000 DM) für die Unterstützung des Streiks der Hafenarbeiter.

Das vorläufig neueste Beispiel der starken Bewegung der norwegischen Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Krisenpolitik und ihre Unterstützung durch die Sozialdemokratie ist der Streik von 1850 Arbeitern in der Aluminiumfabrik Karmöy. Seit dem 1.1. kämpft die Belegschaft gegen ein Lohnangebot von seiten der Kapitalisten, das nur knapp 1 % Lohnerhöhung bringen würde. Gleichzeitig richtet sich auch dieser Kampf gegen die sozialdemokratische Predigt der Klassenversöhnung. Die Fesseln werden abgeworfen, der Kampf entfaltet. – (ar, GUV Kiel)

Finnland. Scheitern der Verhandlungen über die Verlängerung des „Sozialvertrags". Nach zwei Monaten Verhandlungen, in denen die reformistischen Gewerkschaftsführer den Kapitalisten denkbar weit entgegengekommen sind, mußten die Verhandlungen über eine Weiterführung des seit einem Jahr bestehenden „Sozialvertrags" zur Senkung der Löhne schließlich abgebrochen werden. Die Kapitalisten bestanden auf einer völligen „Einfrierung" der Löhne für zwei Jahre, also Lohnabbau in der Höhe der Teuerung (die nach offiziellen Zahlen 1976 allein knapp 15 Prozent betrug). So weit konnten die Reformisten nicht gehen. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhung und Senkung des Rentenalters. „Eine Verschlechterung des sozialen Klimas" fürchten nun die bürgerlichen Zeitungen.

Niederlande. Eine wuchtige Streikbewegung hat begonnen. Am 7. Februar wurden mit der Taktik der Überraschungs- und Schwerpunkt-Streiks in etwa 100 Betrieben im ganzen Land weite Teile der Überseehäfen, der Industrie sowie der Bauwirtschaft stillgelegt. Die Gewerkschaften sprechen von einem „sozialen Krieg". Es geht darum, den Plan der Kapitalisten zunichte zu machen, die die seit sieben Jahren existierenden Preis-Anpassungsklauseln in den Tarifverträgen kassieren wollen. Durch diese Klauseln haben die niederländischen Arbeiter erreicht, daß die jeweils ausgehandelten Lohnerhöhungen voll ausgezahlt werden mußten. Nach einem halben Jahr mußte nämlich jeweils zusätzlich ein Inflationsausgleich durch die Kapitalisten automatisch gezahlt werden. Diese Regelung wollen sie nun unbedingt zu Fall bringen. Die Gewerkschaften haben deshalb die Streikaktionen zeitlich unbegrenzt festgelegt, um klarzumachen, daß kein Kompromiß möglich ist.

Frankreich. Kämpfe gegen Lohnabbau und Massenentlassungen und für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die jeweils vierundzwanzigstündigen Generalstreiks der Eisenbahner, der Postler, der Bergarbeiter, der Beschäftigten der Nahverkehrsbetriebe und Luftfahrtgesellschaften, der Lehrer und anderer Beschäftigter in öffentlichen Diensten sowie der Gas- und Elektrizitätsarbeiter vom 26. Januar bis 1. Februar wurden fast durchweg breit befolgt. In Paris demonstrierten 80 000, in 22 weiteren Städten Frankreichs ebenfalls Zehntausende. Damit wurde die entschlossene Ablehnung des „Barre-Plans" demonstriert, der vom Staat kontrollierten weiteren Lohnabbau und damit einen Angriff auf das Tarifvertrags- und Streikrecht vorsieht. Für Februar haben die Gewerkschaften weitere einheitliche Aktionen in ganz Frankreich geplant, in denen auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, danach auf 35 Stunden sowie die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre gefordert wird. Ein neuer großer Konflikt bahnt sich in der Stahlindustrie an. Nach Plänen der Regierung sollen fast 20 000 Arbeiter in den kommenden Jahren entlassen werden. In Lothringen soll am 11. Februar mit dem Streik begonnen werden als Beginn „eines harten und entschlossenen Kampfes, der bis zur Besetzung der betreffenden Stahlbetriebe führen könnte". (So die Gewerkschaft CFDT nach: Le Monde, 3. Februar 1977)

Großbritannien. Massenhinrichtung von Rentnern durch Kältetod. Bereits im letzten Jahr hat es in Großbritannien Skandal gemacht, als durch gehäufte Pressenachrichten schließlich ans Licht kam, daß pro Winter etwa 40 000 Rentner direkt oder indirekt den Tod durch Erfrieren sterben müssen, weil ihre Elendsrenten nach einem langen Arbeitsleben nicht ausreichen, um sich Kohle, Öl oder Strom zum Heizen zu kaufen. Sie sterben an Lungenentzündung, Nieren- oder Blasenentzündung und ähnlichen Leiden, verbunden mit allgemeiner Erschöpfung. Am brutalsten gingen bisher die staatlichen Gas- und Elektrizitätswerke vor: Sie stellten sofort die Zufuhr ab, wenn auch nur eine Rechnung nicht bezahlt wurde, und ließen die Leute erfrieren. Wegen anhaltender Proteste mußte die Regierung jetzt zugestehen, daß das in Zukunft nicht mehr möglich sein soll. Trotzdem wird in der Presse allgemein angenommen, daß – wegen des wachsenden Massenelends unter der Arbeiterklasse – in diesem Winter wenigstens 80 000 Rentner direkt oder indirekt den Tod durch Erfrieren erleiden müssen. Die britische Arbeiterklasse kämpft gegenwärtig erbittert um eine Senkung des Rentenalters, um nicht restlos abgearbeitet und erschöpft ihren Lebensabend verbringen zu müssen. Sie kämpft gegen den Lohnabbau, der noch grenzenloseres Rentnerelend hervorbringen muß. Sie wird der herrschenden Klasse ihre Verbrechen niemals verzeihen.

Der Zusammenschluß der OPEC hat die imperialistische Weltordnung erschüttert

„Langfristig am bedrohlichsten ist in den Augen der neuen (Carter-) Administration der Nord-Süd-Konflikt, bei dessen Entschärfung Amerika eine entscheidende Rolle spielen will." (Die Welt, 1.2.77)

„An der Schwelle des Jahres 1977 steht neben vielen anderen Problemen das Öl an erster Stelle." (Welt der Arbeit, 9.1.77)

„Der britische Premierminister Callaghan hat unlängst in Gesprächen mit Walter Mondale durchblicken lassen, er rechne für 1978 und später mit einer neuen scharfen Rezession in mehreren westlichen Ländern." (Die Welt, 1.2.77)

In einer fieberhaften Folge von internationalen Konferenzen und Beratungen versuchen die bürgerlichen Politiker gegenwärtig, die schweren Erschütterungen der auf Ausbeutung und Raub gegründeten imperialistischen Weltordnung, die den faulenden Kapitalismus allein noch am Leben erhält, neu zu kitten. Entscheidend ist dabei für sie, daß sie ihr koloniales und neokoloniales System der Rohstoffversorgung aufrechterhalten können. Dafür wiederum ist entscheidend, daß es gelingt, die OPEC, den Zusammenschluß der Erdöl exportierenden Länder der Dritten Welt, zu zerbrechen, die einer der Stoßkeile im Kampf der Dritten Welt für ihre Wirtschaftsforderungen ist. Mindestens aber soll es gelingen, die OPEC-Staaten zu isolieren mit der Behauptung, die Preiserhöhungen für Rohöl träfen vor allem die „Ärmsten der Armen". Um jeden Preis wollen die Imperialisten erreichen, daß das Rohöl weiterhin, wie gegenwärtig noch der Fall, weiter unter seinem Marktpreis von den ölproduzierenden Ländern der Dritten Welt abgegeben werden muß.

Die Tatsache, daß die OPEC-Staaten sich auf der Konferenz in Doha im Dezember erstmals nicht auf eine einheitliche Preiserhöhung einigen konnten, sondern Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – statt der beschlossenen zehnprozentigen Erhöhung zum 1. Januar und fünfprozentigen Erhöhung zum 1. Juli 1977 – am 1. Januar nur zu einer Erhöhung der Rohölpreise um 5 Prozent bereit waren und in der Folge ihre Ölexporte zu diesem niedrigeren Preis gesteigert haben, diese Tatsache hat die Imperialisten in freudige Erwartung versetzt und ihrer Demagogie einigen Spielraum eröffnet.

Untersuchen wir erneut die Tatsachen. Was begründet den Zusammenschluß der Staaten der OPEC, und kann dieser Zusammenschluß gegenüber den Imperialisten halten oder muß er an inneren Widersprüchen zerbrechen?

brechen?

Zusammenschluß der OPEC-Staaten im Kampf gegen Kolonialismus und Neo-Kolonialismus

In der OPEC haben sich Algerien, Abu Dhabi, Ekuador, Gabun, Iran, Irak, Indonesien, Kuweit, Libyen, Quatar, Nigeria, Saudi-Arabien und Venezuela zusammengeschlossen, insgesamt dreizehn Staaten Afrikas, Arabiens und Lateinamerikas. Fast alle diese Staaten waren bis nach dem Zweiten Weltkrieg Kolonien und wurden auch nach Erringung der Unabhängigkeit weiterhin vom Imperialismus unterdrückt, ausgeraubt und in ihrer Entwicklung behindert. Dadurch, daß sie Staaten der Dritten Welt sind, ist ihr Zusammenschluß in der OPEC zuallererst begründet.

Die OPEC wurde nur möglich durch den weltweiten antikolonialen Kampf der Völker. Ein entscheidender Abschnitt darin war der bewaffnete Kampf des algerischen Volkes gegen den französischen Kolonialismus und die Erringung der Unabhängigkeit 1962.

Die OPEC entstand 1960 als Zusammenschluß von Iran, Venezuela, Saudi-Arabien, Kuweit und Irak. 1961 stießen Quatar, 1962 Libyen und Indonesien dazu. Der direkte Anlaß war die Senkung des „Listenpreises" des Rohöls (nach dem sich die Abgaben der Ölkonzerne an die Regierungen berechneten) 1959 und 1960 jeweils um 18 Prozent. Die ersten Forderungen der OPEC richteten sich gegen diesen Preisverfall und auf eine einheitliche Besteuerung dieses zu Listenpreis gerechneten Rohöls um 55 Prozent.

Der „Listenpreis" des Rohöls entsprach ungefähr bis 1970 in etwa dem Produktionspreis für Öl und den Frachtkosten. Wegen der günstigen natürlichen Bedingungen und den niedrigen Löhnen für die einheimischen Arbeiter war dieser Listenpreis extrem niedrig, besonders für das arabische Öl. Er lag um das Zigfache unter dem Marktpreis, zu dem das Erdöl tatsächlich verkauft wurde. Zum Beispiel betrugen die Produktionskosten in Saudi-Arabien in den 50er Jahren nur etwa ein Dreizehntel der entsprechenden Kosten in den USA selbst. Der tatsächliche Marktpreis wiederum lag zum Beispiel 1948 um das Zehnfache über dem durchschnittlichen Produktionspreis. Daraus zogen zum einen die Ölkonzerne ihren riesigen Monopolprofit, zum anderen zogen die imperialistischen Staaten daraus eine noch gewaltigere Ölsteuer, gewissermaßen als den Anteil, der ihnen für die Unterdrückung dieser ausgeplünderten Völker zustand.

Ökonomisch gesehen handelte es sich außer dem Profit, der aus der Ausbeutung der Erdölarbeiter gezogen wurde, um die Aneignung der Grundrente, das heißt des Gewinns, der aus dem Besitz an einem natürlichen Reichtum wie dem Öl resultiert und der sich berechnet aus der Differenz zwischen dem Produktionspreis (hier des Öls, der sehr niedrig liegt) und dem Marktpreis anderer Produkte, die an die Stelle des Öls treten können.

Praktisch waren die Ölquellen der Länder der Dritten Welt noch Kolonialbesitz, als die Länder selbst die formelle Unabhängigkeit schon errungen hatten. Es war Algerien, dessen Volk sich seine Unabhängigkeit vom französischen Kolonialismus in einem langandauernden bewaffneten Befreiungskrieg erkämpft hatte, das 1967 (damals noch nicht Mitglied der OPEC) nach der zionistischen Aggression im „Sieben-Tage-Krieg" sich die Kontrolle über die ausländischen Ölgesellschaften sicherte und erstmals einen amerikanischen Ölkonzern zu 51 Prozent nationalisierte. Das war ein bewußter revolutionärer Akt gegenüber dem US-Imperialismus. 1970 nationalisierte Algerien vollständig die US-Besitzungen im Land. Mit den französischen Gesellschaften wurden 1971 Verträge über eine 51-prozentige Beteiligung abgeschlossen.

1969 war Algerien der OPEC beigetreten. 1970 setzten die OPEC-Länder durch ihr geschlossenes Auftreten erstmals eine Anhebung der Listenpreise und die langjährige Forderung nach einer 55-prozentigen einheitlichen Steuerabgabe an die jeweiligen Staaten durch. In allen Staaten wurde der Kampf um die Nationalisierung der Ölquellen aufgenommen.

Erdöl als Waffe gegen die imperialistische Aggression

Den entscheidenden Schlag aber führten die arabischen Staaten nach der neuen imperialistischen Aggression im Oktoberkrieg, als die Supermächte die Zionisten vor einer entscheidenden Niederlage bewahrten und dadurch anstachelten, in ihrer Aggression noch weiter fortzufahren. Das Öl wurde als Waffe eingesetzt. Am 16. Oktober 1973 verkündete die OPEC erstmals einseitig eine Preiserhöhung für Rohöl. Und am selben Tag verkündeten die Außenminister der arabischen Mitgliedsstaaten ihren Beschluß, die Ölproduktion Monat für Monat um 5 Prozenn zu drosseln, „bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich die israelischen Truppen von allen seit dem Krieg im Juni 1967 besetzt gehaltenen Territorien zurückgezogen haben und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes wiederhergestellt sind". Während alle Staaten, die der israelischen Agression entgegentraten, von der Maßnahme ausgenommen wurden, wurden die USA, Japan und die westeuropäischen Imperialisten mit einem Embargo belegt, wenn sie nicht bereit waren, ihre Unterstützung für Israel einzustellen. „Die Arabischen Minister appellieren an alle Völker der Welt, und besonders an das amerikanische Volk, die arabische Nation in ihre Kampf gegen Imperialismus und die israelische Okkupation zu unterstützen." (Entschließung der arabischen Ölminister in Kuweit am 17. Oktober 1973, in: Arabic Oil & Gas Directory, Beirut 1974, S. 423)

Die Regierung Saudi-Arabiens beschloß am 18. Oktober, ihre Produktion um 10 Prozent zu reduzieren und erklärte: „Wenn die Bemühungen (die US-Regierung zu einer Änderung ihres Standpunktes zu bewegen), ohne greifbare Resultate bleiben sollten, wird das Königreich alle Ölexporte in die Vereinigten Staaten stoppen." (ebenda)

Zur Jahreswende 1973/74 verkündeten die OPEC-Staaten ohne Übereinkunft mit den Ölkonzernen die Anhebung des Listenpreises für Rohöl von 2,75 Dollar pro Barrel (1 Barrel ist gleich 159 Liter) auf 11,65 Dollar im Januar 1974. Das war ein entscheidender Schritt zur Übernahme der Kontrolle über ihre Ölvorkommen. Gleichzeitig verstärkten sie den Kaüpf füP ·der Schlüsselbereiche der Produktionsanlagen in nationalen Besitz.

Mit der Einleitung der Nationalisierung der Aramco durch Saudi-Arabien Ende 1974 hatten die Staaten der OPEC im wesentlichen die tatsächliche Kontrolle über die Preisfestsetzung, die Förder- und Exportquote und die Erdölquellen selbst errungen und die entsprechenden kolonialen Rechte der Ölmonopole gebrochen. Schritt für Schritt wurden auch die Raffinerien, die Transport- und Pipelineanlagen, die Lager und die Vertriebsnetze im Land von den imperialistischen Konzernen ganz oder teilweise übernommen oder wurden aus eigener Kraft aufgebaut und entwickelt. Auch das Frachtmonopol wird durch den Aufbau eigener Tankerflotten angegangen. Dadurch setzen sich die unterdrückten Länder in die Lage, überhaupt ohne die imperialistischen Ölgesellschaften und Reedereien selbständig Handelsverbindungen einzugehen.



Eröffnungsansprache des algerischen Präsidenten Boumedienn auf der ersten Gipfelkonferenz der OPEC-Staaten 1975 in Algier. Die Konferenz verabschiedete eine „feierliche Deklaration", in der *„die Souveräne und Staatsoberhäupter der OPEC die Solidarität bekräftigen, die ihre Länder und Völker bei der Aufrechterhaltung ihrer Rechte und Interessen eint. Sie proklamieren aufs neue die souveränen und unveräußerlichen Rechte ihrer Länder auf Eigentum, Ausbeutung und Erschließung ihrer natürlichen Ressourcen. Sie verwerfen jede Idee und jeden Versuch, diese fundamentalen Rechte in Frage zu stellen."*

Die reformistische Legende von der Allmacht der „Multis"

Revisionisten und Opportunisten, aber ebenso auch bürgerliche Journalisten wie die vom „Spiegel" ergänzen ihre Tiraden über die prassenden Scheichs gerne mit Ölgemälden über die Allmacht der „Öl-Multis" und die Vergeblichkeit des Kampfes der erdölproduzierenden Länder.

„Als die Araber am 17. Oktober 1973 losschlugen, war die Festung Amerika für eine kurze, hektische Nacht erschüttert. In dieser einen Nacht brannte im 23. Stockwerk der Exxon-Zitadelle an New Yorks Avenue of the Americas, dort wo die Computer stehen, das Licht bis in den frühen Morgen. Doch als um acht Uhr John Kenneth Jamieson, damals Exxons erster Mann, aus seinem Dienst-Cadillac kletterte und ins 52. Stockwerk fuhr, waren die Kraft und die Herrlichkeit Exxons . . . nicht mehr in Frage gestellt." (Der Spiegel 1–2/76)

Im Gegenteil, lautet die Behauptung, die Revisionisten vertreten sie am eifrigsten,

„die Heraufsetzung der Erdölpreise (schadete) den Erdölmonopolen mitnichten, sie steigerten sogar ihre Einkünfte erheblich". (So ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in der Zeitschrift „Neue Zeit" 3/77)

Die Behauptung von der Allmacht der „Multis" dient gerade in diesem Fall, der den Reformisten und Revisionisten als Paradebeispiel schlechthin gilt, nur dazu, über den wirklichen Vorgang Nebel zu breiten und den unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem Kampf der unterdrückten Völker um ihre staatliche Unabhängigkeit und nationale Souveränität einerseits, den imperialistischen Staaten andererseits abzustumpfen.

Es hat einen entscheidenden Angriff auf die weiter existierenden kolonialen Eigentumsrechte der Imperialisten bedeutet, als die Länder der OPEC einheitlich den Ölpreis um das Vierfache anhoben und dadurch Anspruch auf mindestens einen Teil der Grundrente auf ihren nationalen Besitz erhoben. Sie erhoben damit die Fahne der nationalen Souveränität, und das nicht als eine bloße Proklamation, sondern im direkten Angriff auf die Ausbeuterrechte der Imperialisten.

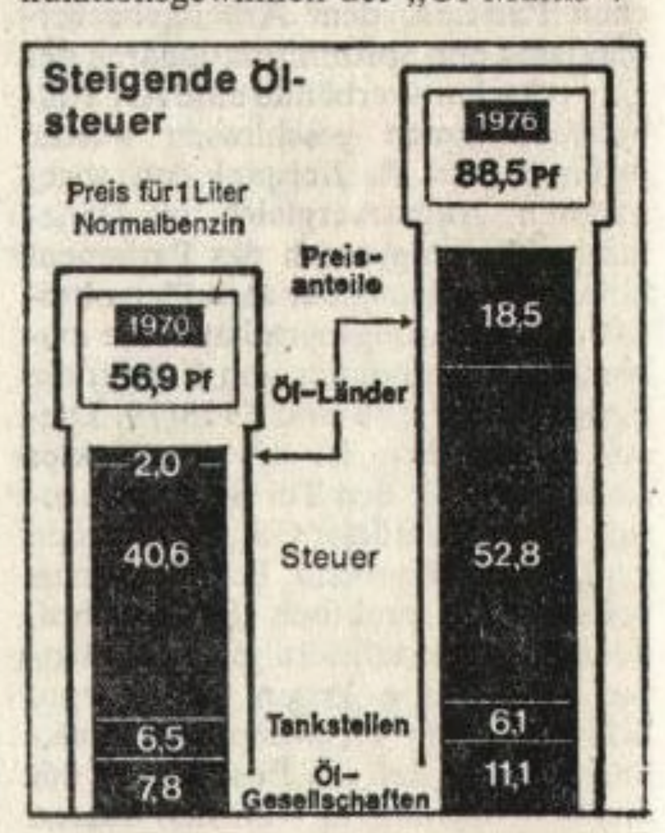
Wie reagierten demgegenüber die Imperialisten in der berühmten „Ölkrise" im Herbst 1973? Doch nicht in erster Linie durch gelassene Umdispositionen **von Erdöltankern mittels** Computern und überlegener Nachrichtentechnik, wie der „Spiegel" weismachen will. Sondern mit der hektischen Mobilisierung der US-Flotten und der Luftlandetruppen der NATO, mit entsprechenden Maßnahmen der Sozialimperialisten auf der anderen Seite!

Der Kampf um den Ölpreis ist ein Kampf um die nationale Souveränität

Die Frage stand, ob die Imperialisten es wagen würden, ihre kolonialen Eigentumsrechte an den Ölquellen bewaffnet geltend zu machen oder nicht. Darüber liefen die Konferenzen „in der Nacht, als die Araber losschlugen". Die Bewegungen der Tanker waren schon mehr eine Frage der Kriegsführung, die Spekulationsgewinne der „Ölmultis" Kriegsgewinnlerei.

Die US-Imperialisten wagten es schließlich nicht, zu intervenieren, weil sie in Vietnam, Laos und Kambodscha bereits dem bewaffneten Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegenüberstanden und einer großen historischen Niederlage entgegengingen. Ebenso zogen ihre Verbündeten nicht mit, weil die Einheit der arabischen Staaten und der OPEC-Staaten sie militärisch, politisch und wirtschaftlich vor völlig unwägbare Risiken stellte. Frankreich zum Beispiel zeigte keine große Neigung, etwa wieder nach Algerien übersetzen zu müssen, wo es bereits einmal durch den bewaffneten Kampf des Volkes besiegt worden war. So setzten sich Japan und die EG-Staaten hastig ab, und die Imperialisten lagen sich gegenseitig in den Haaren.

Was war nun tatsächlich mit den Spekulationsgewinnen der „Öl-Multis"?



Das Schaubild zeigt, daß allerdings die wirklichen Preissteigerungen für Ölprodukte, hier Normalbenzin, viel höher waren als die von den OPEC-Ländern durchgesetzten Preiserhöhungen von vorher 2 Pfennig pro Liter auf 18,5 Pfennig, das heißt um 16,5 Pfennig. Die tatsächliche Preissteigerung betrug stattdessen 31,6 Pfennige, also 15,1 Pfennige mehr, fast das Doppelte. Wer aber strich in der Hauptsache den angeblichen „Spekulationsgewinn der Multis" ein? Von diesen 15,1 Pfennigen nimmt bereits der bürgerliche Staat über Mineralöl- und Mehrwert-

Sowjetunion: „Unter Brüdern" gleich 126 % Preissteigerung!

„Auf echt demokratischen Prinzipien, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Hilfe geht die Zusammenarbeit zwischen den dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) angehörenden sozialistischen Länder vor sich", flötet die sowjetische Monopolbourgeoisie (Erklärung der sowjetischen Regierung vom 4.10.1976). In Wirklichkeit nutzt sie ihre mit Bajonetten erzwungene Monopolstellung zur rigorosen neokolonialen Ausplünderung der „Kunden". Die Statistik der UdSSR weist für 1971–75 einen Erdölexport von 576,8 Millionen Tonnen aus. Davon geht der größte Teil, nämlich 302,9 Millionen Tonnen, in die RGW-Länder. Diese müssen im Rahmen der von den Sozialimperialisten aufgezwungenen „internationalen Arbeitsteilung" Maschinen und Ausrüstungsgüter unter dem Weltmarktpreis an die sowjetische Monopolbourgeoisie zu liefern und von dieser das Rohöl zu Monopolpreisen zu beziehen. Seit dem Jahreswechsel müssen zum Beispiel die Ungarn 22,5 Prozent mehr für ihre Ölimporte aus der Sowjetunion zahlen. Nach einer Untersuchung des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" sind die Preise für sowjetisches Erdöl gegenüber den RGW-Staaten bis 1974 fast konstant gewesen. Vereinbart war bis dahin eine Neufestsetzung der Rohstoffpreise alle fünf Jahre. Die Preiserhöhung durch die OPEC-Länder 1975 nutzten die Sozialimperialisten jedoch sofort, um eine durchschnittliche Preissteigerung von 90 Prozent zu erzwingen, Polen mußte sogar 126 Prozent mehr blechen. Bei der DDR und der Tschechoslowakei erhöhten die Blutsauger „bloß" um 50 Prozent, weil sie von diesen wichtige Anlagegüter beziehen, deren Produktion noch wildere Preissteigerungen gefährdet hätten. Durch diese Preiserhöhungen strich die Sowjetunion allein 1975 einen Zusatzprofit von 2,3 Milliarden Rubel ein. (Hsinhua, 24.1.77). „Zwar hätten auch die übrigen RGW-Länder für ihre Lieferungen an die Sowjetunion, etwa bei Maschinen und Ausrüstungen, Preisaufschläge vorgenommen, doch bei weitem nicht in diesem Ausmaß", erklärte ein ungarischer Regierungsbeamter (Stuttgarter Zeitung, 22.1.77)

Die Tatsache, daß die Sowjetunion scheinbar unter dem Weltmarktpreis Rohöl an die RGW-Staaten liefert, führen sie selber und ihre revisionistischen Vasallen gern als Beweis für ihre „brüderliche" Gesinnung an, dabei holen sie jedoch dadurch, daß sie den ganzen Gegenhandel der RGW-Staaten monopolisieren, vor allem in Anlagegüter und Maschinen, doppelt und dreifache Profite heraus. So importierten sie zum Beispiel 1971 bis 1975 für 1,3 Milliarden Rubel Landmaschinen und fast 2 Milliarden Rubel Schiffe aus den RGW-Ländern (Außenhandel der UdSSR 12/1976).

Um die Abhängigkeit von den Energiestoffen zu sichern, haben die Sozialimperialisten dafür gesorgt, daß die von ihnen in neokolonialer Abhängigkeit gehaltenen Staaten die Nutzung ihrer einheimischen Kohlevorräte und Ölvorkommen nicht betreiben. Die Kohle- und Erdölförderung in allen RGW-Ländern (ohne Sowjetunion) stieg seit 1970 nur noch um durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr, während der Verbrauch um 3,6 Prozent in jedem Jahr zunahm. Nur Rumänien hat sich durch eigene Förderung und Importe aus anderen Ländern relativ unabhängig von sowjetischen Lieferungen halten können. Bulgarien muß dagegen zum Beispiel fast 22 Prozent seiner Importausgaben für Erdöl, Erdgas und Kohle an die Sowjetimperialisten zahlen.

steuer 12,2 Pfennige, die Mineralölkonzerne 3,3 Pfennige, wobei sie 0,4 Pfennige davon den kleinen Tankstellenpächtern abjagten.

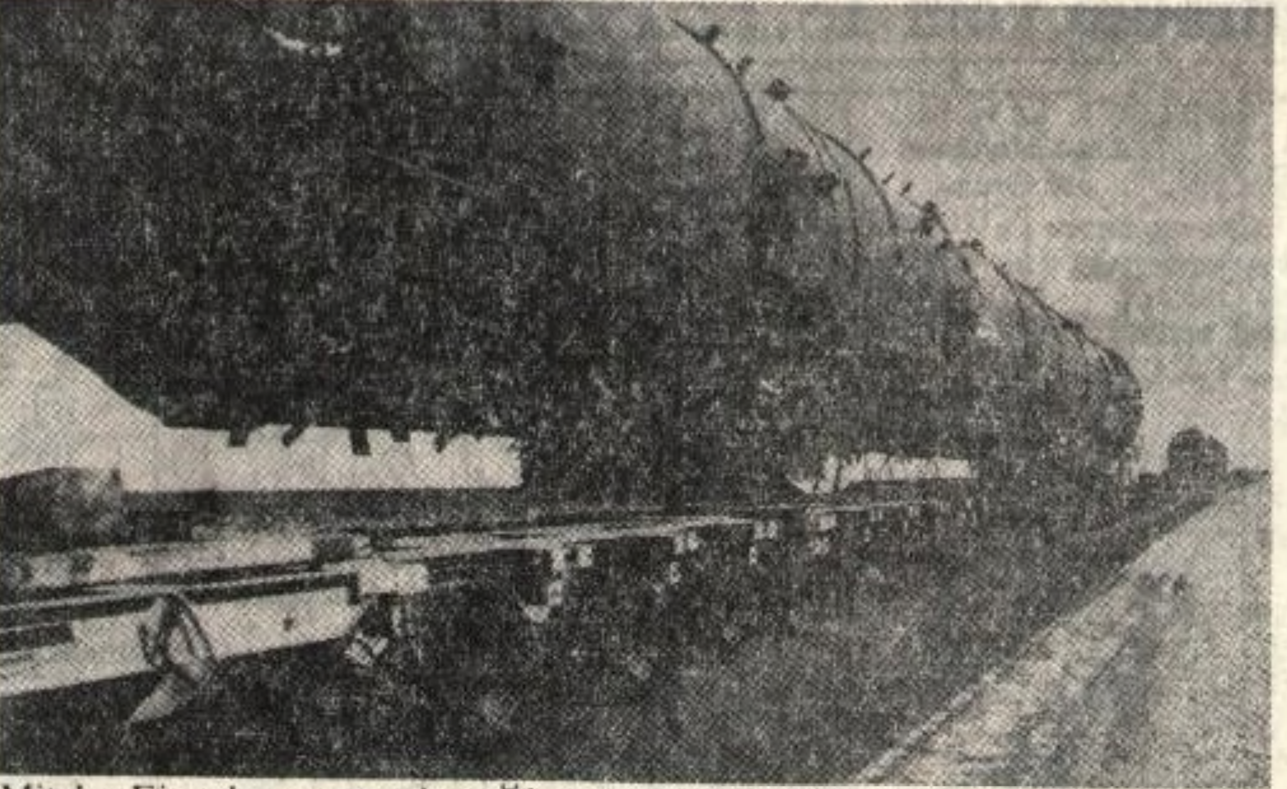
Die Ölsteuern – die der imperialistischen Staaten (keineswegs nur die BRD) – entsprechen im wesentlichen, wie früher schon ausgeführt, der Grundrente auf die Ölquellen, das heißt sie sind der ökonomische Ausdruck des kolonialen Besitzes daran. Die OPEC-Staaten nahmen nun mindestens teilweise durch die Preiserhöhungen ihre Besitzrechte in Anspruch. Was drückt es daher aus, wenn der imperialistische Staat nicht nur seine Ölsteuer im alten Umfang weiter erhebt, sondern noch bedeutend steigert? Es drückt nichts anderes aus, als daß die imperialistische Bourgeoisie der BRD die Erklärung der OPEC-Staaten zu Eigentümern ihrer Ölquellen nicht akzeptierte, daß sie aber zum gegebenen Zeitpunkt nicht in der Lage war, diese Souveränitätserklärung mit Gewalt zu unterdrücken.

Stärkung des imperialistischen Staatsapparates durch die Ölsteuer

Was die imperialistische Bourgeoisie in dieser Lage unternahm, war, durch den bürgerlichen Staatsapparat, der ihre Kraft als Klasse zusammenfaßt, mit den Ölsteuern ihre gemeinsame Kriegskasse aufzufüllen, um an die Unterdrückung der Völker und erneute Annektion ihres nationalen Eigentums zu gehen, sobald eine günstigere Lage dies erlauben würde, und sich dabei eine ansehnliche Scheibe von der Beute abzuschneiden. Zugleich diente die Erhöhung der Ölsteuer dazu, auch die ökonomische Kraft der imperialistischen Monopole der BRD zusammenzufassen, indem die westdeutschen Ölgesellschaften durch staatsmonopolistische Maßnahmen aufgepäppelt und straffer ausgerichtet wurden, um sie in die Lage zu versetzen, selbständig neben den amerikanischen und britischen Monopolen aufzutreten und sich den Zugriff auf das von den OPEC-Staaten direkt angebotene Öl zu sichern. In dieser Richtung wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen: Wurden 1974 noch 80 Prozent des Erdöls „über andere Einkaufsländer" (das heißt über die großen Ölgesellschaften) eingeführt, so 1975 nur noch 76,4 Prozent, das heißt 24 Prozent wurden direkt in den Herstellungsländern gekauft. (Commerzbank, Bericht der Abteilung Volkswirtschaft, 26.11.76)

Wachsende Abhängigkeit der imperialistischen Staaten vom Ölexport der OPEC

Auch nach der Anhebung der Ölpreise durch die OPEC haben die US-Imperialisten ihre Ölimporte weiter gesteigert. 1960 wurden erst 15 Prozent des Rohölbedarfs importiert, 1973 bereits 35 Prozent, 1976 sind es über 40 Prozent, während die eigene Produktion zwischen 1970 und 1974 um 43



Mit den Einnahmen aus seinen Ölexporten treibt Algerien den Aufbau seiner nationalen Wirtschaft voran. Auf 20-achsigen Tiefladern werden Riesentanks über die Transsahara-Straße zur Oase Hass R'Mel transportiert. Dort wird mit der Erschließung der größten bekannten Gasvorkommen 500 Kilometer weit an die Küste gepumpt werden.

Millionen Tonnen weiter gesunken ist (Allgemeine Statistik des Auslandes, Vereinigte Staaten). Das drückt die Fäulnis des imperialistischen Kapitalismus aus, der notwendige Aufwendungen für andere Energiequellen scheut und sogar in großem Umfang eingesetztes Kapital und eigene Naturressourcen vernichtet bzw. brachliegen läßt, solange er die Produkte woanders noch billiger plündern kann. Es steckt aber auch ein Stück Kriegsvorbereitung durch Schonung der eigenen strategischen Reserven der „Festung Amerika" darin.

Mittlerweile beziehen die USA 80 Prozent, die übrigen kapitalistischen Staaten sogar 90 Prozent aller Ölimporte aus den Ländern der OPEC. Und Mexiko hat – gegen den wütenden Protest der US-Regierung – seine Absicht erklärt, ebenfalls der OPEC beizutreten.

Erdölgewinnung 1975
(in Mio t)

OPEC-Länder	
Saudi-Arabien	337
Iran	269
Venezuela	124
Irak	111
Kuweit	93
Nigeria	86
Libyen	72
Abu Dhabi	65
Indonesien	63
Algerien	46
Quatar	20
Gabun	12
Ekuador	8
Wichtigste Erdölländer außerhalb der OPEC	
UdSSR	491
USA	469
Kanada	80
VR China (Schätzung)	76
Mexiko	37

Die immer noch wachsenden Importe der imperialistischen Staaten, die es sich wie die USA mit ihren reichen Ölvorkommen, aber auch wie die BRD mit ihren großen Steinkohle- und (in geringem Umfang ebenfalls vorhandenen) Ölvorkommen, leisten können, die eigenen Energiequellen brachliegen zu lassen, zeigt, daß die OPEC-Länder immer noch der imperialistischen Ausplünderung unterworfen sind und nicht den Marktpreis für ihre nationalen Produkte wie das Erdöl erhalten. Erst recht, wenn man ihre heutigen Einkünfte in Verhältnis setzt mit dem, was die Imperialisten ihnen in Jahrzehnten geraubt haben.

Tatsächlich sind also die „sagenhaften Reichtümer" dieser Länder aus dem Öl immer noch sehr bescheiden. Aber für die Imperialisten sind das eben „sagenhafte Reichtümer", fetter Extraprofit, auf den sie niemals freiwillig verzichten werden.

Einnahmen Algeriens aus Erdöl (Mio Dollar)
900 – 750 – 600 – 450 – 300 – 150
1967 – 1970 – 1973

Jede dieser Kurven ist tatsächlich ein Schlag gegen die Imperialisten und treibt diese daher auch zu heller Raserei – egal, ob sie in Jagdfalken für den Scheich von Kuweit oder in den Aufbau einer Fabrik gesteckt werden

Zugleich aber drückt sich darin auch die wachsende Abhängigkeit der Imperialisten von Ölimporten aus, auf die sie nur wenige Tage lang verzichten können. Sie sind davon abhängig, ohne die Verfügung darüber zu haben. Das treibt sie zu doppelter Raserei.

Der Zusammenschluß in der OPEC hat feste Grundlagen

Demgegenüber sind die Staaten der OPEC, gleich welche Regierung und welche Klasse dort die Macht ausübt, gezwungen, sich weiterhin eng zusammenzuschließen. Denn *nur* im Zusammenschluß können sie sich behaupten und Fortschritte machen. Darüber besteht auch ein klares Bewußtsein. So sagte der Prinz Saud von Arabien im Januar bei einem Staatsbesuch in Paris:

> Die Differenzen zwischen den OPEC-Staaten seien weder grundlegend noch strategischer Art. „Wir sind völlig einer Meinung, daß der Preis des Rohöls auf ein Niveau angehoben werden muß, welches die Ausbeutung anderer Produkte, die an die Stelle des Öls treten können, rentabel macht."

Und der Schah von Iran sagte in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" auf die Frage, ob die OPEC von einem Zerfall bedroht sei:

> „Nein, ich denke nicht. Das ist die Hoffnung einiger Leute ... " Was werde aber passieren, fragte der Reporter weiter, wenn die Industriestaaten und die ölproduzierenden Staaten ihre Differenzen nicht beilegen können? „Ihr, die Reichen, werdet noch reicher, die Armen dagegen werden noch ärmer werden. Die Welt wird explodieren." – „Wollen Sie sagen: Krieg?" – „Ja, absolut." – „Wann?" – „Bis zum Ende des Jahrhunderts sicher." – „Auf welcher Seite wird der Iran stehen?" – „Das hängt davon ab ... " (El Moudjahid, 23.1.77)

Der Kampf um die Verfügung und Nutzung des Erdöls ist nur ein Teil des umfassenderen Kampfes der Länder der Dritten Welt um die Verfügung über und den Preis für ihre Rohstoffe. Die Agitation der Imperialisten dagegen, daß die Ölpreiserhöhung „die Ärmsten der Armen am härtesten"

Einnahmen Kuweits aus Erdöl (Mio Dollar)
Quelle: Arab Oil & Gas Directory 1974, Beirut, Commerzbank, Länderberichte OPEC-Staaten, Kuweit April/Mai 1976
8 000 – 6 000 – 4 000 – 2 000
63 – 65 – 70 – 75

treffe, ist ein direkter und gezielter Angriff auf die Forderungen der rohstoffproduzierenden Länder überhaupt, die die Bezahlung ihrer Produkte zu einem gesicherten Marktpreis fordern und für die der Kampf der OPEC-Staaten ein Vorbild ist. Nicht durch geschenktes Öl, sondern durch hartnäckigen Kampf gegen den Imperialismus können die Länder der Dritten Welt sich behaupten und einen Weg der Entwicklung eröffnen. – (gk)

Die ZANU hat im Kampf für die Einheit des Volkes von Zimbabwe im bewaffneten Kampf einen weiteren Sieg errungen. Der Befreiungsausschuß der Organisation für Afrikanische Einheit hat beschlossen, „künftig ausschließlich die Patriotische Front (Zusammenschluß von ZANU und ZAPU) politisch und militärisch zu unterstützen. Ein Antrag Nigerias, den anderen Befreiungsbewegungen die Anerkennung zu entziehen, wurde abgelehnt, ihnen müsse vielmehr die Tür offengehalten werden, sich der Patriotischen Front anzuschließen." (dpa, 5.2.77)

Auf den Spuren Kissingers und Richards schicken der US-Imperialismus und seine imperialistischen Kumpane in Westeuropa jetzt den Schleimer Young, amerikanischer UNO-Botschafter mit Kabinettsrang, ins südliche Afrika. Hoffnungen in die Vernunft der Imperialisten wecken soll er und die afrikanischen Völker von der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes gegen die Siedlerregimes abbringen. Angeblich hat der US-Imperialismus seine Pläne im südlichen Afrika noch nicht geklärt, „Keiner von uns weiß bereits, was wir genau machen wollen", behauptet Young. Deshalb „will ich sehen, wo sie (die afrikanischen Führer) wirklich stehen". Tatsächlich verfolgt er ein klares Ziel und will sehen, wie das durch die Spaltung der Front der afrikanischen Staaten und Völker erreicht wird, das kam auf einer „informellen Pressekonferenz" heraus, wo er die Katze aus dem Sack ließ. „Der rhodesische Premierminister Smith müsse in alle Gespräche über die Zukunft dieses Landes einbezogen werden ... ", droht er. „Ihr könnt den Burschen, der über die Soldaten verfügt, nicht ignorieren, Smith ist da, und es gibt keinen Weg um ihn herum." Bekanntlich liefern die USA das Hauptkontingent der Söldnerarmee Smiths.

Demgegenüber besteht das Volk von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front auf dem gerechten Standpunkt, daß Smith nicht die Interessen einer „weißen Minderheit" vertritt, die irgendeinen Anspruch auf Rechtmäßigkeit in Zimbabwe erheben könnten, sondern daß er der Häuptling der Söldnertruppe des Imperialismus in einem fremden Land ist. Deshalb gibt es mit ihm nichts zu verhandeln, sondern nur mit Großbritannien als Kolonialmacht, die verpflichtet ist, die Staatsmacht unverzüglich an das Volk von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front zu übergeben.

Schwere Verluste der marokkanischen Invasionsarmee in Westsahara berichtet eine Kommuniqué der Befreiungsfront F.POLISARIO. Es zeigt, daß sich die marokkanischen Invasoren völlig isoliert einigeln und die Befreiungsarmee voll in der Initiative zuschlägt, wo die Gelegenheit günstig ist. Bei zwei Operationen an der Nordfront wurden den Besatzungstruppen schwere Verluste zugefügt. Am 14. Januar kamen alle 20 marokkanischen Soldaten ums Leben, als die Befreiungskämpfer ihren Posten bei Amgala stürmten. Viele Waffen, zwei Granatwerfer darunter, konnten erobert werden. In der Region Amgala wurden zur gleichen Zeit bei einem Angriff auf eine marokkanische Stellung 30 Besatzersoldaten getötet. In der Nacht vom 23. auf den 24. Januar umzingelten Befreiungskämpfer die Kaserne der marokkanischen Truppen in Ahfenir in Südmarokko. Bei dem Angriff konnten ebenfalls 30 feindliche Soldaten getötet und über zehn ihrer Fahrzeuge zerstört werden. Drei Jeeps, ein Land Rover und eine Menge Waffen und Munition wurden für die Volksbefreiungsarmee erobert.

Der Prozeß gegen 139 marokkanische Marxisten-Leninisten und Patrioten, die offen gegen die Besetzung Westsaharas eintreten, wurde am 1. Februar in Casablanca nach einem Monat Unterbrechung fortgesetzt. Trotz der Gefängnishaft und fortgesetzter schwerer Folterungen sind sie erneut mutig öffentlich eingetreten für die gerechte Sache des Volkes von Westsahra und die F.POLISARIO.

In Nablus/Palästina ging die zionistische Polizei am 1. und 2. Februar mit Schlagstöcken, Tränengas und automatischen Gewehren auf den besetzt gehaltenen Westbanks gegen palästinensische Demonstranten vor. Die Schüler und Gymnasiasten in Nablus führten einen Streik und eine Demonstration durch, um den Kampf von 500 palästinensischen Gefangenen im israelischen Gefängnis Ashkelon Ramleh zu unterstützen. Diese kämpfen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und für die Anerkennung als politische Gefangene. Dazu führen sie seit über fünf Wochen einen Hungerstreik durch, wobei bereits ein Gefangener umkam. Dem Kampf der Studenten schloß sich am 2. Februar die ganze Bevölkerung von Nablus an. 38 Palästinenser, darunter 5 Ladenbesitzer, wurden festgenommen, weil sie durch die Schließung ihrer Läden das Signal zum Aufstand gegeben hätten.

Namibia:

„Turnhalle in Hast, um dem Spruch der Gewehre zuvorzukommen"

„Turnhalle in Hast, um dem Spruch der Gewehre zuvorzukommen", schreibt das südafrikanische Rassistenblatt „Star" am 22.1.1977. In der Turnhalle in Windhoek hat das südafrikanische Kolonialregime seine afrikanischen Marionetten versammelt und ihnen am 17.1. einen Entwurf für „die Verfassung des künftigen Staates Namibia und eine Übergangsregierung vorgelegt", und wie Pretoria auch bekanntgab, haben sich die Marionetten darauf geeinigt. In Namibia hoffen die westlichen Imperialisten und das südafrikanische Kolonialregime am ehesten eine neokoloniale Lösung erzwingen zu können. „Der Verfassungsentwurf ... sieht eine starke Zentralregierung vor" (Süddeutsche Zeitung, 18.1.1977), scheinbar wird dadurch das bisherige Bantustan-Konzept, die Balkanisierung in elf getrennte Territorien aufgehoben. Tatsächlich aber soll nur der koloniale Unterdrückungsapparat weiterhin zentralisiert werden, gleichzeitig jedoch soll das Land nach ethnischen Gruppierungen aufgespalten werden. Verteidigung, innere Sicherheit, Außenpolitik, Transport, Finanzen und der einzige Hafen, Walfish Bay, sollen in der Hand des südafrikanischen Regimes bleiben. In Namibia verteidigen die westlichen Imperialisten ihre Interessen im ganzen südlichen Afrika. Es soll als Puffer die weitere Beherrschung Südafrikas sichern und Ausgangsbasis sein für die weitere Aggression gegen die nach Norden und Osten anschließenden afrikanischen Staaten.

Für sie steht ungeheuer viel auf dem Spiel. „Mit dem Südlichen Afrika fällt der ganze schwarze Kontinent", schreibt die bürgerliche Zeitung „Die Welt", „für den Westen sind sie (Südafrika, Südwest/Rhodesien) militärisch und politisch von entscheidender Bedeutung als Rohstoffreservoir, sogar wirtschaftlich unersetzlich". (Die Welt) Der Verlust der Kontrolle über die Rohstoffe dieses Gebietes an die Völker oder gar ein Einflußgewinn des sowjetischen Sozialimperialismus würde die westliche Supermacht, den US-Imperialismus, militärstrategisch in einen ungeheuren Nachteil gegenüber der Sowjetunion im Ringen um die Weltherrschaft bringen. 70 Prozent der Goldreserven, von denen das Währungssystem der westlichen Imperialisten abhängt, kommen von hier, Chrom zu 66 Prozent, fast der ganze bekannte Rest befindet sich in der Sowjetunion – und Chrom ist wichtig für die Rüstungsindustrie. Ein Monopol der Sozialimperialisten wäre also für die US-Imperialisten ganz undenkbar. „Wirtschaftlich unersetzlich" ist ihnen der Süden Afrikas. Deshalb konzentrieren auch beide Supermächte in ihrem Kampf um die Aufteilung der Welt und Afrikas ihre Intrigen und Manöver hier. Namibia ist reich an Diamanten, Zink, Kupfer, Blei und hat neben Erdöl und weiteren Erzen große Uranlagerstätten, die mit einem erwarteten Umfang von 150 000 Tonnen die zweitgrößten der Welt sind. Dabei wurde „vermutlich ... bei der Suche nach neuen Mineralvorkommen in Südwestafrika nur die Oberfläche angekratzt" (Blick durch die Wirtschaft, 29.5.76), „unter dem meterhohen Sand der Namibwüste liegen vermutlich Mineralvorkommen in einer unvorstellbaren Größenordnung", schreibt die „Afrika Post", eine Zeitschrift der Rassisten in der BRD.

Um dem Land eine neokoloniale Lösung aufzuzwingen, wollen die Imperialisten das Volk von Namibia mit Hilfe von insgesamt elf verschiedenen Stammesdelegationen spalten. Aber wie in Zimbabwe und in Azania, so verschärft sich auch in Namibia von Monat zu Monat der Kampf zwischen den ausgebeuteten und unterdrückten afrikanischen Volksmassen auf der einen und den Kräften des Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus auf der anderen Seite. Seit November greifen die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee PLAN verstärkt Patrouillen und Lager der südafrikanischen Besatzungsarmee an, die 15 000 Soldaten umfaßt, wie ihre afrikanischen Marionetten. Die im Norden bis Februar/März dauernde Regenzeit behindert die motorisierten Kolonialtruppen, schafft günstige Kampfbedingungen für die Befreiungsstreitkräfte. Tausende SWAPO-Kämpfer werden in Lagern außerhalb Namibias ausgebildet.

Entgegen der Wunschvorstellung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 18.1.: „Die SWAPO ist gespalten und verliert an Boden", gewinnt die SWAPO im namibischen Volk weiter an Unterstützung. Nach Aussagen des „Generalkommissars für die Eingeborenenvölker Südwestafrikas" de Wet sympathisieren zum Beispiel 80 Prozent der 16- bis 18jährigen Ovambos mit der SWAPO. Mehrere ethnische Gruppen und Parteien haben sich inzwischen aufgelöst und der SWAPO angeschlossen: im August die Reboboth Volkspartei, Ende Oktober die Democratic Party of Namibia, die Vaalgras-Gruppe, die Hoachana-Gruppe und die Witbooi. Sie erklärten:

„Wir sind nicht länger individuelle Gruppen, sondern eine Nation Namibia." Im Dezember folgte noch die „Namibia African People's Democratic Organization".

Hartnäckig kämpfen namibische Schüler, Lehrer und Arbeiter gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung. Einen Monat lang streikten Nama-Lehrer für gleiche Bezahlung bei gleicher Ausbildung – 237 Lehrer wurden gekündigt; die schwarze Lehrervereinigung fordert Abschaffung des rassistischen Bantu-Erziehungssystems, in dem Afrikaner zu willfährigen und minderqualifizierten Sklaven des weißen Kapitals abgerichtet werden. An fast allen Schulen des Landes entwickelt sich eine breite Schülerbewegung; Schüler boykottieren Examina und vernichteten – unterstützt von den afrikanischen Lehrern – Examensunterlagen mit Säure. Die Namibia Black Students Organization ruft zu Beginn der Schulzeit Ende Januar zum Schulboykott auf. In den Uranminen von Rössing, dem größten Uranlager der westlichen Imperialisten, streikten 800 Arbeiter eine Woche lang trotz des herrschenden Streikverbots.

Schiffsunfälle im Zeitraum vom 15.12.1976 bis zum 15.1.1977

1) Argo Merchant, 15.12.76
Tanker unter liberianischer Flagge, gebaut 1954; Reeder: Thebes Shipping Inc., 28 691 tdw, gestrandet vor der Insel Nantukket (Ostküste der USA, nördlich von New York); 8 Millionen Liter schweres Heizöl laufen aus.

2) Sansinena, 17.12.76
Tanker unter liberianischer Flagge, 38 000 Tonnen; explodiert im Hafen von Los Angeles / USA; 7 Tote und über 50 Verletzte.

3) Westerplatte/Westwind, 17.12.76
Westerplatte, polnischer Frachter, 10 089 Tonnen, kollidiert auf der Elbe mit Westwind, Küstenmotorschiff, 497 Tonnen. Das Küstenmotorschiff Westwind sinkt, 4 Seeleute kommen um.

4) Oswego Peace, 24.12.76
10 000 Liter Öl laufen in den Thames-Fluß (Connecticut/USA)

5) Patra, 27.12.76
Ägyptisches Fahrgastschiff, gebaut 1953, 10 945 Tonnen, gerät 50 Meilen vor Dschidda im Roten Meer in Brand und sinkt. Die Rettungsboote sind zum großen Teil löchrig, bis zu 150 Menschen kommen um.

6) Olympic Games, 27.12.76
Tanker unter liberianischer Flagge, gebaut 1964, Reeder: Redbank Shipping Co. Panama/Monrovia, 62 346 tdw; läuft im Delaware-Fluß (Ostküste der USA) auf Grund, 500 000 Liter Öl laufen aus.

7) Chrysanthy, 28.12.76
Tanker unter panamesischer Flagge, gebaut in Monfalcone (Italien), Reeder: Oceano Atlantico Navigacion, 50 601 tdw, gerät im Hamburger Hafen in Brand; 1 Toter.

8) Daphne, 29.12.76
Tanker unter liberianischer Flagge läuft vor Puerto Rico auf Grund

9) Grand Zenith, 30.12.76
Tanker unter panamesischer Flagge, gebaut 1953, Reeder: Zenith Navigation Corp. Panama, verschwindet mit 38 Besatzungsmitgliedern und 35 Millionen Liter Öl vor der Küste Neuschottlands; 31 967 tdw.

10) Guiza, 30.12.76
Frachter unter ägyptischer Flagge, treibt brennend vor der ägyptischen Küste, die Baumwolladung von 3 000 Ballen wird vernichtet.

11) Universe Leader, 4.1.77
Tanker unter liberianischer Flagge, gebaut 1956, Reeder: Universe Tankships Inc., läuft im Delaware auf Grund; 93 855 tdw.

12) Auston, 5.1.77
Tanker unter der Flagge der USA; 10 000 Liter Öl fließen aus dem Tanker in die Bucht von San Francisco.

13) Bercola, 7.1.77
Tanker unter liberianischer Flagge, gerät vor der texanischen Küste auf eine Sandbank. Er hat 42 Millionen Liter Öl geladen.

14) Laurentius/Detmar, 7.1.77
Der schweizer Tanker Laurentius kollidiert mit dem westdeutschen Tanker Detmar im Hafengebiet von Nieuwe Maas bei Rotterdam; 200 000 Liter Benzin laufen aus und hüllen die anliegende Wohngegend in eine gefährliche Benzinwolke.

15) Ölteppich in der Adria, 7.1.77
In den Nachrichten wird gemeldet, daß in der Adria ein 200 Quadratkilometer breiter Ölteppich ist; 500 000 Liter treiben mit unbekannter Herkunft.

16) Burgenstein, 11.1.77
BRD-Frachter, 1958 gebaut; Reeder: Hapag Lloyd AG Bremen, gerät in Bremerhaven in Brand, 4 Arbeiter kommen ums Leben; 10 915 tdw (offene Deckladung).

17) Chester A. Poling, 11.1.77
Tanker unter USA-Flagge, gebaut 1934, Reeder: Motor Vessel Poling Brothers No. 1 New York, bricht 10 Kilometer vor der Küste auseinander; 2 717 tdw.

18) Nicholas Maris / Ivan Sechanov, 12.1.77
Nicholas Maris, Frachter unter liberianischer Flagge, gebaut 1958, Reeder: Marship Corp., kollidiert mit dem UdSSR-Frachter Ivan Sechenov, gebaut 1956, 7 560 tdw, im Marmara-Meer; das UdSSR-Schiff sinkt. Dabei kommen 2 Seeleute ums Leben und 17 Mann Besatzung werden vermißt gemeldet.

19) Angel, 12.1.77
Frachter unter spanischer Flagge, gebaut 1976, Reeder: Naviera Astro SA, 5 081 tdw, sinkt vor Sardinien. Nach Meldungen wird vermutet, daß dabei 11 Seeleute ums Leben gekommen sind.

Kampf der Seeleute gegen die Reederkapitalisten

Wurde früher ein 5 000-Tonnen-Frachter von ca. 40 Leuten gefahren, findet man heute auf Schiffen mit über 100 000 Tonnen eher weniger als 40 Leute.

Die Arbeitsbedingungen heißen 7-Tage-Woche und zwölf Stunden Arbeit täglich. Lediglich die Sonntage auf See zählen als zusätzliche Urlaubstage. Liegt das Schiff am Sonntag in irgend einem Hafen, dann zählt er nicht als zusätzlicher Urlaubstag. So entstand einerseits durch den Mangel an Leuten und andererseits durch den Druck der verbleibenden Seeleute die neue Schiffsbetriebs- und -ausrüstungsordnung (SBAO). Für die Seeleute brachte das Fortschritte. Die Schiffe wurden von Zweiwachenbetrieben (Wachen mit zweimal 6 Stunden Wache) auf Dreiwachenbetriebe umgestellt. Es mußte also eine ganze zusätzliche Wache eingerichtet werden. Die tägliche Arbeitszeit verkürzte sich so von 12 auf 8 Stunden. Außerdem wurden die Mindestgrößen für die Unterkünfte der Besatzung vergrößert. Genauso erkämpften sich die Seeleute das Recht, einen Seebetriebsrat zu wählen. Diese Neuerungen versuchte der Verband Deutscher Reeder so lange wie möglich hinauszuzögern. Das hatte direkte Maßnahmen der Seeleute zur Folge. Im Oktober 1971 trafen sich 2 000 Seeleute aus dem Küstenbereich im Hamburger „Zillertal" und stellten fest, daß sie sich zusammenschließen müssen gegen die Reeder. Das ist in dieser Branche nicht so leicht möglich wie in einem Betrieb an Land wegen der räumlichen Trennung. Sie nahmen damals den Kampf gegen die Unterlaufung der Tarife durch die Reeder auf. Das versuchten die Reeder dadurch zu lösen, daß sie die Mannschaften mit ausländischen Arbeitern besetzten. Da brauchen sie die Tarife nicht einzuhalten.

Die ausländischen Arbeiter bekommen auch keine Sozialversicherungen, wenn es in ihren Herkunftländern nicht geregelt ist. Sie werden besonders in die Mannschaftsdienstgrade eingestellt, während die deutschen Seeleute für die Posten der Offiziere und Ingenieure vorgesehen sind.

„Ende der 40er Jahre hatte Liberia eine Flotte von nur 50 000 Bruttoregistertonnen. Bis 1974 hatte sie sich in Tonnage gerechnet mehr als vertausendfacht." „Neben den Steuervorteilen bietet die Registrierung des Schiffes in einem solchen Land (unter billiger Flagge) dem Reeder den Vorteil, daß er sich nicht an die Lohntarife und Arbeitsbedingungen in seinem eigenen Land, meist einem Industrieland mit hohem Lebens-, Lohn- und vorgeschriebenem Sicherheitsstandard zu halten braucht." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.9.76)

Eine Schiffsbetriebs- und -ausrüstungsordnung gilt es auch nicht einzuhalten. Genau das sind auch die Gründe, warum meistens Schiffe mit der Flagge dieser Staaten in die Unfälle verwickelt sind. Daran sind auch deutsche Reedereien beteiligt. So zum Beispiel die größte deutsche Tankreederei Essberger in Hamburg unter Führung durch hochwohlgeboren Liselotte von Rantzau. Diese Tankerreederei hat viele Küstentanker, die in mittlerer Fahrt sind. Einer der Tanker von Essberger ist 1 500 Tonnen groß. Er war einmal unter seinem Vorbesitzer in Holland gesunken. Dies Schiff wurde gekauft. Es entsprach aber von den Unterkünften her nicht den Bestimmungen der SBAO. Die Unterkünfte sind so groß, daß man in die Kammer hineingehen muß, die Tür zumachen, dann kann man sich auch dort umdrehen. Das ist bei den Offizieren bei einer Person so, bei den Mannschaften gilt das dann für mindestens zwei. Da es unter den deutschen Bestimmungen nicht geht, muß es unter fremder Flagge geschehen. Die Reederei heißt dann auch nicht mehr Essberger, sondern Transocean Liners. Es ist natürlich nicht einfach, Arbeiter für das Schiff zu finden. Offiziere und Ingenieure sollen Deutsche sein. Also fahren die unter den Bedingungen für höhere Löhne und mit vier Monaten statt sonst drei Monaten Jahresurlaub. Der Rest der Mannschaften entspricht dann fast dem Erdball. Chilenen, Portugiesen, Phillipinen, Spanier usw. Das hat neben der für Liselotte von Rantzau guten Wirkung der Niedriglöhne für die Ausländer noch weitere Vorteile. Die Verständigung an Bord unter den Seeleuten ist schlecht. Umgangssprache ist englisch, von keinem die Muttersprache. So gelingt es den Offizieren leichter, die Anordnungen der Reederei durchzusetzen. Dazu kommt auf den Schiffen, daß die Messen (Speiseräume) wie beim Militär nach Mannschaften und Offizieren getrennt sind.

Damit sind gute Grundlagen für Schiffsunfälle geschaffen. Es erscheint bei Kenntnis der Lage schon fast verwunderlich, wie wenig eigentlich passiert auf den Weltmeeren.

Die Seeleute kämpfen gegen die Ausbeutung und Menschenschinderei auf den Schiffen. In der ersten Februarwoche traten die Seeleute des westdeutschen Frachters „Holstenburg", panamesische Flagge, in den Streik. Die Reederei hatte die Heuer nicht vollständig ausgezahlt. Die Seeleute, Hafen- und Werftarbeiter verhinderten das Auslaufen des Schiffes.

Explosionen, Brand und Bruch

Die Gier nach Profit treibt die Zahl der Schiffsunglücke in die Höhe

„Produktenmassen vermehren sich nicht durch ihren Transport. Auch die durch ihn etwa bewirkte Veränderung ihrer natürlichen Eigenschaften ist mit gewissen Ausnahmen kein beabsichtigter Nutzeffekt, sondern ein unvermeidliches Übel. Aber der Gebrauchswert von Dingen verwirklicht sich nur in ihrer Konsumtion, und ihre Konsumtion mag ihre Ortsveränderung nötig machen, also den zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie. Das in dieser angelegte produktive Kapital setzt also den transportierten Produkten Wert zu, teils durch Wertübertragung von den Transportmitteln, teils durch Wertzusatz vermittels der Transportarbeit. Dieser letztere Wertzusatz zerfällt, wie bei aller kapitalistischen Produktion, in Ersatz von Arbeitslohn und in Mehrwert."
(Karl Marx, Das Kapital, Band II, Seite 151)

Das Interesse der Kapitalisten ist es, den Mehrwert, den der Seemann über seinen Lohn hinaus der transportierten Ware zusetzt, in ein möglichst hohes Verhältnis zu setzen zum Wert des Schiffes, der auf die Waren übertragen wird und für die Kapitalisten lediglich hohe Kosten, aber keinen zusätzlichen Wert verursacht. Je höher er im Verhältnis liegt, um so höher ihr Profit. Das ganze Trachten der Kapitalisten geht dahin.

Sie lassen die Schiffe überladen, so daß der Anteil der Wertübertragung auf das einzelne Transportgut gering ist, wenige Arbeiter viel Ladung bearbeiten müssen. Das Schiffe läuft auf Grund, weil es zu tief im Wasser liegt.

Das Schiff soll möglichst ständig, wie ein Fließband, fahren, weil es erstens nur so Arbeitskraft einsaugen kann, zweitens weil der Kapitalist bestrebt ist, die transportierten Waren möglichst schnell in bare Münze zu verwandeln. Geringe Liegezeiten für Reparaturen, hastige Lösch- und Ladezeiten sind die Ursachen für Unfälle auf See durch dann auftretende Defekte am Motor oder der Steuerung, durch Verrutschen der Ladung u.ä. In den Häfen sind Schiffsbrände und Explosionen keine Seltenheit, bedingt durch die Hetze und den Drang, den Hafen so schnell wie möglich wieder zu verlassen.

Kapitalistische Rationalisierung, verschärfte Ausbeutung der Seeleute steigern die Unfallrate unter den Seeleuten – „zu hoher Tonnage-Anteil an menschlichem Verlust", nennen die Bourgeois das (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.9.76). Einsparungen von z.B. Brückenwachen führen zu Kollisionen.

Die Beherrschung des Weltmarktes durch die Imperialisten, der hohen Konzentration von Kapital, wie sie in einer Schiffsladung von mehreren Millionen Tonnen Rohöl erscheint, entspricht die Umwälzung im Schiffsbau von kleineren Frachtern und Tankern auf die „Supertanker".

Weil die Kosten dafür hoch sind, lassen die Kapitalisten hastig und schlechter bauen. Zuviel haben die Kapitalisten produzieren lassen, auch an Schiffen. Dennoch lassen sie nagelneue Schiffe in Buchten verrotten und setzen alte, kleinere Kähne ein, wo die Aussicht, ob der Transport ankommt am Bestimmungsort, russischem Roulette vergleichbar ist. Die Kapitalisten lieben den Einsatz alter Schiffe des hohen Extraprofits wegen. Schiffe, die sich eigentlich auf dem Schrotthaufen befinden müßten, haben ihren Wert auf die bereits damit transportierten Waren fast vollständig abgegeben. Sie machen für die Kapitalisten keine Kosten mehr, sondern sind für sie ausschließlich Mittel zur Gewinnung von Mehrwert durch die Arbeit der Seeleute. Die Schiffsunfälle, Verletzung und Tod der Seeleute, die Verseuchung der Meere sind bewußtes Kalkül. Ihre notwendigen individuellen Verluste gleichen die Kapitalisten durch ihre Versicherungen aus. Daß diese Schiffsunfälle sich in letzter Zeit häufen, ist Ausdruck der scharfen Konkurrenz unter den Imperialisten, die sich gegenseitig beutesuchend um die Erde jagen. Einen Grund, der ihr weiteres Dasein rechtfertigte, gibt es nicht.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord